Landtag Nordrhein-Westfalen

16. Wahlperiode



Plenarprotokoll 16/132

15.12.2016

132. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 15. Dezember 2016

Mitteilungen der Präsidentin13791	Antrag der Fraktion der SPD und		
Zur Tagesordnung13791	der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13691	1	
Antrag auf Änderung der Tagesordnung – 1. Debatte nach § 20 GeschO13791	Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13787		
Marc Olejak (PIRATEN)	Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13791	13804	
Ergebnis 13792	Hans-Willi Körfges (SPD)	13804	
Antrag auf Änderung der Tagesordnung – 2. Debatte nach § 20 GeschO	Monika Düker (GRÜNE) Serap Güler (CDU) Dr. Joachim Stamp (FDP) Simone Brand (PIRATEN) Minister Rainer Schmeltzer	13807 13808 13810	
Ergebnis13793	Ergebnis	13813	
1 Geplante Abkehr vom Doppelpass ist Gift für die Integration in NRW Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13744	3 Bündnis für Infrastruktur darf kein SPD-Showveranstaltung bleiben – Be darfsgerechter und zügiger Ausbau de Verkehrsinfrastruktur muss Ziel der ge samten Landesregierung werden Antrag	- r	
Gift für die Integration in NRW Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD-Showveranstaltung bleiben – Be darfsgerechter und zügiger Ausbau de Verkehrsinfrastruktur muss Ziel der ge samten Landesregierung werden	13813 13813 13815 13815 13816 13817 13820 13820	

4	Entwurf zum ersten Kulturförderplan gem. §§ 22, 23, 33 des Gesetzes zur Förderung und Entwicklung der Kul- tur, der Kunst und der kulturellen Bil- dung in Nordrhein-Westfalen (Kul-tur- fördergesetz NRW – KFG)		Klaus Voussem (CDU) 13834 Christof Rasche (FDP) 13835 Oliver Bayer (PIRATEN) 13836 Minister Michael Groschek 13837 Ergebnis 13838
	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien Drucksache 16/13712 Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13788	7	Unsere Bau-, Abbruch- und Dachdeckerbetriebe brauchen dringend Hilfe Landesregierung muss sich beim Bund hinsichtlich der Entsorgung HBCD-haltiger Stoffe endlich für die Wiederherstellung des Status Quo von vor dem 30. September 2016 einsetzen! Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/13688 – Neudruck
	Ingola Schmitz (FDP) 13825 Lukas Lamla (PIRATEN) 13826 Ministerin Christina Kampmann 13827 Ergebnis 13827		Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/13802
5	Ein Ad-Blocker-Verbot ist keine Lösung – Ausgediente Geschäftsmodelle nicht künstlich am Leben erhalten Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13682 – Neudruck		Minister Johannes Remmel
	Lukas Lamla (PIRATEN) 13828 Alexander Vogt (SPD) 13829 Thorsten Schick (CDU) 13829 Oliver Keymis (GRÜNE) 13830 Thomas Nückel (FDP) 13831 Minister Michael Groschek 13832 Ergebnis 13832	8	Rahmenvertrag zwischen Kultusministerkonferenz (KMK) und VG Wort gefährdet gute Lehre Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13680
6	Bund muss seine Anteile an der Flughafengesellschaft Köln/Bonn halten Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13690 Entschließungsantrag		In Verbindung damit: Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen – Rahmenvertrag über die Intranetnutzung neu verhandeln! Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13695
	der Fraktion der CDU Drucksache 16/13801		Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13789

	Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 13847 Angela Freimuth (FDP) 13848 Dietmar Bell (SPD) 13849 Dr. Stefan Berger (CDU) 13850	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1369313865
	Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)13850 Ministerin Svenja Schulze13851	Ergebnis13865
0	Ergebnis	12 Volksinitiative gem. Artikel 67a der Landesverfassung: Volksinitiative für ein ideologiefreies, praxisgerechtes
9	Big Data: Polizeiarbeit digitalisieren – Effizienzpotentiale nutzen, Bürokratie abbauen, Verbrechensbekämpfung	Jagdrecht in NRW Unterrichtung
	stärken!	durch die Präsidentin des Landtags zur Beschlussfassung
	Antrag der Fraktion der CDU	Drucksache 16/1374513866
	Drucksache 16/1368413852	
	Robert Stein (CDU)13852	Entschuldigt waren:
	Andreas Kossiski (SPD)	Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (bis 12 Uhr, ab 16 Uhr)
	Marc Lürbke (FDP)	Minister Michael Groschek (ab 18:30 Uhr)
	Minister Ralf Jäger13858	Minister Franz-Josef Lersch-Mense
	Ergebnis	Ministerin Sylvia Löhrmann (ab 15:30 Uhr)
10	Schikanierung von Bürgern, Kommu-	Brigitte Dmoch-Schweren (SPD)
	nalverwaltungen, Gerichten und Amts-	Gordan Dudas (SPD)
	trägern durch "Reichsbürger" umge-	Andreas Kossiski (SPD)
	hend unterbinden – so genannter "Malta-Masche" Einhalt gebieten!	(bis 14 Uhr) Guntram Schneider (SPD)
		` ,
	Antrag der Fraktion der CDU	Angela Tillmann (SPD)
	Drucksache 16/13686	Serap Güler (CDU) (ab 13 Uhr)
	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und	Lothar Hegemann (CDU)
	der Fraktion der SFD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1379013859	Heiko Hendriks (CDU) (ab 14:30 Uhr)
	Dr. Marcus Optendrenk (CDU)13859	Josef Hovenjürgen (CDU) (11 bis 13 Uhr)
	Hartmut Ganzke (SPD)13860	Theo Kruse (CDU)
	Verena Schäffer (GRÜNE)	Ralf Nettelstroth (CDU)
	Dirk Wedel (FDP)	Peter Preuß (CDU)
	Minister Thomas Kutschaty	(11 bis 14 Uhr)
	Ergebnis	Arndt Klocke (GRÜNE) (bis 11:30 Uhr)
		Mario Krüger (GRÜNE)
11	Fortführungsgrößen für weiterfüh-	Olaf Wegner (PIRATEN)
	rende Schulen absenken – Chancen zur Sicherung eines vielfältigen Schul- angebots in den Kommunen stärken	Daniel Schwerd (fraktionslos)

Beginn: 10:06 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 132. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung will ich darüber informieren, dass es zwei Anträge der Piratenfraktion zur Änderung der heutigen Tagesordnung gibt:

Zum einen hat die Fraktion der Piraten heute beantragt, ihren **Antrag Drucksache 16/13681** "Abschiebestopp sofort: Afghanistan ist nicht sicher!", den wir eigentlich einvernehmlich in das Januarplenum geschoben hatten, als **zusätzlichen Tagesordnungspunkt** in die Tagesordnung **aufzunehmen**.

Wir würden gleich nach einer entsprechenden Geschäftsordnungsdebatte, wenn sie gewünscht und eröffnet wird, darüber abstimmen, ob wir die Tagesordnung ändern. Sie alle wissen, dass hierzu laut § 20 unserer Geschäftsordnung die Entscheidung des Parlaments notwendig ist.

Des Weiteren hat die Fraktion der Piraten soeben beantragt, einen weiteren Punkt in Form einer **Aktuellen Stunde in die Tagesordnung aufzunehmen**. Wir kopieren gerade den Antrag. Deshalb kann ich Ihnen den genauen Titel der Aktuellen Stunde gar nicht nennen. Aber er beschäftigt sich mit demselben Sachverhalt wie der Antrag. Es wird auch nicht das Ersetzen der Aktuellen Stunde beantragt, sondern das Aufsetzen einer weiteren Aktuellen Stunde.

Auch für die Aktuellen Stunden kennen Sie die Modalitäten und unsere Regularien. Auf jeden Fall ist die Frist zur Beantragung weit überschritten. Maßgeblich ist § 95 unserer Geschäftsordnung. Da es sich ebenfalls um eine Änderung der heutigen Tagesordnung handeln würde, wird auch in diesem Fall das Parlament entscheiden, ob es die Tagesordnung ändern möchte.

Da der Antrag, den Antrag Drucksache 16/13681 aufzusetzen, zuerst eingegangen ist, werde ich die Geschäftsordnungsdebatte, wenn gewünscht, zuerst über diesen Punkt eröffnen. – Herr Kollege Olejak für die Piraten.

Marc Olejak (PIRATEN): Vielen Dank für Ihre einleitenden Worte vorweg. – Einen wunderschönen guten Morgen! Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Vorweg

noch eines, es handelt sich um zwei inhaltlich verschiedene Themen. Das eine ist sozusagen eine Flüchtlingsdebatte; das andere ist eine parlamentarische Debatte zum Bereich "Politik von Parteien untereinander", wie ich es mal nennen möchte.

In der Vorbereitungsphase dieser Plenarwoche in der vergangenen Woche – es wurde gerade schon kurz erläutert: alle Fristen sind weit überzogen – wurden versehentlich zwei Tagesordnungspunkte im Konsens miteinander verbunden, die inhaltlich in verschiedenen Fachbereichen und Ausschüssen angesiedelt sind. Es handelt sich dabei um das Zehnte Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und unseren Antrag "Abschiebestopp sofort: Afghanistan ist nicht sicher!". Trotz aller Bemühungen ließ sich diese Verbindung nicht so einfach lösen, um diesen Tagesordnungspunkt noch gestern, am 14. Dezember 2016, hier zu behandeln. Es gab daher den Konsens, den Antrag in das kommende Plenum im Januar zu verschieben. So weit, so gut.

Wir beantragen nunmehr aus aktuellem Anlass -Presse gestern - die Änderung der Tagesordnung nach besagtem § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags NRW und die heutige Behandlung des Antrags "Abschiebestopp sofort: Afghanistan ist nicht sicher!" - Drucksache 16/13681 - ergänzend zur Tagesordnung des Plenums mit folgender Begründung: In diesen Stunden verlassen die ersten Flugzeuge mit einer unbekannten Anzahl von Menschen, die abgeschoben werden, deutschen Boden in Richtung Afghanistan. Wir haben daher nicht mehr die Zeit, bis zu einer Behandlung des Antrags im Januar zu warten. Zudem wissen wir von Teilen anderer Fraktionen hier im Haus, dass auch sie die Abschiebung nach Afghanistan auf das Schärfste kritisieren. Wir erachten diese Debatte von daher als nötig und ange-

Ich bitte offen und ehrlich und über alle Fraktionen hinweg um Ihre Zustimmung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Olejak. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Herter gemeldet.

Marc Herter (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele gute Gründe, über die hier aufgeworfenen Fragestellungen zu diskutieren. Diejenigen, die Herr Olejak genannt hat, gehören aber nicht dazu. Sie gehören insbesondere deshalb nicht dazu, weil nicht irgendwer die verbundene Debatte beantragt hat, sondern die Piraten die verbundene Debatte beantragt haben, nicht irgendwer die Verschiebung ins Januarplenum beantragt hat, sondern die Piraten die Verschiebung ins Januarplenum beantragt haben.

Wenn Sie jetzt das dritte Mal die entsprechenden Vereinbarungen ...

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Aus aktuellen Gründen! Ja, gestern Abend!)

– Ja, ja. – ... ändern wollen, dann ist die Generosität meiner Fraktion, ehrlich gesagt, erschöpft. Lassen Sie uns die Sache in aller Ruhe im Januar diskutieren. Ich denke, wir haben dann alle genug Erkenntnisse, um das in aller Verantwortung zu tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich spreche mich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Ich plädiere dafür, wie geplant im Januar miteinander zu sprechen, damit die Fakten und Erkenntnisse zusammengetragen werden können und wir dann auf dieser Ebene diskutieren.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Und Tatsachen geschaffen sind!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Weitere Wortmeldungen in dieser Geschäftsordnungsdebatte liegen nicht vor. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages NRW lautet:

"Der Landtag kann vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen, diese zu ergänzen, die Reihenfolge zu ändern oder einzelne Tagesordnungspunkte abzusetzen. Ferner kann er beschließen, die Beratung gleichartiger oder verwandter Gegenstände zu verbinden."

Ich lasse deshalb gemäß § 20 Abs. 2 darüber abstimmen, ob der Antrag der Piraten "Abschiebestopp sofort: Afghanistan ist nicht sicher!" in die heutige Tagesordnung aufgenommen werden soll. Wer diesem Begehren seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Und Enthaltung beim fraktionslosen Abgeordneten Schulz. Damit ist durch das Parlament eindeutig geklärt worden, dass der Antrag Drucksache 16/13681 nicht auf die Tagesordnung aufgesetzt wird.

Wir kommen dann zum zweiten Teil der Geschäftsordnungsdebatte und damit zu dem Antrag der Piraten, in die heutige Tagesordnung eine zusätzliche Aktuelle Stunde aufzunehmen. Diese Aktuelle Stunde trägt den Titel – weil ich glaube, dass nur die PGF den genauen Wortlaut vorliegen haben, lese ich ihn vor –: "Chaostage in der Landesregierung NRW". Die Begründung lautet:

15.12.2016

Plenarprotokoll 16/132

Am Mittwoch, den 14.12.2016, wurden in einer Sammelabschiebung von Afghanen zehn afghanische Staatsangehörige nach Kabul geflogen. Im Zuge dieser Aktion trat die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück und löste einen Eklat aus. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Löhrmann schrieb daraufhin auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: Verstehe und bedauere diesen Schritt von Monika Düker sehr. Grüne waren in dieses Vorgehen des IM nicht einbezogen. Offenkundig war das Vorgehen des Innenministeriums nicht abgesprochen und wird nur von einem Teil der Regierung getragen. Daher muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen in einer Aktuellen Stunde mit der Thematik befassen.

 Das ist der genaue Wortlaut des Antrags inklusive der Begründung. Herr Kollege Olejak oder Herr Kollege Marsching, wollen Sie dazu noch etwas sagen – aber im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte?

Michele Marsching (PIRATEN): Frau Präsidentin, zunächst die Entschuldigung an Sie für die Tippfehler im Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde. Das war nun wirklich der Aktualität geschuldet.

Und dann kommen wir zu dem Antrag: Der Landtag kann jederzeit vor Eintritt in die Tagesordnung einen weiteren Tagesordnungspunkt aufnehmen. Wenn sich der Landtag dafür entscheidet, gibt es nicht mehr die Beschränkung laut § 95 Abs. 3 und die Frist zur Einreichung dieses Antrags.

Wir glauben, dass es keinen besseren Moment gibt, die Tagesordnung nach § 20 Abs. 2 Geschäftsordnung zu ergänzen, als den, in dem die Landesregierung zeigt, dass völlig chaotische Zustände herrschen.

Das Parlament muss die Landesregierung kontrollieren. Jetzt ist der Moment, die Landesregierung zu kontrollieren und Fragen zu stellen. Diesem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung muss zugestimmt werden. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Marsching. – Dann schauen wir jetzt einmal, da ich keine weiteren Wortmeldungen habe, ob das Parlament Ihre Auffassung teilt.

Herr Kollege Marsching hat für die Fraktion der Piraten auch wiederum gemäß § 20 Abs. 2 Geschäftsordnung beantragt, die Tagesordnung zu verändern, indem eine Aktuelle Stunde aufgerufen wird.

Wer möchte diesem Begehren zustimmen? – Das sind die Piraten. – Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP, der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. – Enthaltung bei Herrn Kollegen Schulze, ebenfalls fraktionslos. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Antrag der Fraktion der Piraten auf Änderung der Tagesordnung abgelehnt und haben wir die Geschäftsordnungsfragen vor Eintritt in die Tagesordnung geklärt.

Ich rufe auf:

Geplante Abkehr vom Doppelpass ist Gift für die Integration in NRW

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13744

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 12. Dezember dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der SPD-Fraktion Herrn Kollegen Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung des CDU-Bundesparteitags nach einer Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft ist eine schwere Niederlage für die Bundeskanzlerin, und sie ist eine Sabotage der Integrationspolitik in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt heißt es in der Union wieder, der Wunsch nach einer doppelten Staatsangehörigkeit sei Ausdruck mangelnder Loyalität zu Deutschland. – Das ist kein Argument. Das ist eine Unterstellung, und sie ist falsch.

Gefühle der Verbundenheit und Loyalität sind keine abgezählten Güter, die man dem einen nur geben kann, indem man sie einem anderen wegnimmt. Das weiß jeder von uns, der enge und aufrichtige Gefühle der Zuneigung für seine Eltern und Großeltern, für seine Geschwister und Freunde empfindet.

Wer aus der Türkei stammt, kann aufrichtige Loyalität zu seiner neuen Heimat Deutschland empfinden und sich gleichzeitig noch immer seiner alten Heimat als Bürger oder Bürgerin verbunden fühlen. Das ist kein Widerspruch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, gemischte Identitäten gehören zur Realität einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Im Internet findet man den offenen Brief einer jungen Niederländerin. Sie lebt seit fast 20 Jahren in Hannover. Ihr Oberbürgermeister hatte sie eingeladen, auch deutsche Staatsbürgerin zu werden, also zukünftig mit einer doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland zu leben.

Die junge Niederländerin freute sich über die Einladung. Sie schrieb:

"Ich bin Niederländerin, fühle mich jedoch genauso als Mitglied der deutschen Gesellschaft. Tatsächlich würde ich gerne Deutsche werden. Ich sehe die Einbürgerung als einen symbolischen Akt, mit dem ich mich auch offiziell zu meiner zweiten Heimat bekenne."

Doch leider musste sie dann doch auf die deutsche Staatsangehörigkeit verzichten; denn dann hätte sie nach niederländischem Recht ihre alte Staatsbürgerschaft aufgeben müssen. Das wollte sie nicht. Ich zitiere sie noch einmal:

"Während ich mich in Deutschland als vollständig integriert betrachte, bin ich gleichzeitig stark in der niederländischen Gesellschaft und Kultur verwurzelt. Das wird auch immer so bleiben. Weshalb also den niederländischen Pass – das Symbol meiner niederländischen Identität – aufgeben?"

Wer wollte, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Frau unterstellen, sie sei nicht integrationswillig oder nicht loyal zu ihrer zweiten Heimat Deutschland? – Ich glaube, niemand von uns – nicht einmal die CDU.

Auch sie will die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für EU-Bürgerinnen und -Bürger nicht abschaffen. Jetzt bin ich an einem heiklen Punkt. Das gebe ich zu. Die Forderungen des CDU-Parteitags zielen unausgesprochen auf Einwanderer aus islamisch geprägten Ländern, vor allem auf Menschen mit türkischen Wurzeln. Sie zeugen von einem tiefen Misstrauen gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürgern muslimischen Glaubens. Wie soll denn da, meine Damen und Herren, Integration überhaupt noch gelingen? Das frage ich mich, das frage ich Sie.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dabei geht es heute nicht einmal um eine allgemeine doppelte Staatsbürgerschaft. Der CDU-Parteitagsbeschluss zielt auf junge Erwachsene, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Deutschland ist ihre Heimat. Aber sie wollen sich eben auch zur Herkunft ihrer Eltern und Familien bekennen. Doch jetzt kommt die CDU und sagt: Es war ein Fehler, euch die deutsche Staatsbürgerschaft zu geben. Wir glauben nicht, dass ihr loyal sein könnt.

Meine Damen und Herren, das ist ein verheerendes Signal an diese jungen Menschen. (Beifall von der SPD)

Müssen die eigentlich dafür büßen, dass die CDU Stimmen an die Nationalisten der AfD verloren hat? Muss an diesen jungen Menschen ein Exempel statuiert werden, weil die Union um ihre konservative Seele bangt? Das darf doch nicht wahr sein.

Waren wir nicht schon weiter? War nicht auch die CDU schon einmal weiter? Noch vor knapp drei Jahren, im Februar 2014 – ich will Sie daran erinnern –, hat die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag eingebracht, der die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für junge Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich begrüßt, meine Damen und Herren: Drucksache 16/5092. Gilt das noch? Es waren doch führende CDU-Politiker aus Nordrhein-Westfalen, die den Parteitagsbeschluss initiiert und durchgesetzt haben. Wer führt eigentlich den CDU-Landesverband in diesen so wichtigen Fragen der Integrationspolitik? Jens Spahn? Paul Ziemiak? Oder vielleicht doch - er ist ja nicht hier - der nominelle Vorsitzende Armin Laschet? Ich gehe einmal davon aus, dass er gleich kommen wird. - Und ich kann es ja wohl nur als ein Versehen einschätzen, dass Sie vergessen haben, ihn auf die Rednerliste zu setzen.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Das ist ein Schauspiel!)

Wer nicht stark genug ist, meine Damen und Herren, die eigene Partei zu führen, der ist erst recht zu schwach, unser Land zu führen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Herr Laschet ist doch ein Anhänger der doppelten Staatsbürgerschaft für junge Menschen. Das hat er immer wieder deutlich gemacht. Wenn er das tatsächlich sein sollte, dann darf er sich nicht wegducken, meine Damen und Herren. Dann sollte er – wie die Bundeskanzlerin – zu seiner Überzeugung stehen. Die hat gesagt: Der Doppelpass wird nicht abgeschafft. Stimmt. Auf die SPD kann sich die Kanzlerin verlassen.

(Zurufe und Lachen von der CDU)

Gilt das aber auch für die NRW-CDU, meine Damen und Herren?

(Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie können noch so viel brüllen, an einen Punkt kommen Sie nicht vorbei: Ihr Vorsitzender duckt sich weg, stellt sich nicht der Verantwortung, ist noch nicht mal im Parlament bei dieser wichtigen Debatte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet muss für Klarheit sorgen.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Ist das lächerlich!)

Ich hoffe, er wird es noch machen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Herr Kollege Düngel, ich bitte Sie, nicht ganz so laut zu brüllen. Wir sind nämlich nicht auf dem Fußballplatz, sondern im Parlament.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wenn er recht hat, hat er nun mal recht!)

Nächster Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es, ehrlich gesagt, auch schade, dass Armin Laschet heute nicht bei der Sitzung anwesend ist und sich dieser Debatte stellt.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen etwas sagen: Ich habe keine Fragen an Frau Kraft, weil sie sich in dieser Frage sehr eindeutig positioniert hat und deswegen hier heute nicht Stellung beziehen muss.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

André Kuper, du weißt bzw. Sie wissen – in einer Plenardebatte siezen wir uns vielleicht –, dass ich sehr großen Respekt vor Ihnen habe und wir auch, glaube ich, freundschaftlich das eine oder andere Fußballspiel miteinander bestreiten. Trotzdem hätte ich schon erwartet, dass der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, der Vorsitzende der CDU NRW, hier heute Stellung bezogen oder – dann hätten wir die Debatte gar nicht – die Chance genutzt hätte, in den vergangenen Tagen zu dieser Frage Stellung zu beziehen und sich nicht in sein Büro einzuschließen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Dann hätten Sie die Aktuelle Stunde zurückgezogen oder wie? Was ein Blödsinn!)

Ich sage Ihnen auch ganz offen: Der Essener Parteitag der CDU hat mit großer Deutlichkeit gezeigt, wo die CDU ist. Sie sind zerstritten, innerlich nicht klar aufgestellt. Das ist nicht mehr das, was Konrad Adenauer und Helmut Kohl so stolz gemacht hat.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Unruhe – Glocke)

Sie waren so stolz, dass Sie so stabil waren, auf klare Werte setzen konnten und diese auch immer wieder vortragen konnten. Wenn man sich Ihre Linien der jeweiligen Wahlkämpfe anguckt, stellt man fest: Es waren immer wieder vergleichbare Werte.

Sie hatte 2014 endlich zugestimmt, den Doppelpass weitgehend zu tolerieren und die Optionspflicht abzuschaffen. Es war ein gutes Zeichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich die CDU endlich bewegt hat. Doch in Essen haben Sie das wieder infrage gestellt. Das ist ein Rückschlag für Ihre Modernisierung. Es ist ein Zickzackkurs, den wir in Ihrer Partei sehen müssen. Und das macht deutlich: Sie schwanken zwischen Modernisierern und Traditionalisten. Das ist heute bei den Zwischenrufen noch einmal sehr deutlich geworden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich stelle mir schon die Frage, wer sich jetzt durchsetzen wird. Die Traditionalisten in der Linie von Alfred Dregger und Roland Koch oder vielleicht doch die Modernisierer, zu denen ich eigentlich André Kuper und auch Armin Laschet zähle? Ich sage Ihnen: Dieser Beschluss, den Sie gefasst haben, ist Gift für die Integration in unserem Land und auch für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde das einigermaßen erstaunlich; denn Nordrhein-Westfalen ist doch das Bundesland, welches seit mehr als 100 Jahren unter Beweis gestellt hat, wie Integration gelebt wird, wie ein Melting Pot funktionieren kann. Wir sind das Bundesland, wo auch die Einstellung der Menschen gegenüber Zuwanderung und im Hinblick auf ein modernes Zusammenleben am offensten ist. Dazu kann ich ganz persönlich sagen: Ich fühle mich wohl in diesem, meinem Heimatland, in diesem Ruhrgebiet, in diesem Nordrhein-Westfalen. Das hat gute Gründe. Und das sollten wir auch weiterhin so machen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Römer hat eben darauf hingewiesen: Wenn Sie jetzt wieder zurück zur Optionspflicht wollen, dann lese ich Ihnen einmal vor, was ein junger, 1997 in Köln geborener Mensch mit türkischer, vielleicht auch deutscher Staatsbürgerschaft gesagt hat. Es handelt sich um Talha Evran. Der sagte 2014, wenige Tage, bevor die Optionspflicht abgeschafft worden ist:

Den Entscheidungszwang für eine neue Staatsbürgerschaft verstehe ich allerdings nicht. Wo ist das Problem? Und vor allem: Warum bekommen andere, zum Beispiel EU-Bürger, die doppelte Staatsbürgerschaft und uns Türkischstämmigen wird sie verweigert? Was habe ich, was die nicht haben? Das ist doch unfair und entspricht definitiv nicht dem Prinzip der Gleichberechtigung. Ich hoffe, dass diese Politik diese Widersprüche wahrnimmt und die doppelte Staatsbürgerschaft bald auch für mich möglich ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ja, da hat Talha etwas getroffen, was ich wirklich ungerecht finde. Sie haben 2014 mit David McAllister den Wahlkampf für die Europawahl bestritten und in Deutschland Werbung dafür gemacht, dass ein Doppelstaatler die CDU nach Brüssel führen soll. Erkennen Sie wenigstens den Widerspruch?

Ich will Ihnen einmal beschreiben, wie das bei mir aussieht: Ich wurde 1969 in einem kleinen Dorf in Bad Gandersheim in Niedersachsen geboren. Damals hatte ich die iranische Staatsbürgerschaft, wofür ich überhaupt nichts konnte, da mein Vater sie beantragt hatte. Fünf Jahre später haben meine Eltern dann, da meine Mutter Bio-Deutsche aus Niedersachsen ist, dann auch die deutsche Staatsbürgerschaft für mich beantragt. Ich bin also qua Erklärung Doppelstaatler geworden.

Einige Jahre später hat mein Vater die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Daraufhin haben wir die iranische Staatsbürgerschaft verloren, und ich bin mit ausgebürgert worden. Zu dieser Frage habe ich noch immer nichts beitragen können. Wie Sie wissen, bin ich natürlich deutscher Staatsbürger, sonst könnte ich diesem Parlament nicht angehören.

Was hat all das mit einer Entscheidung zu tun, in deren Zusammenhang Jens Spahn sagt: "Es ist integrationsfeindlich, wenn man sich nicht für eine Staatsbürgerschaft entscheidet"? – Das ist doch Irrsinn, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie doch die Menschen entscheiden, ob und wann sie eine Wahl treffen wollen! Sie sollten sich nicht in Gegenwelten verlieren müssen. Die Menschen sollten nicht gezwungen werden, eine solche Entscheidung treffen zu müssen. Ich bitte Sie daher: Bekennen Sie hier klar Farbe!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will Ihnen noch eines deutlich sagen. Wir kennen Armin Laschet auch ganz anders. Zu Beginn dieses Jahres war es so, dass Herr Kruse mit einigen – wie ich finde – verfassungsfeindlichen Äußerungen auffällig geworden ist.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE], Martin-Sebastian Abel [GRÜNE] und Ali Bas [GRÜNE] – Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Lassen Sie mich erst zu Ende reden, Herr Kollege. Armin Laschet hatte da nicht gezögert, auf den Kollegen Kruse zuzugehen. Herr Kruse hat das Ganze richtiggestellt und sich dafür entschuldigt. Sie haben sehr klar Profil gezeigt und klargestellt, dass so etwas nicht zur CDU-NRW passt.

Das war ein bemerkenswerter Vorgang. Ich würde mich freuen, wenn Sie heute in der Lage wären, sehr klar zum Thema "Optionspflicht" Stellung zu beziehen und zu klären, wo die NRW-CDU steht. Uns hätten Sie dabei an Ihrer Seite; denn wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass Nordrhein-Westfalen

ein integrationsfreundliches und friedliches Bundesland bleibt. Dafür brauchen wir alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus. Dem sollten Sie sich anschließen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Kuper.

André Kuper (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir konnten zu Beginn dieser Debatte schon feststellen, dass wir hier eine interessante Inszenierung erleben – die Inszenierung eines Bundesthemas, das man gerne hierher in den Landtag verlagern möchte, um so von den Missständen auf Landesebene abzulenken.

(Beifall von der CDU)

Im Jahre 1863 wurde mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein der Vorläufer der SPD gegründet. Das ist inzwischen 153 Jahre her, und von diesen 153 Jahren hat die SPD stolze 118 Jahre auf der Oppositionsbank gesessen

(Marc Herter [SPD]: Während der nationalsozialistischen Gesetze hatten wir keine Gelegenheit gehabt!)

und 35 Jahre lang Regierungsverantwortung in Deutschland getragen.

(Marc Herter [SPD]: Das ist eine Unverfrorenheit! – Weitere Zurufe)

 Sie können ruhig schreien, das ist mir egal. – Zum Vergleich: Die CDU wurde bekanntlich

(Unruhe - Glocke)

erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und hat schon 44 Jahre in der Regierungsverantwortung gestanden.

(Zurufe von der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist es in gewisser Weise verständlich, dass die Beschlüsse eines CDU-Bundesparteitages von Sozialdemokraten offenbar schon als offizielles Regierungshandeln angesehen werden.

(Beifall von der CDU)

über das der NRW-Landtag am besten noch gleich, am selben Tage, in einer Aktuellen Stunde diskutieren muss. Warum wir nun in einer Aktuellen Stunde über dieses Thema diskutieren, mag jeder für sich persönlich beurteilen. Ihnen allen sollte jedenfalls aus eigener Erfahrung bekannt sein, dass sich Parteitagsbeschlüsse nur selten eins zu eins im Regierungsprogramm wiederfinden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das macht die Sache nicht besser! – Michele Marsching [PIRATEN]: Soll die Basis entscheiden, was sie will, wir machen eh etwas anderes! – Weitere Zurufe von der SPD)

15.12.2016

Plenarprotokoll 16/132

Aber sei es drum, meine Damen und Herren: Sie wollen die Debatte, und Sie sollen sie auch bekommen.

Bevor SPD und Grüne beim Thema "Optionspflicht" weiter versuchen, Legendenbildung zu betreiben, wie es meine Vorredner zum Teil schon gemacht haben, möchte ich der guten Ordnung halber erst mal noch einiges klarstellen: Sowohl die Ministerpräsidentin Kraft als auch unser Fraktionsvorsitzender Armin Laschet befinden sich zurzeit – das war schon längerfristig zugesagt – bei der Verabschiedung des langjährigen Chefredakteurs vom "Kölner Stadtanzeiger". – Dies nur zur Klarstellung; zum Zeitpunkt der Einladung war diese Aktuelle Stunde noch gar nicht angesetzt.

Ich komme zur Optionspflicht, die von SPD und Grünen hier und heute so massiv bekämpft wird. Wer hat sie denn erfunden? – Das ist eine rot-grüne Erfindung! Sie ist nämlich im Rahmen der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durch die damalige rotgrüne Bundesregierung im Jahr 2000 eingeführt worden.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Weil die CDU das im Bundesrat blockiert hat!)

Sie sind es gewesen! In der Drucksache 14/533 des Deutschen Bundestages findet sich Folgendes – ich zitiere –:

"Insbesondere unter Ordnungsgesichtspunkten besteht ein staatliches Interesse, die Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit einzuschränken. (...)

Kinder ausländischer Eltern, die aufgrund des Geburtsortsprinzips oder durch Einbürgerung im Rahmen der Altfallregelung für vor Inkrafttreten des Gesetzes Geborene die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, haben daher nach Vollendung des 18. Lebensjahrs binnen fünf Jahren zwischen der deutschen und der von den Eltern abgeleiteten ausländischen Staatsangehörigkeit zu wählen. Eine solche Entscheidungspflicht ist zulässig."

So weit die Begründung von Rot-Grün. – Da Sie somit selbst Urheber der Optionspflicht sind, muss man sich für diese scheinheilige Debatte heute fast fremdschämen.

(Beifall von der CDU)

Sie tun gerade so, als sei das ein Relikt aus dem damaligen Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 – dabei haben Sie es vor 16 Jahren ins Gesetz geschrieben. Wenn Sie daher die Optionspflicht in Ihrem Antrag als "Gift für die Integration" bezeichnen, sollten Sie dringend Ihre eigene Giftküche aufsuchen und Ihre Parteikollegen zur Rede stellen; denn die haben Ihnen das Süppchen eingebrockt.

(Beifall von der CDU)

Sie führen weiter aus, die Optionspflicht löse einen hohen bürokratischen Aufwand aus. Das ist, mit Verlaub, blanker Unsinn. Das Ganze gilt erst mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres, und da erst im Jahr 2000 darüber beschlossen wurde, wird die Wirkung erst im Januar 2018 eintreten, liegt also noch in der Zukunft. Von daher ist Ihre Behauptung nicht nachvollziehbar.

Fakt ist jedenfalls: Die Große Koalition auf Bundesebene hat 2013 vereinbart, die Optionspflicht für diejenigen abzuschaffen, die in Deutschland aufgewachsen sind und dadurch enge Beziehungen zu Deutschland haben. Diese Vereinbarung wurde 2014 umgesetzt. Weil die CDU selbstverständlich koalitionstreu ist, wird sie sich in der laufenden Wahlperiode an diese Regelung halten und daran nichts ändern. Darauf hat die Kanzlerin zu Recht hingewiesen.

(Beifall von der CDU)

Fakt ist aber auch, dass Koalitionsvereinbarungen – anders als das Grundgesetz – keiner Ewigkeitsgarantie unterliegen, sondern mit dem Ende der Wahlperiode erledigt sind. Auch das ist nichts Neues, sondern eine demokratische Selbstverständlichkeit.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wie ist Ihre Haltung zu der Frage?)

Dass auf Parteitagen Beschlüsse gefasst werden, die sich mit dem Inhalt von Koalitionsvereinbarungen auch mal nicht decken, ist ebenfalls nichts Ungewöhnliches. Das müssten gerade Sie von der nordrhein-westfälischen SPD am besten wissen; denn bei Ihnen hat es in den letzten Jahren auf Parteitagen immer wieder abweichende Beschlüsse – auch von Koalitionsverträgen – gegeben.

Zuletzt konnten wir das noch gestern erleben, als es um den Landesentwicklungsplan ging. Auf Ihrem Landesparteitag war beschlossen worden, alle Flughäfen im Land gleichermaßen einzustufen. Gestern jedoch haben Sie all das mit Ihrem Beschluss hier in diesem Hohen Hause links liegenlassen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der CDU: Aha! Oh! – Nadja Lüders [SPD]: Wir stehen dazu!)

Man kann das Gleiche auch in Richtung der Grünen feststellen. Hier braucht man nur an den Braunkohleausstieg 2025 zu denken. Da sagt selbst Herr Priggen, dass das so nicht möglich und reiner Unsinn sei.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dazu wurden Beschlüsse gefasst! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Beschlüsse auf dem Parteitag!)

Ich könnte noch viele weitere Dinge bringen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir haben das beschlossen!)

Dass Sie uns das vorwerfen, ist nicht nachvollziehbar. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, liebe Genossinnen und Genossen und liebe Damen und Herren von den Grünen!

(Beifall von der CDU)

Wann und wie die Parteitagsbeschlüsse umgesetzt werden, entscheidet zunächst einmal die Partei, und letztlich entscheiden darüber die Wählerinnen und Wähler. Das gilt auch für diese Optionspflicht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wie stehen Sie denn dazu? Inhalte mal!)

Wir erleben hier gerade eine rot-grüne Klamaukveranstaltung. Sie wird nicht das Geringste daran ändern.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

André Kuper (CDU): Die Debattenbeiträge meiner Vorredner haben deutlich gemacht, dass es Ihnen in Wahrheit nicht um ein Sachthema geht, sondern um eine rein wahlpolitische Diskussion.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Widerspruch von den GRÜNEN)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Römer, ich glaube, dass die Debatte um den Doppelpass gerechtfertigt ist. Ich glaube aber auch, dass das Thema zu wichtig ist, um es einseitig dafür zu instrumentalisieren, Armin Laschet zu desavouieren.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Angesichts dessen, was wir gestern Abend aus Ihrer Koalition erfahren haben, halte ich es nicht für angemessen, mit einem derart schulmeisterlichen Ton hier aufzutreten.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN – Zuruf von der SPD: Müssen Sie gerade sagen!)

Dass der Innenminister in einer so sensiblen Frage wie der Rückführung nach Afghanistan nach Aussage einer Kabinettskollegin den Koalitionspartner nicht eingeweiht hat,

(Michele Marsching [PIRATEN]: Der stellvertretenden Ministerpräsidentin!)

ist für mich ein großer politischer Skandal.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Wir werden beim nächsten Tagesordnungspunkt noch einmal über das Thema "Einwanderung" sprechen. Das gehört mit zu diesem Komplex dazu. Deswegen haben wir einer zusätzlichen Aktuellen Stunde nicht zugestimmt, sondern wir sind der Meinung, dass man das auch in diesem Rahmen behandeln kann. Darüber werden wir sprechen.

Auch wenn ich das Ganze anders bewerte als die Kollegin Düker, möchte ich ihr an dieser Stelle doch meinen persönlichen Respekt für ihre Haltung aussprechen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, der CDU-Beschluss zum Doppelpass ist falsch. Das ist meine feste Überzeugung. Thomas de Maizière selber hat auf dem Bundesparteitag angesprochen, worum es eigentlich geht – Zitat –: Es geht um "eine verkappte Türkei-Diskussion, wenn wir ehrlich sind." – So wörtlich der Bundesinnenminister.

Das können wir im Recht nachlesen, und das erleben wir in der Praxis. EU-Bürger können den Doppelpass bekommen; Schweizer können den Doppelpass bekommen. All diejenigen, die von ihren Heimatländern nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden, können ihn auch bekommen.

Dann haben Sie die Situation, dass Ali aus Marokko die doppelte Staatsbürgerschaft bekommt, während Ali aus der Türkei sie nicht bekommt. Diese Unterscheidung wird mit Blick auf die Gleichbehandlung in der türkischen Community als großer Makel wahrgenommen. Gerade wenn wir die Integration in unsere Gesellschaft voranbringen wollen – auch in der zweiten und dritten Generation –, und gerade wenn wir Herrn Erdoğan etwas entgegensetzen wollen, müssen wir doch für Erleichterungen sorgen und nicht die Optionspflicht abschaffen!

(Beifall von der FDP, den GRÜNEN und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir wollen, dass türkische Einwanderer nicht anders behandelt werden als Marokkaner, als Schweizer oder als Bulgaren. Für uns als Freie Demokraten geht es um die Haltung, wie jemand zu unserem Staat steht, und nicht um die Herkunft. (Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wenn wir beim Thema "Haltung" sind, muss man natürlich auch sagen, dass die derzeitige polarisierte Stimmung auch etwas damit zu tun, dass die großen Volksparteien CDU und CSU zu dem gesamten Komplex "Einwanderung, Flüchtlinge, Integration" nie eine wirklich klare Haltung gefunden haben.

Wir erinnern uns an "Kinder statt Inder". Wir erinnern uns an die Kampagne von Herrn Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Ich selbst war Augenzeuge, als in Bonn die Leute zum Stand der Jungen Union gekommen sind und gefragt haben: Wo kann ich hier gegen die Ausländer unterschreiben? So war das damals stimmungsmäßig – ganz unterschwellig – auch angelegt.

2015 haben wir dann erlebt, wie die Bundesregierung zunächst die Flüchtlingsbewegung nach Italien und nach Griechenland völlig ignoriert hat, und dann beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nur völlig unzureichend Vorbereitungen getroffen wurden für das, was dann auf Deutschland zukam. Wir waren strukturell insgesamt nicht vorbereitet. Ein "Wir schaffen das" musste als Ersatz für die notwendigen Vorkehrungen dienen.

Diese Kommunikation hat dazu geführt, dass der Flüchtlingsstrom in diesem großen Ausmaß nach Deutschland gekommen ist. Ich habe mir in vielen Ländern selbst ein Bild von der Lage gemacht. Die Antwort auf die Frage: "Warum denn nach Deutschland?", lautete überall: Because of Merkel. – In Bulgarien habe ich erlebt, dass Flüchtlingslager leer gestanden haben. Ich habe nachgefragt, wie das kommt. Da hieß es: Bis Anfang September war das hier voll. Dann kam die Rede von Frau Merkel, und dann sind die alle innerhalb von drei Tagen hier weg gewesen.

Auf einmal war das Chaos da; Sie haben es selbst erlebt. Wir alle haben die Schwierigkeiten erlebt. Wir alle haben versucht, gemeinsame Lösungen zu finden. Auch wir haben unsere Vorschläge dazu eingebracht. Die Kommunen haben fantastisch gearbeitet. Die Ehrenamtlichen haben fantastisch gearbeitet. Die Stimmung in unserer Gesellschaft jedoch war polarisiert. Daran tragen die Bundeskanzlerin, der Innenminister und die Bundesregierung einen wesentlichen Anteil.

(Beifall von der FDP)

Deswegen sage ich: Es ist einfach falsch, hierzu keine richtige Haltung zu haben. Wir haben bereits vor 25 Jahren die Notwendigkeit einer strukturierten Einwanderung öffentlich gemacht. Wir haben es in die Debatte gebracht; wir haben darüber diskutiert. Das war mit der CDU und vor allem mit der CSU aber leider nicht durchzusetzen. Wenn bei uns eine strukturierte Einwanderung möglich wäre – wir haben

gleich noch die Gelegenheit, darüber zu sprechen –, wäre auch 2015 vieles ganz anders gelaufen. Ich bin sicher: Das Gros der Bevölkerung ist einer Einwanderung gegenüber positiv eingestellt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Einwanderung ist etwas anderes als Asyl und Flüchtlinge! Mein Gott!)

Die Bevölkerung will jedoch eine geordnete Einwanderung nach klaren Regeln und kein Chaos.

(Beifall von der FDP und Michael Hübner [SPD])

Jetzt haben wir es mit kritischer Stimmung zu tun. Daraufhin wurde auf dem CDU-Parteitag erkennbar: Jetzt muss ein besonders konservativer Akzent gesetzt werden. Und flugs wird wider besseres Wissen – jedenfalls von vielen – das Thema "doppelte Staatsbürgerschaft" ausgewählt. Das war wirklich nicht klug. Wir wissen vom ehemaligen Integrationsminister, dass er eine andere Meinung verficht.

Mich hat bei der ganzen Angelegenheit eines gestört: Wir alle haben es auf Parteitagen schon erlebt, dass wir bei der Abstimmung über ein Thema, für das wir gestritten haben, eine Niederlage hinnehmen mussten. Das gehört zur Demokratie dazu. Es gehört aber auch dazu, dass man für ein Thema, das einem wichtig ist, nach vorne geht und die Stimme erhebt – denn wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Ich habe, ehrlich gesagt, bedauert, dass Armin Laschet an dieser Stelle nicht das Wort ergriffen hat.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ich hoffe, dass wir gleich in der Debatte die Gelegenheit haben, noch einmal über Einwanderung zu sprechen. Außerdem hoffe ich, dass die CDU, statt Chaos zu veranstalten und wieder anderen Reflexen nachzugeben, bald auf Dauer eine Haltung zu Rechtsstaatlichkeit, geordneter Einwanderung und für gelingende Integration finden wird. – Vielen Dank.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Wir haben es gerade erlebt: Unser Antrag, den Afghanistan-Antrag nach vorne zu ziehen, wurde abgelehnt. Die Aktuelle Stunde über das Chaos in der Landesregierung

wurde abgelehnt. Ein CDU-Bundesparteitagsbeschluss scheint aber wichtig genug, um hier debattiert zu werden.

Wenn hier eine Aktuelle Stunde mit dem Tenor "Optionspflicht" und "doppelte Staatsbürgerschaft" – dem klassischen Loser-Thema der CDU – eingebracht wird, bei dem diese Nationalkarnevalisten in der Jungen Union meinen, sie müssten jetzt die Scharfmacher spielen, dann ist das schon ein starkes Stück.

Sie hätten viel bessere Themen finden können als die doppelte Staatsbürgerschaft. Auf dem besagten Parteitag wurden solche Dinge beschlossen wie die Duldung zweiter Klasse, ohne Beschäftigung und mit Leistungskürzung. Da wurde beschlossen, dass Menschen aus sicheren Herkunftsländern von der Integration ausgeschlossen werden sollen. Da wurden Anreisezentren in Anrainerstaaten beschlossen. Da wird von Asylmissbrauch gesprochen. Und Sie beschäftigen sich hier in der Aktuellen Stunde mit der doppelten Staatsbürgerschaft.

Das finde ich schäbig. Es ist doch der Versuch, Armin Laschet hier eins auszuwischen; das wurde gerade schon gesagt. Armin Laschet kann heute ebenso wenig anwesend sein wie die Frau Ministerpräsidentin. Jeder hat Termine, die er wahrnehmen muss. Ich finde das einfach schäbig.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Noch eines: Wir reden über ein reines Bundesthema; auch das wurde gerade schon gesagt. Es ist übrigens völlig utopisch, dass dieses Thema im Bundestag derzeit eine Mehrheit findet; denn Gott sei Dank sitzt dort noch die SPD. Gott sei Dank wird das so nicht umgesetzt!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

 Das war ein bisschen Fishing for Compliments, ist aber nur auf der einen Seite der SPD angekommen – schade.

Ist das Ganze denn wirklich so wichtig, dass wir hier im Landtag Nordrhein-Westfalen darüber reden müssen? Ich zitiere aus § 95 der Geschäftsordnung, das habe ich vorhin schon gemacht, aber hier ist es noch einmal wichtig. Die Geschäftsordnung sagt, dass zu einer bestimmten bezeichneten Frage der Landespolitik eine Aktuelle Stunde beantragt werden kann. Wir haben eine solche Aktuelle Stunde zur IT-Sicherheit im Land eingebracht. Das war bis gestern auch das wichtigste Thema. Heute – Sie haben es gerade schon gehört – gibt es Wichtigeres. Denn was gibt es Wichtigeres als das Chaos in der Landesregierung?

Dass dann aber in vier Redebeiträgen nicht ein Wort zur Landespolitik verloren wurde, sondern es immer nur um Bundespolitik ging und dass der Geisterfahrer dieser Landesregierung hier rückwärts durch die Blitze fahren darf und das Parlament seiner Aufgabe nicht nachkommt, ihn zu kontrollieren – das finde ich schäbig. Eigentlich ist das ein Skandal.

Wissen Sie was? Ich habe keine Lust, hier über die Bundesparteitagsbeschlüsse der CDU zu reden. Was davon am Ende wirklich von den Fraktionen umgesetzt wird, steht auf einem ganz anderen Blatt. Ich glaube, jetzt ist dazu genug gesagt; wir können an dieser Stelle abbrechen. Jetzt können wir alle gehen und bei TOP 2 weitermachen; denn das, was hier passiert, ist Karnevalstheater. Das ist typisch für dieses Parlament. Ich finde es extrem schade, dass das hier so durchgezogen wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Ich sage jetzt nicht vielen Dank, Herr Kollege Marsching, aber ich frage, ob Sie damit die Kollegin Brand als zweite Rednerin auch offiziell zurückgezogen haben.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, habe ich!)

 Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir vor zwei Jahren zu diesem Thema eine Debatte hier im Landtag geführt haben. Ich weiß noch, dass es eine sehr hitzige Debatte war und dass die Präsidentin mehrfach um Ruhe hat bitten müssen.

Im Raum stand damals ein Antrag der regierungstragenden Fraktionen, der das Ziel verfolgte, die Optionspflicht komplett abzuschaffen, also Mehrstaatlichkeit zuzulassen. Damals hat Frau Güler – ich kann mich sehr gut erinnern – eine flammende Rede für die CDU-Fraktion hier im Haus gehalten. Frau Güler hat damals deutlich gemacht, wie vertragstreu die CDU sei, dass sich ihre Fraktion an den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU gebunden fühle. Da hat sie auch recht gehabt. Ich zitiere mal aus diesem Koalitionsvertrag:

"Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll seinen deutschen Pass nicht verlieren und keiner Optionspflicht unterliegen."

Zitat Ende – Das stammt aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU; so wurde es auch umgesetzt.

Der CDU-Bundesparteitag hat nun mehrheitlich etwas anderes beschlossen. In dieser Debatte geht es nun darum, sich zu dieser Frage klar zu äußern und sich zu positionieren: Was gilt denn jetzt eigentlich? Gilt jetzt die Verabredung aus dem Koalitionsvertrag 2012 oder der Bundesparteitagsbeschluss?

(Klaus Kaiser [CDU]: Sie kennen doch die Verfassung!)

Wir reden hier mit einer großen CDU-Landtagsfraktion. Wir reden mit einer CDU, die den mitgliederstärksten Landesverband innerhalb der Bundes-CDU stellt. Eine klare Aussage wird nicht ersetzt durch Aussagen hinter vorgehaltener Hand, beispielsweise von Herrn Kuper oder von Frau Korte, wie man den Medien entnehmen durfte. Vielmehr hätte es eines klaren Bekenntnisses bedurft, das lauten müsste: Ja, wir stehen auch weiterhin zum Wegfall der Optionspflicht. – Das ist aber nicht erfolgt.

(Beifall von der SPD)

Das muss man heute in dieser Debatte feststellen.

Was ist das für ein Signal an diejenigen, die nach dem Wegfall der Optionspflicht gejubelt haben, die unglaublich erleichtert waren, deren Herz höher schlug, weil sie endlich nicht mehr diese Gewissensentscheidung treffen mussten?

Was ist wichtiger – das deutsche oder das türkische Herz? Denn darüber reden wir hier doch eigentlich. Wir reden hier nicht über Bulgaren, Franzosen oder Engländer, die eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, sondern wir reden über diejenigen, die türkische Wurzeln haben. Dabei geht es noch nicht mal um diejenigen, die erst kürzlich zugewandert sind, sondern um diejenigen, die hier aufgewachsen sind, die hier geboren sind und die hier sozialisiert sind. All denen unterstellen Sie mit Ihrem Beschluss auf dem CDU-Bundesparteitag, dass sie dem deutschen Staat insgesamt die Loyalität absprechen, wenn sie sich nicht entsprechend entscheiden.

(Christian Möbius [CDU]: Blödsinn!)

Das ist nicht das Signal: Ihr gehört zu uns. – Das ist das Signal: Ihr gehört eben nicht zu uns. Wir misstrauen euch. Diese Form von Ausgrenzung ist der Nährboden für Radikalisierung. Das wissen wir aus vielen Diskussionen um Integration. Dieser Beschluss des Bundesparteitages ist das Konjunkturprogramm für Extremisten!

(Christian Möbius [CDU]: So ein Blödsinn! – Zuruf von Holger Müller [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, Ihr Parteifreund Jens Spahn – immerhin Mitglied im CDU-Präsidium – stellt sich hin und sagt: Das wird man ja wohl von den jungen Leuten verlangen können. – Ich finde, das ist eine extrem arrogante Haltung.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Die eigene Identität ist nämlich nichts, was man sich einfach aussucht, wofür man sich einfach entscheidet. Übrigens hat Jens Spahn noch einige weitere interessante Zitate gebracht, die ich gerne ansprechen will. Er hat im Rahmen dieser Debatte sinngemäß

gesagt: Dazu gehört auch, dass sich hier geborene und aufgewachsene Türken entscheiden müssen, ob sie für oder gegen Erdoğan sind. Das ist der eigentliche Hintergrund in dieser Debatte!

Die Absicht dieses Bundesparteitagsbeschlusses ist nicht Integration, sondern Assimilation – die eigene Identität, die eigene Kultur, die eigene Herkunft soll geleugnet werden. Das ist das Gegenteil von Integration in diesem Land. Wir haben da ein anderes Verständnis.

Wir bestehen darauf, dass die Menschen sich zu unseren Werten, zu unserer Verfassung bekennen, aber wir stellen nicht deren Kultur, deren Herkunft oder deren Religionszugehörigkeit infrage. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen dieser Landesregierung und dem Beschluss des CDU-Bundesparteitags.

Herr Kollege Spahn - Herr Kollege ...

(Zurufe: Spahn, ja wirklich! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Stamp!

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Stamp, natürlich! Ein leichter Aussetzer heute Morgen.

(Zurufe)

Herr Stamp, Sie haben vorhin sinngemäß gesagt, es sei ein Skandal, dass zwischen mir und Frau Düker

(Klaus Kaiser [CDU]: Ihr seid beste Freunde!)

in der Frage der Abschiebung nach Afghanistan unterschiedliche Positionen bestünden.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Dass es nicht abgestimmt ist!)

Ich habe mit Frau Düker – ich teile übrigens ihre Auffassung in der Frage der nordrhein-westfälischen Flüchtlingspolitik – immer gut und, wie ich glaube, auch freundschaftlich zusammengearbeitet.

(Zuruf von der CDU: Sinngemäß!)

Wir sind in einem Punkt unterschiedlicher Auffassung.

(Zurufe)

Herr Stamp, was ist der Unterschied zwischen Frau Düker und dieser CDU-Landtagsfraktion? Frau Düker hat Haltung und sagt klar und deutlich, was sie denkt.

(Zurufe von der CDU)

Von dieser CDU-Landtagsfraktion habe ich das heute Morgen bislang noch nicht vernommen.

(Beifall von der SPD)

Als wir vor zwei Jahren die besagte Debatte im Landtag geführt haben, habe ich gesagt: Liebe CDU, um Sie wird es einsam, weil SPD, Grüne und FDP im Zusammenhang mit Mehrstaatlichkeit und Wegfall der Optionspflicht eine klare Haltung haben.

Heute musste ich feststellen, Herr Kuper – ich schätze Sie genauso sehr wie Herrn Mostofizadeh –: In dieser Frage ist es nicht mehr einsam um Sie. Sie sollten sich aber wirklich überlegen, von welcher Seite Sie jetzt Jubel bekommen und ob das die richtige politische Haltung ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Minister Jäger. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich anfange, lassen Sie mich zu zwei Vorrednern etwas sagen.

Zunächst komme ich zu Herrn Marsching von den Piraten. Er hat die Debatte hier als "nicht wichtig" bezeichnet und als "schäbig". Das zeigt mir, dass er überhaupt keine Ahnung von Nordrhein-Westfalen hat. In Nordrhein-Westfalen gibt es ca. 1 Million türkischstämmige Menschen. Wenn dieser Parteitagsbeschluss nicht wichtig ist, gerade für diese Menschen in Nordrhein-Westfalen, die seit vielen Jahrzehnten bei uns leben – dann weiß ich auch nicht, was wichtig sein soll. Das sind auf jeden Fall nicht die Themen, die die Piraten hier auf die Tagesordnung setzen wollen.

Lassen Sie mich zwei, drei Sätze zu Herrn Kuper sagen. Herr Kuper, Sie haben das hier als Inszenierung bezeichnet und gesagt, es sei kein sachliches Thema. Sie haben versucht, die Diskussion, die wir jetzt gerade haben, die extrem ist, uns in die Schuhe zu schieben, weil wir es 2001 nicht geschafft haben, die Doppelstaatsbürgerschaft einzuführen.

Warum haben wir das denn damals nicht geschaft? Sie wissen es ganz genau. Gerade wurde schon die Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft angesprochen. Der Erfinder war Wolfgang Schäuble, der Bundesfinanzminister. Das sagt er ja selbst. Sie sind dann durchs Land gezogen und haben massiv dagegen geworben, haben es zugelassen, dass Menschen an die Stände gekommen sind und gesagt haben: Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben? Dadurch ist damals die Mehrheit im Bundesrat gekippt, und dann war es aus mit der doppelten Staatsbürgerschaft, so wie wir uns das vorgestellt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben das damals versaubeutelt, nicht wir. Damit das an dieser Stelle einmal klar ist! Dieser Parteitagsbeschluss der CDU in Essen ist deswegen so wichtig, weil er natürlich zu einer massiven Verunsicherung von vielen Tausend Menschen in Nordrhein-Westfalen führt.

(Beifall von der SPD)

Herr Kuper, das will ich Ihnen auch sagen – Sie sagen kein Wort dazu; es wurde gerade schon angesprochen –: Wenn wir uns jetzt einmal die Griechen, Portugiesen, Polen, Ungarn ansehen – alle dürfen den Doppelpass haben, nur die Türken nicht. Deswegen ist doch völlig klar, worauf das abzielt. Sie wollen mit diesem Beschluss – das ist auch deutlich geworden – ganz klar der AfD die Stimmen wegnehmen. Es geht darum, am rechten Rand Stimmen einzusammeln.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Was sind denn die Argumente für die doppelte Staatsbürgerschaft? Neben – natürlich – der Förderung der Integration, dass wir Menschen eben nicht mehr dazu zwingen, eine Identität abzugeben, für die sie nichts können. Das führt natürlich dazu, dass sie bessere Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten haben. Das ist wichtig. Aber ich glaube, noch wichtiger ist, dass wir den Menschen ihre Identität lassen, die sie haben.

Ich kann Ihnen das an meinem eigenen Beispiel erzählen.1993 habe ich zu meiner Mutter gesagt, ich würde gern den deutschen Pass haben. Ich hatte damit echte Schwierigkeiten, weil ich auch meine Eltern nicht verletzen wollte. Ich hatte das Glück, dass ich beide Staatsangehörigkeiten haben durfte, die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen durfte, ohne meine türkische abgeben zu müssen. Das war sehr gut. Doch ich glaube, es wäre mir sehr schwergefallen, die türkische Staatsbürgerschaft abzugeben, weil natürlich auch ich eine Beziehung zu meinen Eltern habe.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Meine Mutter hat damals gesagt: Mach das, damit du hier alle Chancen hast. Wir werden hierbleiben. Aber vergiss unsere Heimat nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Beschluss – der Innenminister hat das gerade angesprochen – treiben wir die türkischstämmigen Jugendlichen in die Arme von Erdoğan, weil sie natürlich merken, dass sie hier überhaupt nicht akzeptiert werden. Deswegen sind an der Stelle meiner Meinung nach nicht mehr Zweifel, sondern es ist viel mehr Anerkennung notwendig. Dabei helfen Sie nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt will ich Ihnen einmal belegen, warum ich davon überzeugt bin, dass es das Ziel dieses Parteitagsbeschlusses ist, am rechten Rand Stimmen zu gewinnen aus Angst vor der AfD. Ihr Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günther Krings, von der anderen Rheinseite, aus Mönchengladbach, sagt: Damit, mit diesem Parteitagsbeschluss, können wir am überzeugendsten belegen, dass es für bürgerliche und konservative Positionen der AfD schlicht keinen Bedarf gibt. – Ich meine, das sagt alles.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

An der Stelle, Herr Kuper, haben Sie sich komplett entlarvt. Wenn das nämlich der Parlamentarische Staatssekretär so deutlich sagt und es grätscht keiner rein, dann ist es völlig klar. Und eigentlich hätte doch Ihr Parteivorsitzender hier aus Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, reingrätschen müssen. Das hat er nicht. Erschreckend, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eigentlich nicht dieser Pillepalle-Populismus dieses Parteitagsbeschluss der Jungen Union, sondern die Haltung der NRW-CDU dazu. Die Nicht-Haltung der NRW-CDU ist erschreckend.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Irritierend ist dabei für mich dieses dröhnende Schweigen, was ich vernehme.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Es passiert nichts. Ansonsten springt Herr Laschet immer wie Kai aus der Kiste auf jedes Thema. An dieser Stelle beim Parteitag – Herr Stamp hat gerade darauf hingewiesen – nicht ein Wort, nichts, Ruhe. Sie haben es gelesen, es gab viele Presseanfragen an den Parteivorsitzenden der CDU. Er hat sich dazu nicht geäußert. Heute kann er nicht hier sein. Aber das ist mir eigentlich auch egal. Herr Stamp, ich gebe Ihnen recht. Jeder hat seine Termine, und wenn er den Termin vorher schon hatte, ist das völlig in Ordnung.

Aber man kann auch einmal eine Presseanfrage beantworten. Man kann eines tun, nämlich das, was die Nordrhein-Westfalen eigentlich gewohnt sind.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen wollen eine Haltung haben, auch wenn es noch so schwierig ist, diese Haltung durchzusetzen oder zu seiner Haltung zu stehen. Ich kann verstehen, dass die CDU im Moment Probleme mit den Rechten hat. Aber trotzdem ist es notwendig, eine Haltung zu haben, auch wenn man einen konservativen Kreis in der eigenen Partei hat. Und diese Haltung hat er nicht gezeigt, nämlich Respekt vor den Menschen in Nordrhein-Westfalen, Haltung vor den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das hat er nicht gezeigt, und das ist für mich erschreckend. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz sprechen, weil ich zwei Dinge klarstellen will, die Minister Jäger hier ausgeführt hat.

In einer solchen Debatte hier über einen Parteitagsbeschluss der CDU die Formulierung "Konjunkturprogramm für Extremismus" zu wählen, finde ich unangemessen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich finde, das steht Ihnen hier auch nicht zu.

Im Übrigen möchte ich noch sagen, dass Sie mich eben völlig falsch zitiert haben. Sie haben behauptet, ich hätte gesagt, es sei ein Skandal, dass Sie eine Meinungsverschiedenheit mit Frau Düker hätten. Das ist nicht der Skandal. Der Skandal ist, dass Sie über ein so sensibles Thema wie die Rückführung nach Afghanistan den Koalitionspartner nicht informieren, sodass sich die stellvertretende Ministerpräsidentin öffentlich über Sie beschwert. Und das gehört hier in diesem Haus thematisiert!

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Das sind doch keine Zustände; das ist doch kein Umgang. – Ich kann mir vorstellen, dass es mit den Grünen manchmal schwierig ist.

(Lachen von den GRÜNEN)

Ich habe das ja erlebt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Bei den Integrationsplangesprächen haben wir erlebt, dass uns Frau Beer die ganze Zeit hinter die Fichte führen wollte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

sodass wir dann gesagt haben: Nein, das machen wir nicht mit. – Deswegen sage ich mit Gruß an die Journalisten der Landespressekonferenz: Auch wenn es hier und heute viel Beifall von dieser Seite gegeben hat – für eine Ampelkoalition stehen wir trotzdem nicht zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Thema der Aktuellen Stunde komme, möchte ich die

Gelegenheit nutzen – da es auch mehrfach angesprochen wurde –, einige Sätze zu meinem gestrigen Rücktritt als flüchtlingspolitischer Sprecherin meiner Fraktion zu sagen.

Ehrlich gesagt überrascht mich dieses große Echo; denn am Ende war es eine ganz persönliche Entscheidung. Herr Stamp, klar sei es Ihnen zugestanden, dass Sie daraus ein bisschen politischen Profit schlagen wollen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ich habe die Ministerpräsidentin zitiert!)

Seit 16 Jahren gehöre ich jetzt dem Landtag an, und davor war ich zehn Jahre lang kommunalpolitisch aktiv. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das sind solche Momente, in denen sich auch nach ganz vielen Jahren Berufspolitikertum das Gewissen meldet und sagt: Stopp! Hier ist eine rote Linie überschritten, wo du persönlich nicht mehr mitgehen kannst. – Nicht mehr und nicht weniger war das.

Warum habe ich das gemacht? Die bisherige Praxis in Nordrhein-Westfalen haben wir Grünen immer mitgetragen. Diese sah für Afghanistan keinen generellen Abschiebestopp vor, und deswegen hätten wir Ihren Antrag auch sehr wahrscheinlich abgelehnt, Kollegen von den Piraten. Stattdessen wurde in Einzelfällen – etwa bei schweren Gefährdern oder Straftätern mit terroristischem Hintergrund, die wirklich eine Gefährdung für Land und Leute darstellen – geschaut, dass es möglich sein muss, diese abzuschieben, aber eben nach individueller Einzelfallprüfung. Das waren auch sehr, sehr wenige Fälle. Wir hatten in diesem Jahr 2016 drei und im letzten Jahr gar keinen.

Von dieser Praxis wurde aus meiner Sicht mit dem Sammelcharter abgewichen. Worum ging es da gestern? – Ich glaube, es ging dem Bundesinnenminister darum, ein Exempel zu statuieren, ohne Rücksicht – und das ist der Vorwurf, den ich ihm mache – auf die Menschen, die er in eine ungewisse Zukunft führt. Nach wie vor ist die Menschenrechtslage in Afghanistan nicht so, dass ich es für verantwortbar behalte, dorthin Sammelabschiebungen vorzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war der Grund dafür, dass ich gesagt habe: Hier ist meine persönliche rote Linie, und ich möchte nicht, dass Nordrhein-Westfalen sich an dieser Politik beteiligt. Das ist meine Bewertung, bei der ich auch bleibe, und ich hielt es damit für unvereinbar, weiterhin als flüchtlingspolitische Sprecherin meiner Fraktion diese Politik mitzutragen.

Jetzt komme ich zum Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Stamp hat es eben auch aus seinen eigenen Erinnerungen angeführt, und ich kann das ergänzen: 1999 stand ich selber am Wahlkampf-

Landtag 15.12.2016 Nordrhein-Westfalen 13804 Plenarprotokoll 16/132

stand in Düsseldorf. Wir hatten Kommunalwahlkampf, und neben uns war der CDU-Stand. Es war genauso, wie Sie es gerade geschildert haben:

(Zurufe von der CDU)

Die Kampagne von Roland Koch lief, und alle gingen zum CDU-Stand und sagten: Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben? Wo kann ich hier gegen Türken unterschreiben? – Und die Wahlkämpfer am Stand der CDU sagten nicht: Moment mal, liebe Bürgerinnen und Bürger. Darum geht es nicht. Wir haben eine andere Auffassung zum Doppelpass, und die möchte ich Ihnen gerne erläutern. – Nein! Die Wahlkämpfer von der CDU hielten diesen Leuten die Unterschriftenliste unter die Nase und sagten: Hier können Sie sofort unterschreiben! – Das war die Lage im Jahr 1999. Daraufhin kam es zu diesem Kompromiss mit der Optionspflicht, wie dargestellt.

Dann hatten wir 2005 einen Integrationsminister Laschet. Ich habe mir noch mal seine Zitate rausgesucht. Er hat vor zehn Jahren in einem Interview mit der "taz" gesagt:

"Viele Kulturen heißt auf Lateinisch: multikulti. Hier leben über drei Millionen Muslime, die bleiben auch auf Dauer hier."

Auf die Frage: "Unionspolitiker sagen trotzdem immer noch, Deutschland sei kein Einwanderungsland", antwortet Armin Laschet 2006:

"Diese These war schon immer falsch. Das war eine Lebenslüge. Wenn in ein Land mehrere hunderttausend Menschen jedes Jahr ziehen, ist das natürlich ein Einwanderungsland. Ich glaube, diese Erkenntnis setzt sich auch in der Union durch."

– Das sagte Armin Laschet vor zehn Jahren. Ich glaube, da hat er sich hinsichtlich seiner eigenen Partei gründlich geirrt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Inzwischen wird – ich habe die Zahlen noch mal nachgeguckt – mehr als die Hälfte der Einbürgerungen unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit durchgeführt. Der Doppelpass ist also nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Was sind das für Länder? – Iran, Syrien, Afghanistan, Algerien, Marokko und Tunesien. Das sind alles Länder, in denen die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft laut Gesetz nicht möglich oder nicht zumutbar ist. Dann wird ein Doppelpass ausgestellt.

Also sind wir doch mal ganz ehrlich, worüber wir heute reden: Wir reden darüber, dass man den türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern diesen Doppelpass nicht geben will. Nur darum geht es. Auch da unterliegt die CDU einer erneuten Lebenslüge. Auch mich haben die Demonstrationen von hier geborenen türkischstämmigen Menschen, die für die

Erdoğan-Politik auf die Straße gehen, ziemlich fassungslos und besorgt gemacht. Bei diesen Demonstrationen merken wir, dass wir es nicht verstehen, warum diese Menschen für eine Politik, die mit unseren Grundwerte nichts zu tun hat, auf die Straße gehen. Wir fragen uns: Was ist da schief gelaufen?

Herr Kuper, selbstverständlich müssen wir uns alle diese Frage stellen. Aber die Antwort darauf kann doch nicht sein, dass wir jetzt wieder die Optionspflicht machen. Das hat mit der Doppelpassdebatte nichts zu tun – im Gegenteil.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich glaube im Gegenteil, dass wir die Probleme, die wir hier in der Community haben, nicht mit dieser Antwort lösen können. Das ist eine erneute Lebenslüge, und nach 20 Jahren machen Sie dieselben Fehler noch mal! Das finde ich traurig und schade; denn ich glaube, wir waren auch mit der CDU in diesem Landtag mal weiter. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Für ein modernes Einwanderungsgesetz

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13691

Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13787

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13791

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD dem Kollegen Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, will ich die Gelegenheit nutzen, ganz kurz auf eine Äußerung – ich hätte ansonsten eine persönliche Erklärung abgegeben, aber ich bin ja jetzt ohnehin am Rednerpult – aus der vergangenen Debatte Bezug zu nehmen, die unabhängig vom Thema vom Kollegen Kuper gemacht worden ist.

Der verehrte Kollege Kuper, dem ich das persönlich nicht übel nehme, aber dem ich das trotzdem vorhalten möchte, hat in der Debatte offensichtlich Folgendes gemacht: Er hat die 153 Jahre des Bestehens der Sozialdemokratie genommen und davon unsere Beteiligung an Regierungen abgezogen und dann darauf geschlossen, dass die Sozialdemokratie in der übrigen Zeit in der Opposition gewesen sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das möchte ich so nicht hinnehmen. Denn während der Zeit des Kaiserreiches war die deutsche Sozialdemokratie viele Jahre lang verboten, und während der Zeit des NSTerrors waren viele unserer Parteigenossinnen und Parteigenossen Verfolgungen ausgesetzt und haben im Konzentrationslager und im Gefängnis gesessen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will jetzt den Antrag für ein modernes Einwanderungsgesetz deutlich als breites Angebot an das Parlament in Nordrhein-Westfalen formulieren. Wir wollen die Bestrebungen zur Schaffung eines solchen Einwanderungsgesetzes auf Bundesebene unterstützen. Angesichts der Tatsache, dass gerade in Nordrhein-Westfalen über alle Parteigrenzen hinweg in der Frage vergleichbare Ansätze vertreten werden, wünschen wir uns ein breit getragenes Signal aus diesem Landtag, dass in Deutschland diese Zukunftsaufgabe, die Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes, kurzfristig angegangen wird.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft, gleichzeitig die Organisation gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe, die Integration von Menschen – all das sichert in Deutschland, in NRW und jeweils auch vor Ort Zukunft.

Das ist nicht nur die Meinung vieler Betroffener, die uns in Deutschland auf einem gesetzlich vorgegebenen Weg dabei helfen wollen, Zukunft zu bewältigen. Das ist nicht nur die Meinung in der Politik. Auch in der Wirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird zu Recht intensiv auf die demografische Entwicklung und ihre Folgen zum Beispiel für Unternehmen in unserem Land hingewiesen. Ich habe einige Beispiele gefunden. Ich will die ietzt nicht alle aufzählen. Aber wenn sich die Präsidenten der IHK in Köln und Bonn. wenn sich der Präsident des Deutschen Industrieund Handelskammertages gegenüber der "Berliner Morgenpost" in der Frage auch hinsichtlich des Fachkräftemangels äußern, dann ist das, denke ich, ein Signal dafür, dass es einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur Schaffung eines Einwanderungsgesetzes in unserem Land gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines liegt uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders am Herzen: die langfristige Sicherung sozialer Systeme durch Menschen, die sich in unsere Gesell-

schaft einbringen. Sie stärken die Sicherungssysteme. Das ist nach unserer Meinung ein absolut wichtiger Aspekt.

Darüber hinaus bedeutet das auch die Schaffung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die Integration und Teilhabe beinhaltet. Es bedeutet dauerhafte Lebensperspektiven für Menschen in Deutschland und bedeutet auch – das steht in unserem Antrag –, dass wir selbstverständlich von einem Recht auf Familiennachzug für die betroffenen Menschen ausgehen.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Das fördert auch eine vernünftige Unterteilung bezogen auf die Gründe, weshalb Menschen in unser Land kommen. Denn wir – das will ich auch ganz deutlich sagen – bestehen darauf, dass das Grundrecht auf Asyl keine Obergrenzen verträgt. Wenn Herr Seehofer das jetzt sogar zur Gretchenfrage für künftige Regierungsbeteiligungen macht, dann ist das seine Sache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir Regierungen in Deutschland durchaus auch gut ohne die CSU vorstellen.

An der Stelle erlauben Sie mir diese Anmerkung: Das Grundrecht auf Asyl soll aber gerade nicht den Weg für Arbeitsmigration öffnen. Das macht klar, dass alle Menschen, die als Flüchtlinge oder als Asylberechtigte zu uns kommen und ein Bleiberecht, eine Bleiberechtsperspektive haben, natürlich auch zum Zweck der Integration ganz kurzfristig im Bereich der Arbeitsaufnahme Unterstützung und Hilfe finden müssen. Aber das ist eine ganz andere Sache als das, was wir hier verlangen. Das betrifft ganz andere Fallgestaltungen.

Wir wollen dazu beitragen, dass Menschen, die den Weg über ein Einwanderungsgesetz nach Deutschland gehen können, nicht mehr dazu gezwungen sind, irregulär einzureisen oder gar Asyl zu beantragen, obwohl das eigentliche Ziel ihres Wunsches, sich hier aufzuhalten, die Arbeitsaufnahme und die dauerhafte Einwanderung sind. Dass das unter Berücksichtigung vernünftiger Kriterien, zum Beispiel bezogen auf die Situation am Arbeitsmarkt innerhalb der Bundesrepublik und innerhalb unserer Regionen, passieren muss, ist selbstverständlich.

Ich könnte jetzt noch Bezug nehmen auf den Fraktionsvorsitzenden der FDP, der sich am 12.12. zum Einwanderungsgesetz geäußert hat und die Frage gestellt hat, wieso die CDU an der Stelle denn nicht beweglicher ist. Ich könnte auch Herrn Laschet zitieren, der mehrfach sogar Thomas Oppermann in seiner Forderung unterstützt hat, hier ein modernes Einwanderungsrecht zu schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns geht es an der Stelle ganz bewusst nicht darum, parteipolitische Gräben aufzuwerfen. Uns geht und ging es darum, aus Nordrhein-Westfalen heraus ein überzeugendes Zeichen zu setzen, das uns auch in die Situation bringt, Men-

schen wirklich diese Lebensperspektiven mitzugeben. Wir wollen keine Taktik auf Kosten vernünftiger Lösungen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir Sie gerne dazu einladen, unserem Antrag zuzustimmen. Wenn Sie ihn genau durchlesen, werden Sie vielleicht feststellen, dass wir in einigen Fragen keine abschließende Lösung für die genaue Struktur eines solchen Einwanderungsgesetzes vorgeben wollen. Ich denke zum Beispiel an die Überprüfung des Punktesystems. Ich halte das für einen sinnvollen Vorschlag. Wir wollen aber eine breite Zustimmung in der Diskussion über ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene bekommen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des parteilosen Abgeordnetenkollegen Schulz zulassen?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, natürlich.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Kollege Körfges, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Sie sind gerade dabei, auch Ausführungen zu den Rahmenbedingungen eines möglichen Einwanderungsgesetzes zu machen. So haben Sie das ja auch in Ihrem Forderungskatalog aufgeführt. Dazu habe ich eine Verständnisfrage. Sie schreiben dort:

"Die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Sprache sowohl im In- als auch im Ausland werden ausgebaut."

Können Sie mir bitte erklären, wie die Formulierung "Die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Sprache … werden ausgebaut" gemeint ist?

Hans-Willi Körfges (SPD): Es geht darum, dass wir den Menschen, die aus dem Ausland heraus einen Antrag stellen, zum Zweck der Arbeitsaufnahme nach Deutschland zu kommen, schon rechtzeitig vorher im Ausland – unter anderem über die Goethe-Gesellschaften – Angebote für den Spracherwerb machen, um damit von vornherein bessere Bedingungen für Integration zu schaffen. Ich halte das für möglich und auch für außenpolitisch durchaus angezeigt und angesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will zu der Frage zurückkommen, warum wir in unserem Antrag nicht alles im Detail vorgeben. Es wäre einfach gewesen, in unserem Antrag zu formulieren, dass wir uns der Bundesratsinitiative anschließen oder das unterstützen, was die SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt hat. Wir wollen an dieser Stelle aber allen, die es genauso wie wir für nötig halten, über ein Einwanderungsge-

setz qualifiziert zu diskutieren, die Gelegenheit geben, dieses Signal aus Nordrhein-Westfalen mit uns gemeinsam zu setzen.

Für die Integration und für die Menschen, die damit Sicherheit über den richtigen Weg der Einwanderung bekommen, wäre es ein wichtiges und nützliches Signal. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir hier mit einer breiten Zustimmung rechnen dürften. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fangen wir wieder einmal mit der Lebenslüge an, die ja heute auch schon bei der Debatte über die Einwanderung Thema war. Ja, die CDU hat durch Armin Laschet propagiert, dass sie damit aufhören will. Ich werbe in Richtung CDU noch einmal ausdrücklich dafür, dass wir auch beim Thema "Einwanderungsgesetz" da etwas weiterkommen; denn es ist dringend notwendig, dass wir hier mit ein paar Lebenslügen aufräumen.

1999 hatten wir mit der ersten Initiative der damaligen rot-grünen Regierung noch einen Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz, das auch die Komponenten einer Einwanderung bzw. einer Arbeitsmigration enthielt. Im Bundesrat wurde das – seinerzeit unter Federführung von Roland Koch – dann alles rausverhandelt, sodass wir damals die große Chance vertan haben.

Schauen wir uns die Zahlen an. Wer kann heute nach Deutschland kommen? Neben Asyl und Familiennachzug sind das ein paar Höchstqualifizierte. 2014 haben ganze 30.000 Menschen einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit bekommen. Viele Studien – unter anderem von Prognos; ich kann aber auch andere zitieren – kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass wir aufgrund der Demografie eine Nettoeinwanderung von 500.000 Personen jährlich brauchen.

Angesichts dieser Situation fehlt in unserem deutschen Aufenthaltsrecht eindeutig die Komponente einer gesteuerten Arbeitsmigration, die ganz klar vom humanitären Aufenthaltstitel bzw. vom Asylrecht abgegrenzt ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Schauen wir uns jetzt einmal etwas an, was ich ganz spannend finde. Es gibt nämlich eine Möglichkeit, ins Land zu kommen, die viele nicht sehen, die aber zeigt, dass es doch geht. Im Zuge der Asylkompromisse haben wir im letzten Jahr im Bundestag und

dann auch im Bundesrat einen sogenannten Einwanderungskorridor für die Westbalkanländer beschlossen. Wir haben also gesagt: Sichere Herkunftsländer, ja. Aber da wir ja sehen, dass diese Menschen nicht wirkliche Asylflüchtlinge sind, sondern tatsächlich zu uns kommen, um hier ein neues Leben zu beginnen, Arbeit aufzunehmen etc., eröffnen wir für sie einen Einwanderungskorridor. Wenn ihr einen Job nach § 26 Abs. 2 Beschäftigungsverordnung habt, dürft ihr kommen.

> (Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wer hat das als Erster hier gefordert?)

- Ja, Herr Stamp fand das auch immer schon gut. Okay?

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

Aber wir haben es im Bundesrat durchgesetzt. Und das war nicht leicht, Herr Stamp.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir konnten da leider nicht so sehr auf Ihre Hilfe setzen, weil Sie nicht mehr in allzu vielen Regierungen vertreten sind.

> (Beifall von den GRÜNEN und der SPD - Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das kommt wieder! Keine Sorge!)

Aber wir sind uns an dieser Stelle sehr einig.

Und was passierte im letzten Jahr? Trotz riesiger bürokratischer Hürden sind von Januar bis September – dazu liegen mir Zahlen von der Bundesagentur vor - aus den Herkunftsländern Albanien, Bosnien, Montenegro, Mazedonien, Kosovo, Serbien, also aus den Balkanländern, insgesamt 3.963 Personen mit diesem Titel allein nach NRW eingewandert. Auf einmal sind sie gekommen. Schauen wir uns an, wie viele Asylanerkennungen wir für diese Personengruppe im gleichen Zeitraum hatten: 43.

Das zeigt doch, dass hier etwas gelungen ist, was wir mit dem Einwanderungsgesetz weiterführen müssen. Wir müssen davon wegkommen, dass Menschen, die ihre Sachen gepackt haben und bei uns völlig falsch im Asylsystem ankommen, nicht auf ein Einwanderungsticket umswitchen können, obwohl sie hier unter Umständen auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Wir brauchen einen zweiten Arbeitsmarkteinwanderungskorridor, auch - nicht nur, aber auch - um unser Asylsystem zu entlasten. Denn darin befinden sich sehr viele Menschen, die dort nicht hineingehören, denen man aber sehr wohl mit einer Arbeitsmigration ein anderes Angebot machen könnte.

Die Einwanderung aus den Westbalkanländern zeigt, dass es funktioniert und dass hier offenbar auch Bedarf nach diesen Arbeitskräften besteht. Das müssen natürlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sein. Ich schaue den Arbeitsminister an. Das ist alles

korrekt. Das sind keine Dumping-Arbeitsplätze, sondern korrekte Arbeitsplätze. Dafür gibt es auch bei uns in NRW einen Bedarf. Diese Möglichkeit müssen wir grundsätzlich schaffen.

15.12.2016

An dieser Stelle bin ich beim Kollegen Körfges. Es reicht dafür nicht aus, eine Zahl festzulegen, ein Punktesystem einzuführen und zu sagen: Alle, die hier einen Job haben, dürfen kommen. - Vielmehr müssen wir das, wie auch alle Erfahrungen aus den klassischen Einwanderungsländern zeigen, in ein Gesamtkonzept einbetten. Wir brauchen also eine Integrationsstrategie. Dazu gehört am Ende auch die Möglichkeit, leichter die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben -

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

um noch einmal zum Thema der Aktuellen Stunde zurückzukommen. Dazu gehören aber auch klare Integrationsangebote, Förderung der Sprachkenntnisse und andere Dinge mehr. Nur dann werden wir auch ein attraktives Einwanderungsland.

Alles das zusammen braucht endlich - endlich! eine geordnete, gesteuerte Einwanderung über ein Einwanderungsgesetz.

Ich würde mich freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie an dieser Stelle irgendwann einmal über Ihren Schatten springen und mit der Lebenslüge, dass Deutschland dies so nicht braucht, aufhören würden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. - Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Güler.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Witz anfangen, den mir neulich ein Kanadier erzählt hat, mit dem ich mich über das Einwanderungssystem in Kanada unterhalten habe. In Kanada gibt es folgenden Witz:

Wenn du in Kanada einen medizinischen Notfall hast, dann bestell dir ein Taxi; denn mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit ist der Taxifahrer ein immigrierter Arzt.

> (Hans-Willi Körfges [SPD]: Wo ist denn die Pointe? - Dr. Joachim Stamp [FDP]: Die erklärt sie noch!)

So viel zur Effektivität des kanadischen Einwanderungssystems. Schaut man sich, Herr Körfges, Frau Düker, das Einwanderungsgesetz der SPD auf Bundesebene an, stellt man fest, dass es ziemlich nah am kanadischen Modell bleibt. Das gilt auch für das Punktesystem - das erwähnen Sie in Ihrem Antrag als Beispiel –, von dem die Kanadier mittlerweile abrücken.

Im Gegensatz dazu wird uns bescheinigt, dass wir eine der modernsten – auch wenn wir es so nicht nennen – Einwanderungsregelungen überhaupt haben. Ich bin nicht komplett gegen Ihre Idee. Ich sage nicht, wir brauchen das alles nicht. Ich finde nur, die von Ihnen gemachten Vorschläge, die zehn aufgeführten Punkte, sind – auch wenn Sie sagen, Sie wollten das gar nicht so starr haben – doch recht starr.

Sie laden uns heute ein, mit dem Antrag zu stimmen. Ich frage mich, wieso man das jetzt wieder kurz vor der Wahl so übers Knie brechen muss, wieso man nicht die Gelegenheit genutzt hat, vernünftig etwas vorzubereiten, anstatt es heute zur direkten Abstimmung zu stellen. Das ist nicht die einladende Art, von der Sie gerade gesprochen haben. Im Gegenteil: Das heißt für mich vielmehr, dass die SPD mal wieder versucht, eine Showdebatte zu starten und zu führen, wohlwissend, dass wir in NRW gar nicht in der Lage sind, solch ein Einwanderungsgesetz zu beschließen.

Sie können es als Bundesratsinitiative einbringen, aber – darauf sind Sie eingegangen – dazu, sich der Initiative der anderen SPD-geführten Bundesländer anzuschließen, hatte diese Landesregierung genau zwei Möglichkeiten: zum ersten Mal im Februar 2015 und zum zweiten Mal im September 2016. Diese haben Sie nicht wahrgenommen, geschweige denn, uns vorzuschlagen, wie Sie sich ein Einwanderungsgesetz vorstellen, außer diesen Vorschlägen – noch einmal – kurz vor der Wahl. Deshalb kaufe ich Ihnen auch Ihre Handreichung in unsere Richtung, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, nicht ab.

(Beifall von der CDU)

Hinzu kommt, dass uns die Aussagen der letzten Tage – vor allem die der Ministerpräsidenten – schon etwas verwirren und nachdenklich machen.

Frau Kraft fordert auf der einen Seite in einer Talkshow lauthals Abschiebungen. Zitat: Ich will die loswerden. – Sie tut aber nichts dafür. Herr Gabriel wirft der Bundeskanzlerin vor, eine Millionen Menschen ins Land geholt zu haben, und die SPD-Bundestagsfraktion schlägt fast zeitgleich ein Einwanderungsgesetz vor, mit dem schon im ersten Jahr 25.000 Menschen einwandern bzw. nach Deutschland geholt werden sollen. Ich finde, dass das nicht zusammenpasst.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich kurz auf das Einwanderungsgesetz der SPD-Bundestagsfraktion eingehen, auch wenn Sie sich, Herr Körfges – so habe ich Sie gerade verstanden –, davon gerade distanziert haben. Die SPD fordert ein transparentes Einwanderungsgesetz, um das, was wir jetzt haben, zu vereinfachen. Ihr Vorschlag auf Bundesebene ist aber, das alles, was wir

jetzt haben, beizubehalten und on top ein Punktesystem draufzusetzen. Ich frage Sie: Wo ist da die Vereinfachung im SPD-Modell? Ich verstehe das nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Alles, was Sie nicht verstehen, ist schon falsch!)

Noch mal: Alles zu behalten plus das Punktesystem oben draufzulegen, ist keine Vereinfachung. Im Gegenteil: Es verkompliziert das System.

Die jetzige Regelung ist, dass Hochqualifizierte im Wesentlichen zwei Kriterien erfüllen müssen: Das eine ist der Hochschulabschluss, das andere sind ein Arbeitsvertrag und ein Mindesteinkommensniveau von 49.600 € bzw. 36.688 €. – Das ist kein kompliziertes Verfahren. Sie wollen es aber verkomplizieren, indem Sie sagen: Ja, wir fordern zusätzliche Kriterien. – Darüber sollten Sie nachdenken, wenn Sie sagen: Wir brauchen hier Fachkräfte. – Die Menschen sollen so einfach wie möglich zu uns kommen, Sie machen aber Vorschläge, indem sie das Jetzige noch verkomplizieren. Deshalb ist das nicht durchdacht.

Noch einmal: Die Idee, in ein Einwanderungsgesetzes all das, was wir jetzt haben, zusammenzupacken und für mehr Transparenz zu sorgen, ist gut.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es reicht aber nicht!)

Das haben wir als CDU auf Bundesebene Anfang 2015 angestoßen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Nur, dass Sie das hinterher diskutieren wollen!)

Ihre eingebrachten Vorschläge vereinfachen nicht das System. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir werden diesen Antrag nicht nur deshalb ablehnen, sondern auch weil die Einladung, die gerade von Ihnen, Herr Körfges, von Ihnen, Frau Düker, ausgesprochen wurde, einfach nicht ehrlich ist. Wenn Sie es wirklich darauf angelegt hätten, hieraus eine gemeinsame Sache zu machen, dann hätten Sie uns vorher um Gespräche gebeten. Das haben Sie nicht. Das war – noch mal – übers Knie gebrochen. Deshalb kaufe ich Ihnen diese Nummer nicht ab, und auch deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Körfges, Sie sprechen von einem Angebot an das ganze Parlament, und dann stellen Sie den Antrag zur di-

rekten Abstimmung. Ich glaube, dass das Ganze eher ein Angebot an die "Rheinische Post" war, indem die Kollegin Düker den Antrag samt persönlicher Mail an mich gleich an die "Rheinische Post" weitergeleitet hat. Das ist doch sehr durchsichtig und soll Koalitionsspekulationen in Gang setzen. Wir haben darüber müde gelächelt. Das entspricht nicht der Ernsthaftigkeit, mit der man sich mit dem Thema "Einwanderung" auseinandersetzen muss.

(Beifall von der CDU und der FDP – Beifall von Marc Olejak [PIRATEN])

Unser Ziel ist ein konsistentes Einwanderungsgesetzbuch. Ich bin erstaunt und freue mich, dass die CDU das jetzt auch so sieht.

(Serap Güler [CDU]: Auch?)

Dass es vor einem Jahr schon angestoßen worden sein soll, halte ich für eine Legende – vielleicht in der internen Diskussion, aber bis zu uns war das nicht vorgedrungen.

Ich darf an dieser Stelle aber auch sagen, Frau Kollegin Güler, es geht nicht nur darum, es so wie in Kanada zu machen, sondern qualifizierte Einwanderung kann auch unterschiedliche Facetten haben. Für uns spielt eine wesentliche Rolle, bei der Blue-Card zu einer erheblichen Absenkung der Gehaltsgrenzen zu kommen, damit mehr qualifizierte Zuwanderung in andere Mangelberufe möglich ist, als das bisher der Fall ist. Gerade im Pflegebereich sind wir dringend darauf angewiesen. Denn die qualifizierte Einwanderung aus der EU wird dafür nicht mehr lange ausreichen. Wir wollen dieses System nicht allein durch ein Punktesystem ersetzen, sondern ergänzen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Kollege Dr. Stamp, würde Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer zulassen?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ja, klar.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Kollege. – Wenn wir jetzt sagen würden: "Wir werden den Antrag überweisen; unser Angebot ist ernst gemeint", dann würden Sie diesen Weg in der Debatte mit uns gehen?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Wir würden der Überweisung zustimmen, Frau Kollegin.

(Lachen von Sigrid Beer [GRÜNE] – Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir sind gerne dazu bereit, die positiven Signale aufzunehmen, Frau Güler! – Weitere Zurufe)

- Sehr gut. Vielleicht hat die Adventsandacht heute

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Da waren wir doch gemeinsam!)

- da waren wir gemeinsam - die Herzen bewegt.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen aber gleich dazu, dass wir, wenn wir über ein gemeinsames Einwanderungsgesetzbuch sprechen, dort auch die Fragen der humanitären Einwanderung und des Flüchtlingsschutzes klären wollen. Sie wissen, wir haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nicht Ihre Zustimmung gefunden hat, aber der vom Landtag in Schleswig-Holstein mit großer Mehrheit beschlossen worden ist.

Von daher ist das, was wir vorgelegt haben, keine Luftnummer, sondern etwas, was Ihnen zu denken geben sollte. Wir wollen insgesamt einen eigenen Status für Kriegsflüchtlinge. Wir haben auch angeboten, dass es nicht zwingend ist, bei diesem Gesetzentwurf zu bleiben, sondern dass wir uns eine Weiterentwicklung vorstellen können.

Aber wir brauchen eine Unterscheidung zwischen Migranten, politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen. Bei den Kriegsflüchtlingen muss in der Regel, wenn der vorübergehende humanitäre Schutz vorbei ist, die Rückkehr in die Heimat erfolgen. Aber gleichzeitig – deswegen ist die Möglichkeit wichtig, beide Systeme in Verbindung zu halten; das ist die Herausforderung – wollen wir, dass diejenigen, die als Flüchtlinge gekommen sind, auch die Möglichkeit des Rechtskreiswechsels haben, um sich nach dem Einwanderungsgesetz für das Bleiben in Deutschland zu bewerben.

(Beifall von der FDP)

Das Problem ist Folgendes – das muss man der Bundesregierung ankreiden –: Wir haben wieder nicht aus der Geschichte gelernt, die damals mit den Bosniern in den 90er-Jahren passiert ist. Teilweise fangen wir jetzt wieder an, integrierte Familien abzuschieben, während wir umgekehrt die Alleinreisenden aus dem Maghreb nicht loswerden. Das ist doch unglaublich – ein Versagen der Bundesregierung –, dass man aus den Entwicklungen, die wir damals miterlebt haben, immer noch keine Konsequenzen gezogen hat.

(Beifall von der FDP)

Die mangelnde Administration hier in Nordrhein-Westfalen wollen wir auch nicht vergessen.

Damit sind wir bei dem Thema "Rückführung", das man, glaube ich, sehr unterschiedlich bewerten kann.

Ich habe gemerkt, mit welcher Leidenschaft dieses Thema zum Teil angesprochen worden ist – vielleicht auch von dem einen oder anderen Kollegen den Piraten gegenüber mit Verachtung. Ich kann Ihre Leidenschaft nachvollziehen. Aber ich glaube, es ist auch legitim, zu einer anderen Bewertung zu kommen

Ich habe ein langes Gespräch mit dem afghanischen Botschafter gehabt, und ich habe mich auch ein bisschen mit der dortigen Stammeskultur auseinandergesetzt. Es gibt Bereiche in Afghanistan, die nach meiner Auffassung eine Rückführung zulassen. Man kann das anders bewerten; aber ich bin dieser Auffassung.

Vor allem bin ich auch der Meinung, wir müssen auch sehen, dass es sehr viele alleinreisende Männer aus diesen Gebieten gibt, für die kein besonderer Schutz gilt, wie etwa für Kinder oder für Schwangere – eine gesonderte Situation. Ich trete dafür ein, dass wir die dort beim Aufbau des Landes unterstützen müssen.

Wir stehen vor einer Herkulesaufgabe, was die Fluchtbewegung international angeht. Mit drei Oppositionspolitikern waren wir mit der evangelischen Kirche in Marokko. Wir haben die Situation derer gesehen, die dort aus der Subsahara anlanden. Das ist ein Thema für sich. Ich habe in meinem Leben so ein Elend noch nie gesehen; es ist erschütternd. Aber viele sitzen dort auf "gepackten Koffern", obwohl sie keine Koffer haben, sondern nur das nackte Leben.

Wir müssen dafür sorgen, dass sich in diesen Ländern vor Ort substanziell etwas verändert – nicht nur in Sonntagsreden, sondern in der Realität. Dafür wird Deutschland, dafür wird die EU Milliarden ausgeben müssen, weil es sonst einen Treck nach Europa geben wird, gegen den 2015 ein Klacks war. Das ist die große Herausforderung, der wir uns stellen müssen, Länder wie Afghanistan, Bangladesch oder die afrikanischen Länder zu stabilisieren und zu versuchen, vor Ort zu helfen. Das ist die ganz große Herausforderung, die ich persönlich mir bei der Europäischen Union ganz oben auf der Tagesordnung wünschen würde. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Zu diesem Einwanderungsgesetz: Herr Körfges, der Bund legt etwas vor, von Kampagnen flankiert und dann muss man das Ganze als Land schnell flankierend begleiten. Und so ist dieses Einwanderungsgesetz entstanden – mit heißer Nadel gestrickt.

Frau Düker, Sie sagen, es sei total wichtig, diesen Switch, die Möglichkeit zu haben, vom Asylverfahren zum Einwanderungsrecht zu wechseln. Herr Stamp hat wohl gerade auch betont, wie wichtig das ist. Aber das steht in diesem Einwanderungsgesetz leider nicht drin.

Frau Güler, sie erzählen einen Witz über das kanadische Punktesystem. Da frage ich mich, warum Sie jahrelang wollten, dass der Integrationsausschuss nach Kanada reist, um sich das tolle Punktesystem anzugucken. Es scheint ja doch nicht so toll zu sein.

Wir Piraten sprechen uns für ein modernes Einwanderungsrecht aus. Entscheidend dabei ist eben, was ich gerade sagte, die Übergangsmöglichkeit vom Asylrecht in ein Einwanderungsrecht zu schaffen. Entscheidend ist auch, dass sich die Auswahlkriterien nicht ausschließlich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. Darüber hinaus muss die Aufenthaltserlaubnis für mindestens sieben Jahre erteilt werden. Wir brauchen für diese Menschen eine Perspektive und eine dauerhafte gesellschaftliche Teilhabe.

Dieses Modell der anderen Parteien ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen. Die selbstgewählten Ziele des Entwurfs – die Gewinnung von Fachkräften und die Entlastung des Asylsystems – können mit dem vorliegenden Antrag nicht erreicht werden. Ich möchte Ihnen das gerne anhand von drei Beispielen erläutern.

Erstens. Stichwort "Fachkräfte": Mit dem Punktesystem kann der Fachkräftebedarf nicht gedeckt werden. Das Punktesystem funktioniert nicht; denn damit hätten ausschließlich Menschen, die bereits einen unterschriebenen Arbeitsvertrag vorlegen, eine Chance, ausgewählt zu werden. Selbst wenn man perfekt Deutsch spricht, einen Doktortitel hat und unter 39 Jahre alt ist, muss man zusätzlich noch mindestens neun Monate ehrenamtlich in Deutschland tätig gewesen sein. Was für ein Irrsinn! Wer kann denn diese Anforderungen erfüllen? Diese Menschen kann man an einer Hand abzählen, und damit lässt sich der Fachkräftebedarf eben nicht decken. Wir machen das deshalb so nicht mit.

Zweitens. Stichwort "Vorrangprüfung": Nehmen wir an, dass ein einwanderungswilliger IT-Spezialist aus Indien – so steht es in dem Arbeitspapier des Bundes – bereits einen Arbeitsvertrag hat; denn nur dann hat er Chancen auf die geforderte Punktezahl. Dennoch kann es sein, dass geprüft wird, ob nicht doch ein Deutscher eingestellt werden kann. Sprich: Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind sich einig, aber die Politik sagt: Nein, da muss ein anderer eingestellt werden. – Was für ein kompletter Unsinn!

Drittens. Stichwort "Entlastung des Asylsystems": Das Einwanderungsgesetz wird von den anderen Parteien immer wieder als Allheilmittel zur Lösung der Krise des Asylsystems missbraucht. Sie versprechen, dass mit einem Einwanderungsgesetz automatisch weniger Flüchtlinge kommen. Sie sagen: Nur, wenn es legale Einwanderungsalternativen gibt, können Menschen davon abgehalten werden, eine

lebensgefährliche Flucht zu starten. – Welche Alternative bieten Sie aber an? Ihr vorgelegtes Punktesystem ist quasi der Status quo, den wir jetzt haben, nur in andere schöne Worte gefasst.

Meine Damen und Herren, zunächst müssen wir schauen, wer alles zu uns gekommen ist. Es sind viele Fachkräfte nach Deutschland geflüchtet. Daher ist es doch ein pragmatischer Vorschlag, Übergangsmöglichkeiten aus dem Asylrecht in das Einwanderungsrecht zu schaffen. Niedersachsen – das ist übrigens irgendetwas mit SPD – hat das zum Beispiel in einer Bundesratsinitiative bereits gefordert. Dort steht:

"... für spezielle Bereiche einen Aufenthaltszweckwechsel ("Spurwechsel") zuzulassen."

Das ist doch ein einmal ein guter Vorschlag gewesen. Wir müssen doch die Menschen, die schon hier sind, berücksichtigen und nicht nur diejenigen, die ab morgen kommen. Was ist aus diesem guten Vorschlag geworden? Er hat sich offenbar in Luft aufgelöst.

Wenn Sie das Asylsystem wirklich entlasten möchten, dann setzen Sie an dieser Stelle an.

Meine Damen und Herren, ich muss ein paar Worte über die aktuellen parteipolitischen Debatten und die ordnungspolitischen Maßnahmen der letzten Monate loswerden. Sie diskutieren ein Burkini-Verbot und zumindest Teile hier die Abschaffung des Doppelpasses, ganz zu schweigen vom Wohnsitzzwang oder der Einschränkung des Familiennachzugs. Gleichzeitig möchten Sie Deutschland als modernes Einwanderungsland darstellen, das gerne viele Fachkräfte bei sich aufnehmen würde. Wie passt das denn zusammen? Ihre einwanderungswilligen IT-Experten aus Indien machen bei diesem Klima einen großen Bogen um Deutschland.

Meine Vorredner sprechen davon, dass sie die Migration besser steuern und das Asylsystem entlasten möchten. In diesen aufgeheizten Zeiten ist das ein redliches Anliegen und auch notwendig. Mit dem vorliegenden Entwurf wird das allerdings nicht funktionieren; denn wir benötigen – noch einmal – erstens: Übergangsmöglichkeiten vom Asylrecht in ein Einwanderungsrecht, zweitens: niederschwelligere Auswahlkriterien; denn das Punktesystem funktioniert nicht, und drittens: eine Aufenthaltserlaubnis für mindestens sieben Jahre.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige grundlegende Worte zur Einwanderungsdebatte in Deutschland loswerden; denn diese Debatte ist zutiefst unehrlich. Konservative Kräfte negieren weiterhin im Kern, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist. Andere Parteien bieten Stückwerk und Flickschusterei an. Schauen wir uns die Realität an: Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Das war schon immer so, und das ist auch gut so.

Unsere Krankenversorgung könnte dichtmachen, wenn es keine Einwanderer gäbe. Auch die Fertigungsindustrie, der IT-Sektor und – seien wir einmal ehrlich – alle anderen Bereiche der Wirtschaft könnten das Licht ausmachen.

Es ist also gut, dass wir Einwanderung haben. Allerdings hat die eine Partei nichts Besseres zu tun, als immer wieder die Horrorvision einer Überfremdung und die Notwendigkeit der Leitkultur in den Vordergrund zu stellen, während die andere Partei ein Einwanderungsgesetz zusammenschustert, das gerade einmal eine Handvoll Menschen betreffen würde. Das Schlimme ist doch, dass Sie es eigentlich alle besser wissen, aber Angst haben, dass hier Tacheles geredet wird.

Wir alle in der Politik haben die Aufgabe, die Zukunft zu gestalten und für eine weltoffene Gesellschaft zu sorgen. Wenn wir das nicht tun, dann machen das die Trumps, die Wilders, Le Pens, Orbans und Petrys dieser Welt, und in dieser Welt will hoffentlich niemand von uns leben.

Zum Schluss möchte ich noch zwei Sachen ansprechen. Herr Dr. Stamp, Sie haben mit dem afghanischen Botschafter gesprochen. Man braucht nur den Bericht von "MONITOR" der letzten Woche zu sehen – das Märchen vom sicheren Herkunftsland. Da wird mit einem Polizeichef, mit einem Paschtunen, mit einem Einwohner, mit der Miliz gesprochen – alle vor Ort in den angeblichen sicheren Gebieten –, die sagen: In den letzten zwei Jahren ist es dramatisch schlimmer geworden. Es ist gefährlicher geworden. Es sind dort in diesem Jahr doppelt Menschen wie vor zwei Jahren gestorben.

Ein Satz noch zur Debatte von heute Morgen: Frau Beer, sich in diesen Stunden, in denen die Menschen in diese gefährlichen Gebiete abgeschoben werden, hierhin zu stellen und zu sagen: "Ja, dann gucken wir uns erst mal die Zahlen und die Fakten an und sprechen dann in Ruhe im Januar darüber", war so zynisch für mich, dass mir fast die Tränen gekommen sind. – In diesem Sinne: Frohe Weihnachten!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Laufe der Debatte hat man festgestellt – Herr Dr. Stamp hat es aufgegriffen –, dass die Morgenandacht heute doch an der einen oder anderen Stelle gewirkt hat. Das wird auch mit der guten Chormusik zusammenhängen.

(Christof Rasche [FDP]: Es hat auch nicht die Koalition gesungen!)

 Aber mein Chor aus MAIS. Daher war das so gut.
 Wenn ich das richtig mitbekommen habe von Herrn Körfges und Frau Beer, ist es mittlerweile so auf den Weg gebracht worden, dass der Antrag an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen wird.

Meines Erachtens ist das die Grundlage, auf der wir in die Diskussion – hier die Diskussionspunkte von Frau Brand und von Herrn Dr. Stamp; von Frau Güler kam noch nicht ganz so viel – eintreten und darüber reden können, was tatsächlich Fakt ist.

Fakt ist – da gebe ich Frau Brand recht, aber ich denke, das wird jeder hier im Hause tun –: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch Nordrhein-Westfalen ist definitiv ein Einwanderungsland. Nordrhein-Westfalen ist immer ein Einwanderungsland gewesen.

In all den 70 Jahren – dieses Jahr ist ja der 70. Geburtstag gewesen – können wir darauf zurückblicken: Vertriebene in den späten 40er-Jahren und frühen 50er-Jahren, Arbeitsmigranten seit 1955, Familiennachzug seit den 60er-Jahren, Spätaussiedler, EU-Migration – immer hat es hier in unserem Bundesland bereits Migration, Einwanderung gegeben.

Für die Landesregierung darf ich an dieser Stelle deutlich sagen: Wir nehmen die Tatsache, dass wir Einwanderungsland sind, nicht nur hin, sondern wir sind sogar stolz darauf, dass Menschen zu uns kommen, zu uns nach Nordrhein-Westfalen kommen. Sie machen dieses Land nicht nur vielfältiger, sondern sie machen unser Land – da greife ich gern die Beispiele von Frau Brand auf – auch stärker.

Blicken wir doch einmal auf die Zahlen. Das vergangene Jahr allein war stärker als je zuvor von Migration geprägt. Insgesamt 485.000 Menschen wanderten aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen. 211.000 Menschen wanderten ab. Das ist ein Wanderungsplus in der Summe von insgesamt 274.000 Menschen – das größte Wanderungsplus, das wir seit 1995 verzeichnet haben.

Wir brauchen Einwanderung. Wir brauchen sie aus ökonomischen Gründen, und wir brauchen sie aus demografischen Gründen.

Es ist zwar erfreulich, dass die Anzahl der geborenen Kinder in Deutschland wieder leicht ansteigt. Aber es ist auch klar, dass dies nicht reichen wird, um den Rückgang der Bevölkerung hier bei uns zu verhindern.

Ist Einwanderung letztendlich die Lösung aller Probleme? Selbstverständlich – das wissen wir alle – sicherlich nicht. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir hier definitiv – und ich glaube, darüber sind wir uns alle einig – auf Einwanderung angewiesen sind. Entscheidend dabei ist doch, dass wir diese Einwanderung gut organisieren müssen, dass Einwanderungs- und Integrationspolitik Hand in Hand gehen, dass es Deutschkurse von Beginn an geben

muss und gern auch, wie es in den Eckpunkten dieses Papiers aufgeführt ist, schon im Ausland gefördert werden sollte, dass Lohndumping verhindert wird – Frau Düker, natürlich habe ich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Blick –, dass wir das inländische Erwerbspotenzial konsequent qualifizieren, dass Arbeitgeber nicht nur immer wieder Einwanderung fordern, sondern die Eingewanderten auch einstellen und weiterbilden und dass Einwanderung schließlich auch in Einbürgerung münden kann.

15.12.2016

Plenarprotokoll 16/132

An diesen Stellen haben wir nichts dagegen, wenn die Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatlichkeit – also mit Doppelpass – geschieht. Das schadet nämlich der Integration nicht. Im Gegenteil: Der Doppelpass unterstützt den Integrationsprozess.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir benötigen – ich glaube, ich höre das nirgendwo anders mehr heraus – dringend ein modernes Einwanderungsgesetz, weil das bestehende Recht viel zu kompliziert ist. Das Aufenthaltsgesetz kennt mittlerweile mehr als 50 verschiedene Aufenthaltszwecke. Besonders unübersichtlich – und darüber reden wir hier in aller ersten Linie – sind die Regelungen zur Arbeitsmigration. Hier brauchen wir dringend mehr Klarheit und mehr Transparenz.

Ich sehe in diesem Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass genau dies der Inhalt dieses Antrages ist, der im Übrigen Frau Brand – aber das werden wir dann in den Ausschüssen diskutieren können – kein Gesetz ist und auch kein Gesetzentwurf ist, sondern eine Darstellung der Problemlage und dessen, was aus Sicht der Antragsteller geregelt werden müsste. Das steht auch darüber, nämlich Eckpunkte.

Die Rahmenbedingungen für Einwanderung und die gesellschaftliche Integration und auch die Teilhabe von Eingewanderten müssen klarer und attraktiver gestaltet werden, damit gut ausgebildete Menschen zu uns kommen, damit sie sich integrieren und sich natürlich auch zu unserer Rechtsordnung bekennen und damit sie sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen können.

Aber das wissen wir, und das ist hier schon öfter in der Diskussion angesprochen worden, gefordert ist an allererster Stelle der Bund. Es ist nämlich ein Bundesgesetz, über das wir hier reden.

Klar ist: Ein Einwanderungsgesetz braucht einen breiten Konsens, braucht eine – wie es im Antrag heißt – breit angelegte gesellschaftliche Verständigung. Dieser Konsens fällt nicht vom Himmel. Im Übrigen ist es auch von daher schon richtig, dass der Antrag an die Ausschüsse überwiesen wird, was ich sehr begrüße. Er muss erarbeitet und er muss organisiert werden.

Die Bundesregierung hat hier in der Tat noch nicht sehr viel getan, ist hier noch nicht aktiv geworden. An der Landesregierung wird eine vernünftige Regelung hier nicht scheitern.

Mit dem Oppermann-Papier der SPD-Bundestagsfraktion für eine gesteuerte Einwanderung liegt ein erster ausgewogener Vorschlag für die Weiterentwicklung der Einwanderung in Deutschland vor, der aus meiner Sicht eine gute Diskussionsgrundlage bietet.

Im Übrigen, Frau Kollegin Güler, läuft die Diskussion nicht nur hier bei uns im Land, sondern auf Bundesebene schon permanent. Hinsichtlich des Hinweises auf das Oppermann-Papier – Sie sind da anscheinend nur bis zu Seite 4 gekommen –, wonach das nichts anderes als das Anhängen des Punktesystems an die bestehenden geltenden Regelungen sei, verweise ich auf die Seite 4. Dort wird deutlich, dass dieses Punktesystem nämlich zunächst an die geltenden Rechtsvorschriften angehängt werden soll und wie es – so heißt es im gleichen Absatz – zukünftig weiter ausgearbeitet und wie weiter verfahren werden soll. – Wenn, dann die Texte ganz lesen, und am liebsten, wenn Sie sie ganz gelesen haben sollten, bitte auch richtig zitieren.

Fakt ist: Wir brauchen definitiv ein modernes und transparentes Einwanderungsgesetz, das auch den Menschen hier bei uns erklärt, wie Einwanderung besser funktionieren und wie sie uns allen auch nützen kann.

Ich bin sehr erstaunt darüber – da bin ich ganz nah bei Herrn Dr. Stamp –, dass Frau Güler auf einmal nicht mehr grundsätzlich gegen all diese Dinge ist, dass sie einige Punkte, die sie hier allerdings nicht definiert hat, anders sieht. Wir haben ja die Möglichkeit der Diskussion. Wir diskutieren bereits auf Bundesebene über ein Papier der SPD-Bundestagsfraktion. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen diskutiert über einen Bundesratsantrag, der im Januar des nächsten Jahres, also im nächsten Monat, im Bundesrat wieder neu aufgerufen wird.

Ich bin der festen Überzeugung, dem größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, Nordrhein-Westfalen, steht es – mit der Erfahrung, die wir aus 70 Jahren haben – gut zu Gesicht, sich mit der Diskussion ordentlich zu beschäftigen. Wir sind das Einwanderungsland Nummer eins in Deutschland. Deswegen ist es auch gut, wenn wir dieses Gesetz intensiv Seit' an Seit' mit einer gemeinsamen Zielvorstellung diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag Drucksache 16/13691 an den Integrationsausschuss – federführend –, an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zu überweisen. Die Entschließungsanträge werden entsprechend überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt:

3 Bündnis für Infrastruktur darf keine SPD-Showveranstaltung bleiben – Bedarfsgerechter und zügiger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muss Ziel der gesamten Landesregierung werden

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13692

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die FDP-Fraktion dem Kollegen Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! "Bündnis für Infrastruktur" – das ist das Thema, über das wir jetzt reden. Gründe für dieses Bündnis gibt es genug. Es gibt Rekordstaus in Nordrhein-Westfalen, sie haben sich seit 2012 verdoppelt. Viele Engpässe auf Schiene und Straße haben zur Erreichung ihrer Kapazitätsgrenzen geführt.

Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es einen Sanierungsstau von über 10 Milliarden €. Es gibt keinen ausreichenden Planungsvorrat. Die Planungskapazitäten reichen nach wie vor nicht aus. Das Landesstraßennetz verkommt. Die Investitionsmittel für den Landesstraßenneubau sind historisch niedrig. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, nordrhein-westfälische Unternehmen verlagern wegen einer katastrophalen Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ihre Produktion aus Nordrhein-Westfalen weg an die norddeutschen Küstenländer, in die Niederlande oder nach Hessen. Schlimmer kann es nicht sein, meine Damen und Herren!

Genau das, dass sich diese Unternehmen um ihre Betriebe Sorgen machen, ist doch der Grund, warum sich so viele namhafte Unternehmen, Verbände und Institutionen diesem Bündnis für Infrastruktur angeschlossen haben. Sie sind nämlich völlig unzufrieden mit der Politik dieser Landesregierung in NordrheinWestfalen und den daraus resultierenden Ergebnissen. Und das wollen diese Unternehmen ändern. Motiv und Ziel dieser Unternehmer und der Verbände sind also klar: Sie wollen in Nordrhein-Westfalen einen Politikwechsel in der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik erreichen. Sie wollen, dass Schluss mit Stillstand und Blockade ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, spannend ist die Frage: Was ist denn dann das Motiv bei der SPD, bei den Grünen oder auch bei der Regierung mit Blick auf dieses Bündnis für Infrastruktur? Will die SPD tatsächlich nach sechseinhalb Jahren des Stillstands die Infrastruktur nach vorne bringen? Oder ist das Bündnis für Infrastruktur für die SPD ein reines Instrument für den Landtagswahlkampf 2017?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Leider Letzteres!)

Fest steht, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn Groschek und Co. über die Grünen herziehen, dann ernten sie auf allen Veranstaltungen Beifallsströme.

(Beifall von der FDP)

Das ist insbesondere dann so, wenn sie von einer "Durchgrünung der Gesellschaft" reden. Was ist das wieder – das Thema hatte wir doch eben auch schon bei Frau Düker und bei Herrn Jäger – für ein Umgang in einer Koalition? Wie will eine Koalition, wenn man so miteinander umgeht, überhaupt noch etwas erreichen?

Stichwort – so hat es Minister Groschek genannt – "Durchgrünung": Ich habe große Zweifel, dass die gesamte Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen "durchgrünt" ist, aber ich bin mir sicher: Auf diese Regierung trifft das definitiv zu.

(Beifall von der FDP und Klaus Voussem [CDU])

Und wenn die Regierung "durchgrünt" ist, kann man auch nichts erreichen. "Durchgrünung" – ich will das noch einmal deutlich sagen – ist in diesem Fall die Übersetzung für Stillstand und Blockade. Und da hat der Minister recht: Wir müssen das ändern.

Und wie sieht das jetzt aus Sicht der Grünen aus? – Sie werten das als Generalangriff von drei maßgeblichen Ministern der Koalition auf den Koalitionspartner und bewerten das Ganze als unehrliches Spiel sowie als totale Steuerverschwendung.

Mike Groschek hat gestern am Rednerpult für eine Fortsetzung dieser Koalition geworben hat. Die Grünen müssen das – wenn er so mit dem Partner umgeht – als Drohung empfunden haben, lieber Herr Minister. Die Grünen haben dann ja gestern auch noch dem Minister einen Bagger geschenkt. Also ich glaube, dieser Bagger wird bei dieser Verkehrspolitik locker 100 Jahre halten; denn auf Betriebsstunden wird er vermutlich nicht kommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann haben wir da noch die Regierung. Die Regierung hat zu diesem Bündnis für Infrastruktur überhaupt keine Position. Das Kabinett hat sich mit diesem Thema offensichtlich überhaupt noch nicht befasst. Das Gegenteil müsste doch der Fall sein. Wenn wir – so wie es die Opposition ja auch will – etwas für die Infrastruktur erreichen wollen, dann muss die Landesregierung als Ganzes sich diesem Bündnis für Infrastruktur anschließen. Auch darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir gleich abstimmen.

Wir haben hier gestern eine Generaldebatte erlebt, und Ministerpräsidentin Kraft sagte – Zitat –:

"Bei uns"

- also bei der Koalition -

"weiß man, woran man ist."

Ja, das sehen wir in der Infrastrukturpolitik. Die linke Hand – also die Roten – bauen etwas auf, und die rechte Hand – da entwickeln sich die Grünen ja hin – reißt alles wieder ab.

(Beifall von der FDP)

Das ist totales Chaos, meine Damen und Herren! Da regiert ein Chaotenhaufen dieses Land und verschlimmert die Situation bei der Infrastruktur!

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Eigentlich arbeiten wir ganz gut zusammen, Herr Rasche!)

Die namhaften Mitspieler in diesem Bündnis werden, wenn die Landesregierung nicht reagiert und sich diesem Bündnis nicht anschließt, erkennen, dass es sich um eine reine Wahlkampfveranstaltung der SPD handelt. Die Wahl am 14. Mai ist noch sehr weit weg. Glauben Sie mir, sie werden nicht bei diesem Bündnis bleiben, wenn die Landesregierung hier nicht geschlossen agiert. Ich bin also gespannt, wie die Verkehrspolitiker der Grünen reagieren werden. Haben sie die Haltung einer Frau Düker? Oder stimmen sie hinterher doch zu und werden natürlich parallel hintenherum ihre sehr erfolgreiche Blockadepolitik der vergangenen Jahre fortsetzen?

Also abschließend, meine Damen und Herren: Kein Bürger in Nordrhein-Westfalen weiß, woran man bei dieser Regierung ist. Deswegen werden die Bürgerinnen und Bürger dieses Chaos am 14. Mai auch beenden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rasche. – Für die SPD spricht nun Herr Kollege Becker.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rasche, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass es Ihnen nicht im Geringsten um das Bündnis für Infrastruktur geht, dann war es gerade Ihre Rede, um es ganz deutlich vorweg zu sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Ich habe angeboten, da mitzumachen!)

Ich mache jetzt deswegen auch so weiter, wie ich es mir gestern Abend überlegt habe. Da habe ich mir nämlich gesagt: Das Gute an Ihrem Antrag ist, dass er fast ausschließlich aus dem Text des Memorandums des Bündnisses für Infrastruktur besteht und so zu der Verbreitung richtiger und wichtiger Inhalte beiträgt. Das ist das Gute an Ihrem Antrag.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

In dem stehen nämlich wunderbare Sachen über die Bedeutung des Erhalts der Modernisierung und des bedarfsgerechten Ausbaus der Infrastruktur. Dort können wir auch lesen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –

"Dafür wurde in den vergangenen Monaten bereits viel erreicht: Die herausragende Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für den Wohlstand des Landes und seiner Menschen ist ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Es wurde nachdrücklich deutlich, dass Deutschland von seiner technischen Substanz lebt und vor der Herausforderung einer technischen Infrastrukturkrise steht. Die Investitionsbereitschaft wurde nachhaltig gesteigert. Finanzierungszusagen für Straße, Schiene, Wasserstraße und Radschnellwege in Milliardenhöhe wurden erreicht."

Das steht dort, das stimmt auch, und das haben wir an verschiedenen Stellen auch schon problematisiert.

An einem Punkt wird ganz deutlich, dass Sie nicht verstanden haben, worum es geht. Ich zitiere noch einmal:

"Politik und Verwaltung sind mehr denn je gefordert, Nutzen und Kosten von Infrastrukturprojekten verantwortungsvoll abzuwägen, Bürgerinnen und Bürger noch in der Ideenphase einzubinden, Entscheidungen verständlich zu begründen und über alle Umsetzungsschritte transparent zu informieren."

Darauf kommt es an; das haben Sie einfach nicht verstanden. Auch der Rest Ihres Antrages, die wenigen Zeilen, die übrig bleiben, macht das deutlich.

Das Bündnis für Infrastruktur ist keine Showveranstaltung, sondern Ausdruck des notwendigen Bemühens, unser Land nach vorne zu bringen, wichtige Maßnahmen schneller umzusetzen und die Bürgerinnen und Bürger mit deren Sorgen und Ängsten

und auch mit ihren berechtigten Interessen ernst zu nehmen.

In dem Bündnis geht es nicht darum, Fronten aufzubauen, Gräben zu vertiefen, Rechte abzubauen oder einzuschränken, sondern es geht darum, Verständnis zu wecken, zu prüfen, wo etwas schneller oder einfacher gehen kann und auch neue Beteiligungsformen auszuprobieren.

Ich bin froh, dass sich so viele Institutionen und Firmen diesem Bündnis angeschlossen haben.

Sie haben das nicht verstanden, und deshalb werden wir Sozialdemokraten diesen so leicht durchschaubaren Antrag auch gleich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Nun spricht Herr Voussem für die CDU-Fraktion.

Klaus Voussem (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein gewisser Herr Stauffacher

(Heiterkeit und Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE] und Michael Hübner [SPD])

sagte in Schillers Drama zu Wilhelm Tell: Wir könnten viel, wenn wir zusammenstünden. – Auch die rotgrüne Landesregierung hätte in den vergangenen Jahren viel für die Infrastruktur tun können, wenn die Kabinettsmitglieder zusammengestanden hätten.

(Beifall von der CDU)

Daher teilen wir die Überschrift des FDP-Antrags, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen bedarfsgerecht und zügig erfolgen muss sowie das Ziel der gesamten Landesregierung sein muss. Leider war das in den vergangenen Jahren nicht so.

Die rot-grüne Landesregierung ist bei einem so entscheidenden Thema wie der Infrastruktur tief zerstritten. Diese rot-grüne Zerstrittenheit innerhalb der Regierung wird noch von einem Koalitionskrach flankiert.

Hier einige Beispiele: Herr Minister Groschek, Sie halten es wie wir für unbedingt notwendig, dass der Flughafen Köln-Bonn ein 24-Stunden-Frachtflughafen bleibt. Die nordrhein-westfälischen Grünen haben mit Parteitagsbeschluss vom 24. April 2016 aber festgelegt – ich zitiere –:

"Um den Lärmschutz zu stärken, fordert der Beschluss ein konsequentes Nachtflugverbot."

Dem hat auch Umweltminister Johannes Remmel zugestimmt.

Den Bundesverkehrswegeplan 2030 hatte Verkehrsminister Groschek als das größte Anti-Stau-Programm aller Zeiten gelobt. Er forderte beim Straßenbau eine Willkommenskultur für röhrende Bagger. Der grüne Koalitionspartner hält den Bundesverkehrswegeplan aber bis heute für nicht zustimmungsfähig. Wir hoffen nun, dass Nordrhein-Westfalen morgen im Bundesrat mit einer Stimme sprechen und dem Bundesverkehrswegeplan 2030 zustimmen wird.

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU])

In jedem Fall, meine Damen und Herren, wurde wieder einmal durch rot-grüne Uneinigkeit sehr viel Zeit vergeudet. Ein Masterplan, wie die Mittel für Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2030 abgerufen werden können, existiert bis heute nicht. Wir sind uns alle fraktionsübergreifend einig, dass der Straßenerhalt Priorität vor dem Neubau haben muss. Aber die Grünen lehnen in Fraktion und Landesregierung den Straßenneubau komplett ab.

> (Norwich Rüße [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht!)

Daher gibt es einen anhaltenden Koalitionskrach, der unserem Land schadet und dringend beendet werden muss.

Kommen wir zurück zum Bündnis für Infrastruktur. Die Staukilometer haben sich in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2012 verdoppelt, weil die Regierung Kraft unfähig war, eine Planungsreserve anzulegen. Stattdessen gab es ständig neue Ankündigungen, zuletzt noch Ende September.

Die Vorstellung des Bündnisses für Infrastruktur war nichts weiter als eine reine Showveranstaltung mit noch mehr Ankündigungen. Insoweit teilen wir auch die Auffassung der FDP-Fraktion an dieser Stelle voll und ganz.

Drei Minister haben viel geredet, aber nicht einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, wie Planungsprozesse verschlankt werden können. Das sah aus wie eine Selbsthilfegruppe der anonymen Infrastrukturfreunde.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP)

die sich nach Jahren des Versteckens wieder einmal an die Öffentlichkeit wagten, meine Damen und Herren.

Herr Minister Groschek, Sie sagten, Sie werden Möglichkeiten finden, Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Wie das gehen soll, bleibt allerdings bis heute Ihr Geheimnis. Prozesse, die es gar nicht gibt, können auch nicht beschleunigt werden.

Nach sechseinhalb Jahren Regierung von Rot-Grün und viereinhalb Jahren Amtszeit von Verkehrsminister Groschek ist es zu spät für Ankündigungen. Wir brauchen Taten, das heißt, Planungen mit Hochdruck und die Abschaffung von Verbandsklagerechten etc. Was wir nicht brauchen, sind weitere Absichtserklärungen.

> (Beifall von der CDU - Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist schwarze Ideologie pur!)

15.12.2016

Auch beim Bündnis für Infrastruktur gibt es im Übrigen rot-grünen Streit. Der grüne Landtagskollege Abel hatte zum Bündnis für Infrastruktur und zu den Kosten dazu unlängst gesagt - ich zitiere -:

"Es sind öffentliche Gelder, damit die drei alten Herren ihr Profil schärfen und gegen Bürgerbeteiligung und Naturschutz schießen."

Zugegeben: Ich hätte das so nicht gesagt. Für sein Alter kann niemand etwas.

Aber es zeigt wieder einmal die Zerstrittenheit und die Regierungsunfähigkeit von Rot-Grün beim Thema "Infrastruktur". Es zeigt noch einmal, dass Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen nicht gemeinsam dafür kämpft, damit es vorwärts mit der Infrastruktur geht.

Dem Antrag der FDP-Fraktion stimmen wir daher zu. - Herzlichen Dank.

> (Beifall von der CDU und der FDP - Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Voussem. - Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich vorab, warum sich nur das Kabinett dem Bündnis anschließen soll und warum nicht der Landtag. Es wäre auch eine Möglichkeit gewesen, so einen Antrag zu stellen. Dann wäre er vielleicht insgesamt ein bisschen glaubwürdiger gewesen. So ist es tatsächlich ziemlich offensichtlich ein Trollantrag oder,

(Heiterkeit von Martin Börschel [SPD])

um beim Antragstext zu bleiben, ein Showantrag. Natürlich ist auch das Bündnis für Infrastruktur ein dezenter, aber doch deutlicher Generalangriff auf die Grünen. Das ist halt so. Das sieht jeder. Insofern braucht man das hier nicht als Frage zu formulieren.

Interessant finde ich auch, dass der Antragstitel nicht von "Erhalt" spricht, sondern im Antragstitel steht direkt - ich habe auch den Text gelesen - schon "Ausbau". Eigentlich war das Bündnis für Infrastruktur dazu gedacht, um zu sagen: Da gibt es ganz viele Baustellen und so. Wir müssen das alles reparieren. - Aber nein, hier steht gleich wieder "Ausbau".

Sie nutzen die Reden nicht wirklich, um das Bündnis zu loben – das muss ja sein –, sondern um die Worte Landtag 15.12.2016 Nordrhein-Westfalen 13817 Plenarprotokoll 16/132

"Planungsreserve", "durchgrünte Gesellschaft" und "Abschaffung der Verbandsklagerechte" mal wieder in den Mund zu nehmen. Ich kann auch sagen: yeah, #fahrscheinfrei!

Ich frage mich, warum sich überhaupt Herr Minister Groschek und die anderen nicht diesem schönen anderen Bündnis angeschlossen haben.

(Der Redner hält ein Blatt hoch.)

"Damit Deutschland vorne bleibt" – bundesweites Bündnis. Das hätte man natürlich auch tun können. Nun kann man sagen: Okay, es geht um Nordrhein-Westfalen. Wir wollen Akzeptanz in der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen schaffen. – Aber ich frage mich andererseits: Wie denn mit diesen Partnern, die im Antrag aufgelistet sind?

(Der Redner hält ein weiteres Blatt hoch.)

Da sind Partner dabei wie: Partner_BuendnisfuerInf-rastruktur_Nov2016.docx. Das ist ein Word-Dokument; das ist interessant.

Aber ansonsten sind alle Partner ziemlich gleich. Das sind nicht Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, sondern Profiteure eines Ausbaus oder Profiteure von vielen Baustellen. Natürlich sind sie dafür. Mein Gott, die muss man dafür nicht bewegen. Die müssen sich dafür nicht bewegen; die müssen einfach nur dafür sein.

Herr Minister kann gleich erklären, was sie eigentlich für die Akzeptanz in der Bevölkerung tun. Das wäre gut zu wissen. Vielleicht gibt es zumindest finanzielle Unterstützung von Marketingaktionen oder so.

Ansonsten können Sie auch Banken fragen, ob sie für die Akzeptanz des Finanzmarkts sind. Wenn im Antrag Umweltverbände oder Bürgerinnen und Bürger als Partner auftauchen würden, wäre das cool und gut.

Wohlgemerkt: Es geht um die Akzeptanz von Baustellen. Abgesehen davon braucht dieses Bündnis kein Mensch. Denn es geht ansonsten mit Verkehrspolitik weiter wie bisher. Es geht eigentlich nicht um einen großen Ruck oder um "mal was anderes".

Wenn ich ab Mai 2017 Verkehrsminister wäre – ich greife das von gestern auf und bewerbe mich auch einmal bei den anderen Fraktionen,

(Heiterkeit von der SPD)

also nicht für eine Partei, sondern dafür, dass die Piraten mal in eine Koalition gehen könnten, wie Sie das hier auch tun –, würde ich vielleicht ein Bündnis für Verkehrswende aufrufen

(Minister Michael Groschek: Oh!)

mit hinterlegter ernsthafter Selbstverpflichtung. Wenn dann die gleichen Partner wie bei diesem Bündnis unterschreiben würden, wäre es wirklich gut. Denn dann müssten sie sich wirklich bewegen und gemeinsam in eine Richtung schauen. Dann könnte das Bündnis insgesamt etwas bewegen. Dem würde ich dann zustimmen.

Sowohl das Bündnis für Infrastruktur als auch dieser Antrag sind Show. Ich möchte damit nicht diejenigen diskreditieren, die sich auf diese Liste haben setzen lassen. Das ist okay, da sollen sie ruhig mitmachen. Aber insgesamt glaube ich nicht, dass dieses Bündnis zu irgendetwas führt.

Insofern werde ich nicht meine restlichen Sekunden Redezeit verbrauchen, um weiterhin über Verkehrspolitik im Allgemeinen zu reden. Das haben wir aus meiner Sicht an anderer Stelle schon genug getan. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Beu.

Rolf Beu (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Arndt Klocke [GRÜNE] betritt den Plenarsaal.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, darf ich Ihnen einen Hinweis geben? Wenn Sie einen Teil der Redezeit mit dem Kollegen, der gerade hereingekommen ist, teilen möchten, bestünde diese Möglichkeit theoretisch.

(Heiterkeit)

Das müssen Sie entscheiden.

Rolf Beu (GRÜNE): Wenn die Uhr läuft, sehen wir mal ...

Sehr verehrte Kollegen der FDP, Herr Rasche, aber auch Herr Voussem von der CDU, dies ist ein untauglicher Versuch, erneut Keile in die Koalition und die regierungstragenden Fraktionen zu treiben – bei einem Thema und einem Verhältnis, die weniger belastet sind, als Sie hoffen.

Unsere gute Zusammenarbeit mit dem Minister – das haben Sie gestern an einem Beispiel erlebt – zeigt sich auch an unserem Geschenk zum 60. Geburtstag von Herrn Groschek, dem Bagger. Es ist eine völlige Fehlinterpretation, dass wir Grünen gegen Bauen und Bagger seien. Das hätten Sie gerne, das wollen Sie gerne haben, aber das ist nicht der Fall.

Ich kann mich natürlich daran erinnern, dass auch wir Infrastrukturausbauten fordern, etwa den Ausbau des Radwegenetzes oder von Schienenstrecken. Dabei sind wir der Meinung, dass es absolut notwendig ist, dort etwas zu tun.

Es ist ebenfalls notwendig, das Straßennetz zu erhalten. Der Grundsatz "Erhalt vor Neubau" ist in dieser Koalition so manifestiert worden, wie es bisher nie war. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass das Bündnis für Infrastruktur tatsächlich als freiwilliger Zusammenschluss nicht gegen irgendjemanden gerichtet ist, sondern sich nur der Problemstellung widmet. Diese Problemstellung ist in diesem Land nun einmal absolut vorhanden.

Deshalb: Vielen Dank. Ich möchte meine restliche Redezeit von dreieinhalb Minuten gerne an meinen Kollegen weitergeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Beu. – Nun spricht der Minister Groschek für die Landesregierung. Danach hat Herr Klocke noch ein paar Minuten. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Im Grunde, lieber Herr Voussem, lieber Christof Rasche, waren das jetzt Beispiele dafür, was uns im Wahlkampf bis zum 14. Mai droht. Weil dieses Niveau an Auseinandersetzung beim Kampf um mehr Infrastruktur schaden würde, haben wir drei gesagt: Das müssen wir jetzt in andere Hände geben. Nach dem 14. Mai können wir dann sehen, wer noch alles mitmachen kann. Aber bis dahin keine Stolperdrähte und keine Bremsen! Wir müssen jetzt das vollenden, was wir begonnen haben.

Was haben wir begonnen? – Der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und ich haben schon vor mehreren Jahren begonnen, mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft intensiv darüber zu diskutieren, wo im Bundesverkehrswegeplan welche Schwerpunkte für Nordrhein-Westfalen gesetzt werden müssen und wie wir eine strukturelle Benachteiligung des Landes verhindern können, indem wir deutlich finanzielle Akzente pro NRW legen.

Die Operation ist überzeugend geglückt. Der Staatssekretär des Bundes war dann froh, zu verkünden, wie reich der Bund dieses Land zu beschenken gedenkt, wenn der Bundestag zustimmt. Der Bundestag hat zugestimmt. Deshalb hat der Staatssekretär dieses Mal Wort gehalten und gesagt: Schienen, Straßen und selbst die Wasserstraßen werden üppiger denn je bedacht. – Es ist das größte Antistauprogramm in der Geschichte des Landes. Die Berufspendler und die Wirtschaft haben es sich redlich durch – in Anführungszeichen – in der Schlange stehen verdient.

(Klaus Kaiser [CDU]: Sieben Jahre ist nichts passiert! – Zuruf von der FDP)

Redlich verdient! – Nachdem jetzt die große Überweisung auf dem Konto ist, geht es darum, es schnellstmöglich umzusetzen. Wir haben Planungskapazitäten aufgebaut. Wir haben externe zusätzliche Expertise eingekauft. Alexander Dobrindt hat mir gerade noch mitgeteilt, dass das Land wieder außer der Reihe großzügig mit Geld bedacht wird. Das heißt auf Deutsch gesagt: Wir schwimmen im nächsten Jahrzehnt in Geld für den Ausbau unserer Infrastruktur.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Jetzt geht es darum, dass wir keine Staudämme bauen, sondern das Geld fließen lassen. Da gibt es unterschiedliche Hürden. Eine Hürde ist zunehmend, dass sich diese Gesellschaft aus der Mitverantwortung verabschiedet und sagt, das soll die Politik mal machen. Dann werden Politiker als Prügelknabe in die Arena gestellt. Dann wird entweder gejohlt und gepfiffen oder mit Tomaten und Eiern auf die Politik geschmissen. So eine Arbeitsteilung kann nicht funktionieren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Deshalb haben wir die Wirtschaft und die Gewerkschaften eingeladen, aktiv Mitverantwortung zu übernehmen, weil wir gemeinsam deutlich machen müssen, dass der Erhalt der Infrastruktur und die Beseitigung von Engpässen eine gemeinsame verantwortliche Position sind.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann gucken Sie mal, wer die Eier schmeißt! Gucken Sie, wer die Eier schmeißt!)

Jetzt komme ich auf Ihren Eierschmiss, lieber Kollege Brockes.

Bei den Handwerkern habe ich schon darauf hingewiesen, dass es kurzsichtig ist und man eines Sehtests bedarf, wenn man glaubt, man könnte sagen: Remmel gleich Behinderung von Baumaßnahmen. – Remmel ist die eigene Tante, ist der eigene Sohn, ist die eigene Schwiegertochter, weil sich diese so Gesellschaft formiert,

(Dietmar Brockes [FDP]: Da beleidigen Sie die Falschen! – Weitere Zurufe von der FDP – Gegenruf Jochen Ott [SPD]: Gebt doch mal Ruhe!)

dass zunehmend mehr Menschen sagen: Interessiert mich nicht! Hauptsache, vor meiner Haustür gibt es keine Veränderung.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Deshalb brauchen wir einen breiten Diskurs in dieser Gesellschaft darüber, was die Grundlagen unseres Wachstums und unserer Wirtschaft sind.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Kollege Bayer hat Recht. Wir werden durch das Reparieren ein Jahrzehnt der Baustelle haben, sage ich verkürzt. Mindestens ein Jahrzehnt der Baustelle! Dann möchte ich, dass möglichst viele sagen: Ja, die Bagger müssen rollen. – Wir sind nämlich die Guten. Wir verbessern auch die Klimabilanz dadurch, dass Stau beseitigt und relativiert wird.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Dann geht es einen Schritt weiter.

(Ralf Witzel [FDP]: Erklärt das mal Herrn Remmel!)

Der niederländische Telekom-Vorstand hat darauf hingewiesen, welche Vorteile die Niederlande im Vergleich zur Bundesrepublik haben. Aber er hat auch darauf hingewiesen, dass Ausbau alleine das Problem nicht löst, sondern dass dieses Land eine Verkehrswende braucht, dass wir neu über Mobilität nachdenken und neue Inhalte setzen müssen. Das heißt, wir brauchen eine Vernetzung. Wir werden neben dem Jahrzehnt der Baustelle ein Jahrzehnt der Umorganisation unseres Verkehrs bekommen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Seit 20 Jahren schon! – Zuruf: Immer noch Stau!)

– Ja. Wir werden in den nächsten fünf Jahren endgültig die "autogerechte Stadt" beerdigen. Wir werden eine E-Mobilität beim ÖPNV realisieren. Wir werden in unseren Städten Platz für Radfahrer und Fußgänger schaffen, wie es die modernsten Metropolen weltweit tun.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Da sind wir bis auf Bocholt und Münster heute leider Gottes noch Nachzügler.

Dann werden wir erreichen, dass auch Sie begriffen haben, dass die Ansiedlung der Logistikunternehmen nirgendwo so dicht erfolgt wie in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo gab es in den letzten viereinhalb Jahren mehr Ansiedlungen von Logistikunternehmen als in unserem Land. Das ist für uns Leistungsbilanz und Ansporn. Ihr Antrag ist Wahlkampfklamauk. So etwas brauchen wir nicht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Na, na, na!)

Wir brauchen eine klare Perspektive für rollende Bagger und eine Bürgerbeteiligung, die neue Formate bringt. Die heute geltende Bürgerbeteiligung stammt aus den 60er- und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da waren wir weit, weit weg von Smartphone und iPad. Das gab es alles noch nicht einmal in der Vorstellung. Deshalb sind die formalisierten Bürgerbeteiligungsformate von gestern. Wir brauchen neue Qualitäten von Bürgerbeteiligung, die früher einsetzt und aus Betroffenen dann eben auch Mitverantwortliche für die Ausgestaltung von Infrastruktur macht.

(Christof Rasche [FDP]: Konkrete Vorschläge!)

Diese Vorschläge werden wir erörtern, und dann sind wir gespannt, wer dabei sein wird. Die Godorfer Brücke ist schon heute ein wichtiges Anliegen bei Menschen, die behaupten, sie seien einem bereits einem Terror durch Verkehrslärm ausgesetzt, der durch den Bau der neuen Brücke noch gesteigert würde. Wir werden die Godorfer Brücke zu einem Thema des Bündnisses für Infrastruktur machen. Und dann möchte ich sehen, wer sich denn vor Ort konkret mitverantwortlich zeigt.

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Kölner Flughafen – wer war denn dagegen? Das war doch das Mitglied der Bundesregierung, Frau Dr. Heinen! Sie hat in Berlin mitgestimmt und in Bonn so getan, als sei sie immer dagegen gewesen. Solche Doppelmoral dürfen wir nicht durchgehen lassen. Mehr Disziplin, mehr Dialog, mehr Qualität im Miteinander-Reden sind notwendig, damit Infrastrukturausbau wirklich gelingt. Wahlkampfklamauk können Sie in den Bierzelten machen, aber nicht in diesem Hohen Haus!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Jetzt gibt es eine Wortmeldung von der FDP.

(Zuruf von Christoph Rasche [FDP])

- Bitte? Ich habe nicht verstanden.

(Christof Rasche [FDP]: Ich schätze, er hat überzogen!)

 Das wollte ich gerade sagen. War das auch Ihre Frage? – Ich hätte jetzt gesagt: Die Landesregierung in Person von Herrn Minister Groschek hat um 2 Minuten 31 Sekunden überzogen.

(Zurufe von der CDU: Ah! Oh!)

Das bietet den einen oder anderen Spielraum in der gebotenen Art und Weise. Nach meinem Redezettel wäre jetzt Herr Klocke der nächste Redner, wenn es im Moment keine weiteren Meldungen gibt. – Sonst würde ich nach dem Prinzip der Rede und Gegenrede so verfahren, dass jetzt Herr Rasche der nächste Redner wäre und dann Herr Klocke, damit es ein bisschen spannend bleibt – auf die Regierung

spricht die Opposition, dann wieder ein Koalitionssprecher. – Herr Rasche, Sie kommen zu Wort für runde zwei Minuten.

(Christof Rasche [FDP]: Das brauche ich gar nicht!)

Das brauchen Sie gar nicht? Dann geht es ja richtig flott.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Vielen Dank für die nette Begrüßung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! All das, was Herr Minister Groschek hier gesagt hat, hatte natürlich nichts mit Wahlkampf zu tun.

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Genauso wie aus der Sicht der SPD dieses Bündnis für Infrastruktur so rein gar nichts mit Wahlkampf zu tun hat. Eigentlich brauchen die gar nicht die SPD zu wählen; die können gleich CDU oder FDP wählen. Dann würde sich zumindest etwas tun für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben gerade den Begriff "Doppelmoral" benutzt. Wir erleben derzeit in jeder Plenardebatte, in welchem Gremium in Nordrhein-Westfalen eine Doppelmoral herrscht. Das Gremium, in dem die Doppelmoral zur Tagesordnung gehört, ist die Koalition von SPD und Grünen in diesem Land!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit einem Punkt haben Sie recht, Herr Minister: Sie wollen die Doppelmoral in diesem Land beenden. Da gibt es aber nur einen Weg: Diese Koalition muss weg. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Zunächst Herr Klocke für Bündnis 90/Die Grünen. Danach hat sich Herr Becker für die SPD gemeldet.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Danke, dass ich noch das Wort ergreifen darf. Ich entschuldige mich für die Verspätung. Das ist der Verkehrsinfrastruktur geschuldet, obwohl ich mir höchste Mühe im Verkehrsträgermix gegeben habe.

Ich werde meine Rede auf drei Punkte beschränken und an das anschließen, was der Kollege Beu eben schon gesagt. Zunächst einmal verstehe ich das Bündnis für Infrastruktur, so wie es jetzt konzeptioniert worden ist, als Auftakt. An einen Auftakt kann man immer anknüpfen. Man kann einen Auftakt auch noch erweitern. Ich hielte es für klug, aus diesem Auftakt eine große Nummer zu machen und dann noch

mehr Häuser zu beteiligen, ebenso wie Minister aus anderen Fraktionen und noch mehr Verbände.

Die Gefahr ist natürlich, dass etwas zerredet wird, wenn viele daran beteiligt sind. Aber immerhin besteht die Chance, dass endlich etwas vorangebracht wird. Der entscheidende Punkt ist doch, die Menschen mit einem anderen Planungsrecht – das hat der Minister eben auch angesprochen – direkt zu beteiligen. Damit meine ich nicht die direkte Beteiligung in Form von Bürgerbeteiligungen, so wie wir das bei solchen Veranstaltungen häufiger erleben: Da lädt die Bahn oder der Flughafen zu einer Informationsveranstaltung, dann wird eine schönen PowerPoint-Präsentation abgespult, schließlich gibt es noch die Chance für fünf Fragen, und das war es dann.

Es geht eher um so etwas, wie es beispielsweise in Baden-Württemberg praktiziert wird; dort wurde es seinerzeit von der früheren grün-roten Landesregierung entwickelt: eine Kultur des Gehört-Werdens. Die Argumente der Menschen, die dort wohnen, müssen ernst genommen und in ein Planungsverfahren mit aufgenommen werden. Auf kommunaler Ebene ist das unter dem Stichwort "Planungszelle" bekannt: Man hört sich an, welche Einwände und welche Ideen die Bürgerinnen und Bürger haben.

Heutzutage haben wir haben mündige Bürgerinnen und Bürger. Man kann diese mündige Bürgergesellschaft nicht immer nur abholen, wenn es darum geht, gegen Rechts, für Flüchtlinge oder für eine offene Gesellschaft zu kämpfen, sondern man muss eine offene Bürgergesellschaft auch dann berücksichtigen, wenn es um Planungs- und um Verkehrsbauverfahren geht. Das müssen wir erreichen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Würde ich tun.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Von Herrn Kollegen Schemmer.

Arndt Klocke (GRÜNE): Klar.

Bernhard Schemmer*) (CDU): Schönen Dank, Herr Klocke. – Sie sprachen gerade eine Ausweitung dieses Gremiums – Bündnis für Infrastruktur – an, wobei auch Minister anderer Parteien beteiligt sein sollten. Im Moment, zumindest bis Mai, könnten das bestenfalls grüne Minister sein.

Meine Frage: Ist es absichtlich oder unabsichtlich unterblieben, bei Gründung dieses Bündnisses für Infrastruktur auch die Grünen und die grünen Minister zu fragen, sich von Anfang an bei diesem Gremium zu beteiligen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Lieber Herr Schemmer, es war sozusagen die Grundbotschaft des Antrages der FDP – so habe ich es jedenfalls verstanden –, genau dies zu unterstellen. Das kann ich nicht beurteilen; ich würde es auch nicht tun wollen.

Ich verstehe es so, dass es sich um einen Auftakt für ein Bündnis für Infrastruktur handelt. Bislang hat erst eine Pressekonferenz stattgefunden und jetzt eine größere Veranstaltung. Ich bin mir ziemlich sicher, dass unser Verkehrsminister und der beteiligte Finanz- und Wirtschaftsminister dieses Bündnis noch weiterentwickeln wollen und dass man auch noch andere Häuser beteiligt.

Da könnte man zum Beispiel auch den Bereich "Familie, Kinder und Jugend" beteiligen, ebenso das Gesundheitsministerium oder die Staatskanzlei. Man könne auch noch andere Verbände beteiligen, beispielsweise den ADFC oder die Naturschutzverbände. Bei der letzten Veranstaltung hat ein Redner des NABU gesprochen.

Meiner Meinung nach macht es Sinn, die Bürgergesellschaft in ihrer Gänze abzuholen und mit einzubinden. Dafür würde ich an dieser Stelle ganz klar werben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe mir den Gründungsaufruf des Bündnisses für Infrastruktur durchgelesen. Darin finden sich einige vernünftige und richtige Sachen. Man müsste hier aber noch Ergänzungen vornehmen.

Schauen wir zum Beispiel auf die Bahn. Die Bahn ist mein Hauptverkehrsmittel. Wegen einer Verspätung der Bahn bin auch ich vorhin einige Minuten zu spät gekommen. Es ist aber nicht damit getan, einfach zu sagen, es seien immer die Klagebürger, die Wutbürger etc., die bestimmte Dinge verhindern würden.

In der Analyse, warum unsere Bahn so schlecht organisiert ist, wie sie organisiert ist, müsste man rückblickend auch sagen: Das waren die Pläne hin zum Börsengang unter Herrn Mehdorn. – Wir brauchen eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Bahn, um hier voranzukommen. Das wäre die Antwort. Ein Teil eines Bündnisses für Infrastruktur sollte darin bestehen, vernünftig zu analysieren, wo die Defizite liegen.

Im Bereich Bahn – das ist ein weiterer Punkt – sind wir gut beraten, uns auch einmal über das Planungsrecht zu unterhalten. Warum laufen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen Planungsverfahren so

lange, wie sie laufen? Wir müssen die Verfahren beschleunigen. Allein das vierte Gleis zwischen Köln und Düsseldorf – im März ist der Spatenstich – dauert vom ersten Planungsschritt bis zur Umsetzung insgesamt neun Jahre. Das dauert zu lange!

Wie aber sieht ein Planungsrecht aus, das Bürgerbeteiligung ernst nimmt, Bürgerbeteiligung nach vorne setzt und trotzdem Prozesse beschleunigt? Das ist unser aller Aufgabe. Ein Bündnis für Infrastruktur könnte hier einen guten Beitrag leisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Punkt. – Ich sehe, meine Redezeit ist abgelaufen. Soll ich mir den letzten Punkt ersparen? Sie schauen schon so. Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Was erwarten Sie als Antwort, lieber Herr Kollege? Versuchen Sie, ihn zu komprimieren.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich könnte noch einiges sagen zur Rolle der Automobilindustrie und zur Frage, warum unsere Straßen und Parkplätze so voll sind und wie man mit schnelleren und kleineren Modellen und Carsharing etc. viel mehr für unsere Infrastruktur tun könnte, als das heute der Fall ist.

Ich glaube, das Bündnis braucht weitere Bündnispartner. Dann wird es erfolgreich sein. Ich möchte die Minister, die den Aufruf bisher unterschrieben haben, dazu motivieren, das Bündnis noch breiter aufzustellen; dann entfaltet es auch entsprechende Wirkung. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Becker zu Wort gemeldet. Bitte.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich deshalb noch einmal zu Wort gemeldet, weil mir das Stichwort "Doppelmoral" doch ein bisschen hochgekommen ist, vor allen Dingen die Reaktionen der FDP-Kollegen.

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel aus der Praxis erzählen. Es geht um den A43-Ausbau in Recklinghausen. Da gab es eine Berichterstattung in der Tageszeitung, über eine Seite und mit Grafiken, wie viele Brücken im Stadtgebiet erneuert werden müssten. Sage und schreibe 24 Stunden hat es gedauert, dann lag der Entwurf einer Resolution vor: Alles zu schnell, die Innenstadt muss geschützt werden, die Menschen müssen geschützt werden. Wir müssen alles noch einmal überlegen. Der Landesbetrieb

Landtag 15.12.2016 Nordrhein-Westfalen 13822 Plenarprotokoll 16/132

Straßen.NRW muss alles noch mal überlegen, schneller und anders machen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Verfasser des Resolutionsentwurfs waren der CDU-Bürgermeister und der FDP-Wirtschaftsausschussvorsitzende.

(Christof Rasche [FDP]: Kommunalpolitik machen wir! – Gegenruf Jochen Ott [SPD])

So viel zum Thema "Doppelmoral" – hier die Reden schwingen und vor Ort selbst dazu beitragen, dass die Sache nicht nach vorne kommt! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Becker. – Meine Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende FDP-Fraktion hat direkte Abstimmung über den Inhalt ihres Antrags Drucksache 16/13692 beantragt.

Wer stimmt für den Antrag der FDP-Fraktion? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Piratenfraktion und der fraktionslose Kollege Stüttgen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/13692 abgelehnt**.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3.

Nunmehr rufe ich auf:

4 Entwurf zum ersten Kulturförderplan gem. §§ 22, 23, 33 des Gesetzes zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Kulturfördergesetz NRW – KFG)

Vorlage 16/4107

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien Drucksache 16/13712

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13788

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Bialas das Wort. Bitte schön.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier ein Kulturgesetz vorgelegt. Darin haben wir genau gesagt, was wir tun wollen, sowohl inhaltlich als auch formal.

In § 3 des Gesetzentwurfs haben wir unsere Schwerpunkte benannt: Teilhabemöglichkeit und Teilhabegerechtigkeit, die Möglichkeit der freien künstlerischen Entfaltung für jeden, selbstverständlich auch für die Künstler.

Wir haben dabei rekurriert auf die gesellschaftliche Dimension der Kultur und der Kulturpolitik im Hinblick auf eine offene Gesellschaft, in der Vielfalt gelebt wird, in der man damit in Kontakt kommt, in der eine kritische Auseinandersetzung der Menschen mit ihrem Staat stattfindet – ebenso der Menschen untereinander –, aber auch eine wertschätzende, anders als wir es zum Teil in unseren tagesaktuellen Bezügen erleben müssen.

Ein wesentliches Ziel ist auch die Förderung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft, wie immer sie sich auch neu zusammensetzt oder neu darstellt. Kulturpolitisch aktueller, aber auch aktueller im Tagesalltag können die Schwerpunkte kaum sein.

Der Kulturförderplan bedeutet jetzt die Konkretisierung dieser wichtigen Ziele. Er ist auf den Weg gebracht worden in einem breiten Dialog mit den Interessenvertretern, auch mit den Künstlern und mit der Politik. Das ist die Rückkehr der Kulturpolitik auf die große Bühne. Dafür darf ich mich sehr herzlich beim Ministerium bedanken.

Der Kulturförderplan ist stark im Dialog, verlässlich und transparent in seinen inhaltlichen Aussagen. Darin werden Schwerpunkte benannt. Sie sind im Plan zunächst einmal für zwei Jahre angelegt, danach auf fünf Jahre. Das heißt, wir besprechen und verabschieden hier und heute den Prototypen, den wir uns im Verlauf der weiteren Debatten natürlich noch genauer anschauen müssen, um dann den nächsten Kulturförderplan, der für fünf Jahre gilt, aufstellen zu können.

Wie sieht es jetzt schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der Ziele nach § 3 aus? Es geht weiter um kulturelle Bildung, weil sie ganz viel damit zu tun hat, wie Teilnahme und Teilnahmegerechtigkeit hergestellt werden können. Weiterhin geht es im Schwerpunkt um Künstlerförderung, weil das ganz viel damit zu tun hat, in welcher Form gute Arbeit angeboten wird, aber auch damit, wie die Sicherung der künstlerischen Entfaltung stattfindet.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Wir müssen schauen, wie wir den Weg hin zur neuen Situation der künstlerischen Darstellung schaffen. Das ist auch sehr wichtig für die Frage, wie Digitalisierung zur Sicherung, Bewahrung und breiten Bereitstellung des kulturellen Erbes beitragen kann.

Es gab eine umfangreiche Anhörung mit sehr positiven Rückmeldungen zu den Anregungen, die im Laufe der Anhörung gegeben wurden. Auch dort wurde immer wieder gesagt: Inhaltlich ist das gut. Ihr seid auf dem richtigen Weg. Der Plan ist gut, und die

Inhalte sind gut – aber ihr müsst stärker in den Fokus nehmen, wie es dann mit der formalen Umsetzung aussieht, also mit der Bürokratie, aber auch mit den finanziellen Potenzen.

Dazu ist von uns ein Entschließungsantrag vorgelegt worden, der auf diese beiden Bereiche eingeht und vorsieht, parallel zum Förderplan die Instrumentarien sehr genau zu evaluieren und zu schauen, ob die Absichten, die wir dem Plan untergelegt haben, im Verwaltungshandeln tatsächlich erfüllt werden.

Darüber hinaus haben wir sehr deutlich gemacht, dass die Zahlen, die jetzt im Kulturförderplan stehen, die Zahlen eines Haushaltsjahres sind. Sie sind jedoch nicht der Dynamik und der Dynamisierung unterworfen, die notwendig wäre, um die Ziele in Gänze umsetzen zu können; denn wir sind hier an die Jährlichkeit des Haushaltsprinzips gebunden. So weit zum Kulturförderplan und zum Entschließungsantrag, den wir heute verabschieden werden.

Da es die letzte Sitzung in diesem Jahr ist, darf ich Ihnen allen und vor allem den Kulturpolitikern herzlich für das sehr interessante, dialogische und teilweise streitbare Jahr – aber immer auf hohem Niveau – danken.

Außerdem darf ich Ihnen frohe Weihnachten wünschen. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass die Diskussionen im nächsten Jahr in gleicher Qualität und inhaltlicher Strenge fortgeführt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nun liegt der erste Kulturförderbericht vor. Dieser behauptet stolz auf der ersten Seite – Zitat –:

"[Er] zeigt Entwicklungsperspektiven auf, benennt die Bereiche, in denen besondere Schwerpunkte gesetzt werden sollen, und macht nähere Angaben zu den Handlungsfeldern."

Lieber Kollege Bialas, ganz so grundsätzlich müssen wir deshalb jetzt gar nicht werden. Blicken wir einmal auf diesen Bericht von immerhin stattlichen 62 Seiten. Eigentlich ist er für eine Legislaturperiode gedacht. Jetzt steht hier auf dem Deckblatt, er sei für die Zeit von 2016 bis 2018. Nun schreiben wir heute, wenn ich mich richtig erinnere, den 15. Dezember 2016. Mit 2016 hat es sich also ziemlich bald.

Gut, dann blieben also noch zwei Drittel des genannten Zeitraums. Aber wen bindet eigentlich das, was

da steht, über den Mai 2017 hinaus? Und falls es doch bis 2018 binden sollte – wird dann der nächste Kulturförderplan wieder nicht für eine ganze Legislaturperiode erstellt, sondern nur für drei oder fünf Jahre und wieder über die Legislaturperiode hinaus? Ich habe den Eindruck, dass das nicht ganz geklärt ist.

Dieser Plan hat zudem ein Problem. Er muss sich mit einem Überrollhaushalt beschäftigen, der skandalöserweise über Jahre hinweg nicht erhöht worden ist. Wenn man bei gleichzeitigem Einfrieren der Mittel eine Schwerpunktsetzung machen will, ist das ein Problem für sich. Deshalb ist der Plan als solcher im Grunde gar nicht möglich.

Jetzt ist der Kulturetat in einigen Punkten durch parlamentarische Initiativen verändert worden; da ist Geld draufgelegt worden. Ist dieser Plan jetzt obsolet geworden, weil die Mittel eine andere Regelung schaffen und andere Richtungen geben? – Aber da gibt es ja einen Entschließungsantrag. Ich weiß gar nicht, warum das ein Entschließungsantrag ist; eigentlich wäre das ein Ergänzungsantrag. Wenn ich den ganzen ersten Teil daraus lese, die erste Seite, dann vermute ich mal, dass das die Rede ist, die die Ministerin hier gleich halten wird. Auf der zweiten Seite steht die Aufforderung, man solle prüfen, ob eine Evaluation kommt. Eine solche Prüfung kann man natürlich fordern. Das ist gar nichts.

Die Vereinfachung des Antragsverfahrens – das ist ein uraltes Thema, an dem wir seit Jahren dran sind. Landeskulturbericht: steht im Gesetz. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: auch ein altes Thema der Kulturpolitik. Ich habe den Eindruck, es geht eigentlich nur um einen Satz in diesem Antrag, nämlich dass der Aufwuchs im Kulturetat zu begrüßen ist. Dafür einen Ergänzungsantrag oder einen Entschließungsantrag zu machen, finde ich etwas zu aufwendig und halte ich eigentlich für überflüssig.

Die wichtigsten Wörter in diesem ganzen Kulturförderplan sind "weiterhin" und "soll fortgesetzt werden". Es handelt sich bei dem wortreichen und seitenschindenden Projekt um einen Text, der sich großenteils wie der jährliche Haushaltskommentar oder wie ein Tätigkeitsbericht liest. – Das ist im Grunde auch gut so; denn Kulturpolitik muss in diesem Land nicht erfunden werden. Die starken Impulse aus den Jahren 2005 bis 2010 wirken zudem noch nach.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Heiterkeit von Hendrik Schmitz [CDU])

Wir Kulturpolitiker lesen immer gern mal nach, was Selbstverständlichkeiten der Kulturförderung sind oder sein sollten. Eine gewisse Fortbildung ist angesichts dieses Sammelsurium-Ministeriums vielleicht ganz angebracht. Aber rechtfertigt das wirklich einen parlamentarischen Prozess? Völlig unangemessen ist der Abschnitt über die Aufgaben des Landes im föderalen Bundesstaat geraten. Wenn ich das lese,

finde ich keinen einzigen Hinweis darauf, dass Kultur ureigentlich Landesaufgabe ist. Wenn ich dann sehe, wie der Landesetat mittlerweile zum Bundesetat steht, dann kann ich nur sagen: Das ist wirklich deutlich zu wenig, vor allem im Bereich der Denkmalpflege.

Ich will auch gar nicht zu sehr herummäkeln. Auf eine Sache möchte ich jedoch hinweisen, auf einen groben Fehler. Im Bericht steht tatsächlich allen Ernstes: Viele – vor allem kleinere – Verlage haben in Nordrhein-Westfalen ihren Sitz. – Und das angesichts solcher Verlage wie DuMont Schauberg in Köln, dem Landwirtschaftsverlag und dem Coppenrath Verlag in Münster und vor allen Dingen dem offenbar "kleinen" Verlag Bertelsmann Group in Gütersloh!

Kleinere Verlage! Damit komme ich auch zu einem anderen Thema. Gütersloh liegt im Osten des Landes. Blicken wir doch mal unter diesem Gesichtspunkt auf den Plan. Das Landesvermessungsamt hat den Mittelpunkt Nordrhein-Westfalens ermittelt; er liegt im Osten von Dortmund, in Applerbeck. Das ist die Mitte von Nordrhein-Westfalen. Viele halten diese Gegend jedoch für den Ostrand Nordrhein-Westfalens, und der Landeskulturförderplan offensichtlich auch. Denn in diesem Plan ist unentwegt die Rede von Unterstützungen im Ruhrgebiet, von Kreativquartieren, dem Ruhr Museum, der ecce GmbH, Urbane Künste Ruhr usw. Auch viele Einrichtungen im Rheinland sind hier genannt.

Was aber kaum vorkommt, sind kulturelle Aktivitäten in Westfalen. Warum eigentlich? – In Westfalen lebt die Hälfte der Einwohner unseres Landes, und auch dort gibt es kulturelle Aktivitäten, die aber offenbar von Düsseldorf aus nicht so gut gesehen werden.

(Beifall von der CDU)

Wo findet sich "Wege durch das Land"? Wo finden sich die Kulturarbeit der Kunsteinrichtungen und Kunstvereine Westfalens? Wo ist das Jazzfestival Münster? Wo sind die Spezialmuseen in Siegen und Herford, das Picasso-Museum in Münster und anderes?

Immerhin findet sich die weltweit bedeutendste Ausstellung für skulpturale Projekte – die Skulptur Projekte Münster, die alle zehn Jahre stattfindet – merkwürdig isoliert und steif als "Format Skulptur Projekte Münster" im Plan wieder. Offensichtlich ist die Ministerin aus Ostwestfalen auf dem westfälischen Auge blind.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die Redezeit.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Dabei gäbe es da Ansätze für wirkliche Konzeptionen. – Herr Präsident, ich komme sofort zum Ende.

Ein Kulturförderplan für 2016 bis 2018? – Nein; denn ab 2017 wird die Kultur in einer CDU-geführten Regierung wieder eine andere Rolle spielen. Es ist gut, dass dieser Bericht nur das Vorhandene beschreibt und außer vagen Andeutungen nichts Weiteres bietet. Wir werden ab 2017 zeigen, wie man Kulturpolitik macht. – Vielen Dank und frohe Weihnachten.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Sternberg. – Für Bündnis 90/Die Grünen eilt Herr Kollege Keymis heran. Er erhält das Wort. Bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Sternberg, was Sie jetzt hier vorgetragen haben, ist für mich nicht ganz nachvollziehbar. Aber das liegt offenbar daran, dass wir über gewisse Strecken die Dinge einfach ganz anders sehen. Am Ende aber streiten wir jedenfalls beide für die Kultur.

Insofern nehme ich Ihnen sozusagen nur die Hälfte übel.

(Heiterkeit von der CDU)

aber diese Hälfte heute ganz besonders. Ich finde, Sie reden da eine Sache kleiner und unbedeutender, die bundesweit richtig für Aufmerksamkeit gesorgt hat in der Szene, die das interessiert. Das basiert auf unserem Kulturfördergesetz, das bundesweit einmalig ist und eine wirklich tolle Gelegenheit bietet, sich zu vergegenwärtigen, was Landeskulturpolitik eigentlich konzeptionell leisten soll. 30 Paragrafen, 89 Seiten Begründung – ein Kompendium für jeden, der sich für Kulturpolitik interessiert; denn man begreift, wenn man es gelesen hat: Aha, so stellt sich ein Land auf, das Landeskulturpolitik organisiert, und zwar letztlich völlig unideologisch, ganz unabhängig davon, welche Partei dahinter eine Rolle spielt.

Geschrieben wurde es von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung; das sind in der Regel Leute, die auch dann noch arbeiten, wenn manche hier im Parlament, die große Ankündigungen machen, so wie Sie gerade – "Und dann kommt endlich eine neue Kulturpolitik" –, gar nicht mehr im Parlament sind. Dann aber sitzen die Beamtinnen und Beamten noch da und machen ihre Arbeit.

Diese Leute haben auch die Arbeit am vorliegenden Plan gemacht. Deshalb gilt mein erster Dank heute der Kulturabteilung unseres Ministeriums und dem Ministerium. Das sind die Leute, die über Jahre hinweg die Arbeit im Auftrag des Parlaments – von uns beauftragt – gemacht haben. Ich finde, sie haben ein wirklich hervorragendes Kulturfördergesetz auf den Weg gebracht, wie es kein zweites in der ganzen Republik gibt. Alle Bundesländer fragen: Wie macht ihr

das? – Das ist wirklich etwas Besonderes. Deshalb sollten wir das Kulturfördergesetz nicht kleinreden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

- Danke schön. Applaus für die Exekutive auch hier.

Außerdem, Herr Kollege Sternberg, haben wir einen Prozess eingeleitet, bei dem wir immer versucht haben, alle mitzunehmen. Wir haben im Vorfeld Anhörungen durchgeführt. Die Exekutive hat das Gesetz vielfach vorgelegt.

Das gleiche Verfahren wurde auch beim Kulturförderplan angewandt, über den wir heute diskutieren und dann auch beschließen werden. Das heißt, immer wurde versucht, die wichtigsten Playerinnen und Player in diesem Feld mitzunehmen und mit ihnen zu diskutieren. Das ist das besonders Spannende an diesem Prozess. Dieser Mitnahmeeffekt zahlt sich aus, und zwar insoweit, als dass die Szene, die Menschen, die in diesem Land künstlerisch aktiv sind, Kultur und Kunst verantworten oder organisieren, alle von dieser Geschichte begeistert sind.

Da heißt es durchweg: toller Prozess, sehr transparent. Wir konnten oft mitreden. Es ist noch nicht alles so, wie wir es gerne hätten, und ein bisschen mehr Geld wäre auch gut, aber vom Prinzip her finden wir, dass das eine tolle Anlage ist. Ihr habt endlich die Landeskulturpolitik konzeptionell auf einen Weg gebracht, auf dem sie vorher in dieser Form nicht war. Also: Das Kulturfördergesetz war der erste Schritt. Jetzt ist der Kulturförderplan sozusagen eine erste Handlungsmaßgabe für die nächsten zwei Jahre.

Sie haben recht, wenn Sie kritisieren, dass vorne draufsteht: 2016 bis 2018; denn 2016 ist de facto vorbei. Wir sprechen jetzt für die Jahre 2017 und 2018. Für diesen Zeitraum ist das festgelegt, und zwar bewusst legislaturübergreifend, damit man die Chance hat, Kontinuität zu wahren. Das ist ja immer wieder eine Grundanfrage aller Kulturschaffenden: Könnt ihr uns zusichern, dass wir auch im kommenden Jahr mit unseren Projekten weitermachen können, mit dem, womit wir im Kulturbereich angefangen haben?

Insofern ist das, wie ich finde, eine tolle Anlage. Der Kulturförderplan ist deshalb interessant, weil er nicht nur im Wesentlichen Punkte enthält, die von Bedeutung sind, sondern er hat auch drei Schwerpunkte: erstens die Digitalisierung und Kultur, zweitens die kulturelle Bildung und drittens – was ich ganz wichtig finde – das Bestreben, das künstlerische Schaffen an sich in den Mittelpunkt der Förderbemühungen zu stellen. Den Kreativen soll signalisiert werden: Wenn ihr Projekte habt, wenn ihr etwas voranbringen wollt im Land, dann sind wir über den Kulturförderplan eure Ansprechpartner. Deshalb ist dieser Plan aus meiner Sicht genau das richtige Instrument. Ich freue mich, dass wir das Ganze heute verabschieden können.

Ein weiterer Dank geht an meinen Kollegen Andreas Bialas und an die Kolleginnen und Kollegen im SPD-Arbeitskreis. Wir haben das Vorhaben immer gemeinsam gestemmt als Koalitionsfraktionen. Ich denke, wir können heute mit Blick auf den Abschluss der Legislaturperiode im Mai nächsten Jahres sagen, dass wir – die Roten und die Grünen – für die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, aber auch darüber hinaus, gemeinsam einen Meilenstein gesetzt haben. Ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken, dass das alles möglich war in der kooperativen Art, wie wir es hier im Fachbereich miteinander gehalten haben. Das war aus meiner Sicht eine wirklich gute Zusammenarbeit.

Also: Dank an das Ministerium, an Frau Ministerin Kampmann, Dank an die Kollegen der SPD, Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die sich eingebracht haben, wann immer sie konnten, wenn auch nicht immer nur konstruktiv.

Ich glaube, wir sind an einem guten Punkt angekommen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Kulturförderplan – und genau auf null höre ich auf. Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann danke ich Ihnen, Herr Kollege Keymis. Dieser Dank war noch offen. – Ich erteile für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Schmitz das Wort. Bitte schön.

Ingola Schmitz (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Während Herr Prof. Sternberg den Zeitraum für den Kulturförderplan infrage stellt, sage ich: Es ist doch anerkennenswert, dass die Landesregierung ihn in dieser Legislaturperiode noch auf den Weg gebracht hat. Vor dem Hintergrund der großen Verzögerungen, die sie sich bei der Erstellung des Kulturfördergesetzes erlaubt hatte, ist das durchaus beachtlich. Nun sprechen wir also doch über den Kulturförderplan als zentrale Präzisierung des Gesetzes.

Ebenfalls positiv ist anzumerken, dass der Kulturförderplan mit der Stärkung von Transparenz und Verlässlichkeit der Kulturförderung in struktureller Sicht eines seiner Ziele im Großen und Ganzen erreicht. Die Konkretisierung der Handlungsfelder, Schwerpunkte und Perspektiven der Kulturförderung des Landes für fünf Jahre ist ein unterstützenswertes Anliegen. Das werden wir in unserem Abstimmungsverhalten auch entsprechend dokumentieren.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Idee ist nur so gut wie ihre Umsetzung. Denn weil der Kulturförderplan nicht mit konkreten Fördermitteln

unterlegt ist, entfaltet er zunächst überhaupt keine direkten Auswirkungen in der Kunst- und Kulturszene.

Faktisch dürften sich darüber hinaus auch keine nennenswerten Veränderungen in der Kulturförderung ergeben, da der Plan lediglich die bisherige Praxis kodifiziert. Das bedeutet: Der Kulturförderplan schreibt letztlich nur die bisherige Kulturförderung der rot-grünen Landesregierung fort. Da Rot-Grün jedoch bisher keinerlei Priorität auf Kultur gelegt hat, ist das überhaupt kein gutes Zeichen.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass mit dem Kulturfördergesetz und damit auch mit dem Kulturförderplan das Ziel verbunden wurde, den Handlungsspielraum für die kommunale Kulturförderung zu vergrößern. Das ist mitnichten der Fall, wie nicht zuletzt in den zahlreichen Stellungnahmen in der Anhörung zum Kulturförderplan bestätigt wurde.

Demnach gibt Nordrhein-Westfalen rund 19 € pro Einwohner für Kultur aus; Niedersachsen schafft 31 €; Bayern und Baden-Württemberg investieren 40 € pro Einwohner in Kultur. Wie in so vielen anderen Bereichen steht Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Ländern also schlecht da. An dieser miserablen Bilanz ändert der Kulturförderplan leider überhaupt nichts;

(Beifall von der FDP)

denn dafür bräuchte die rot-grüne Landesregierung eine ganz andere Prioritätensetzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während die Landesregierung über die technischen Strukturen der Kulturförderung diskutieren ließ, hat sie die Denkmalförderung des Landes nahezu eingestellt. Sie hat sprachlos den Düsseldorfer Oberbürgermeister tagelang das Schauspielhaus beschädigen lassen, obwohl das Land zur Hälfte Eigentümer dieser Einrichtung ist. Außerdem nutzt sie die Mittel aus dem Verkauf von Kunstwerken aus den Beständen des landeseigenen Casino-Betreibers WestSpiel, um eine neue staatliche Spielhölle zu finanzieren, anstatt mehr in die kulturelle Vielfalt des Landes zu investieren

Das alles zeigt: Der Kulturförderplan hat viele richtige Aspekte. Der Landesregierung geht es dabei jedoch vorrangig um die Simulation kulturpolitischen Engagements. An den Stellen, an denen dieses wirklich erforderlich wäre, versagt Rot-Grün. Deshalb kann die FDP-Fraktion dem vorgelegten Kulturförderplan Nordrhein-Westfalens insgesamt nicht zustimmen. Unser Fazit lautet: zu viel Planung, zu wenig Förderung.

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch ich wünsche Ihnen frohe Festtage.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier auf der Tribüne und im Stream! Das meiste wurde tatsächlich schon in der Aussprache im Ausschuss für Kultur und Medien gesagt. Dort hat die fachliche Aussprache stattgefunden.

Viele schöne Worte wurden auch heute wieder hier von den regierungstragenden Fraktionen losgelassen. Frau Ministerin wird das wahrscheinlich gleich noch einmal unterstreichen. Diese vielen schönen Worte täuschen aber nicht darüber hinweg, dass wir es hier mit einer klassischen Mangelverwaltung zu tun haben; denn – auch das ist bereits gesagt worden – dieser Kulturförderplan ist mit keinen Finanzmitteln unterlegt, und es hängt natürlich vom Geld ab, was davon in welcher Form umgesetzt wird.

Die Aussprache, die hier stattgefunden hat, zeigt deutlich, dass dieser Kulturförderplan – und sei es noch so schön, dass es ihn gibt und dass die Akteure beteiligt worden sind – eigentlich keine langfristige Planungssicherheit bietet. Diese Beteiligung, die dort stattgefunden hat, ist aber etwas Gutes. Das möchte ich an dieser Stelle erwähnen. Es war auch das erste Mal, dass die Kulturschaffenden, die Vertreter von Künstlerinnen und Künstlern und der Kultur in NRW, in diesem Rahmen an einem solchen Prozess beteiligt worden sind. Ich möchte hier aus Piratensicht ganz klar unterstreichen, dass das gut ist.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Nicht so gut ist aber Folgendes: Man hat von Anfang an angekündigt, dass ein Schwerpunkt dieses Kulturförderplans die Digitalisierung ist. Wenn man am Ende dort hineinschaut, um zu sehen, was dabei herumkommt, stellt man aber fest: Es gibt keine Ideen, keine konkreten Maßnahmen und offensichtliche Lustlosigkeit. Das macht mir Sorgen; denn wenn das so bleibt und sich auch in den nächsten Jahren nicht ändert, wird die Kunst- und Kulturwelt in NRW tatsächlich vor die Wand gefahren, und das wäre wirklich bedauerlich.

Wir Piraten werden uns aber aufgrund der Tatsache, dass die Beteiligung in diesem Prozess eine so wichtige Rolle gespielt hat, bei der Abstimmung zu diesem Kulturförderplan enthalten. Nehmen Sie diese Enthaltung als wohlwollendes Signal dafür, dass Sie dabei anfangs einen richtigen Weg gegangen sind. Aber nehmen Sie sie auch als Appell, dass Kunst und Kultur in NRW auch in Zukunft mit Finanzmitteln unterlegt werden müssen; denn nur wenn dieses Geld da ist, können Kunst und Kultur in NRW auch weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten, um den Kitt

unserer Gesellschaft darzustellen und unsere Gesellschaft zusammenwachsen zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Kampmann das Wort, die schon hier vorne steht. Bitte schön.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Prof. Sternberg, es ist eigentlich immer das Gleiche mit Ihnen: Sie reden über Geld, und wir reden über die Gestaltung von Kulturpolitik. Sie reden über einen Bericht, und wir legen einen Plan vor.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Daran zeigt sich auch das Missverständnis; denn ein Bericht bezieht sich auf das, was man in der Vergangenheit getan hat, während ein Plan die zukünftigen Vorhaben und die zukünftigen Schwerpunkte, auf die ich gleich noch eingehen werde, beschreibt. Und warum es trotzdem passt, dass wir auch das Jahr 2016 einbeziehen, werde ich Ihnen gleich noch erläutern.

Erst einmal möchte ich sagen, dass wir mit diesem Kulturförderplan wirklich einen neuen Meilenstein in der Kulturpolitik des Landes präsentieren. Der Prozess wurde schon beschrieben. Er war offen, er war partizipativ angelegt, er war transparent. Ich möchte mich heute auch bei den vielen Kulturschaffenden, aber auch bei den kommunalen Spitzenverbänden dafür bedanken, dass sie mit uns diesen Prozess gegangen sind. Das zeigt, dass diese Landesregierung die Menschen in diesem Land, die unsere Politik betrifft, mitnimmt und sie ganz konkret einbezieht, um am Ende die besseren Ergebnisse vorzulegen.

Auf die Schwerpunkte wurde gerade schon eingegangen. Ich möchte sie noch einmal näher erläutern. Der erste Schwerpunkt ist die individuelle Künstlerförderung. Wir sagen ganz klar: Wir möchten einen Beitrag dazu leisten, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern in Nordrhein-Westfalen verbessert werden. – Dieses Programm haben wir bereits im September dieses Jahres zunächst im Ruhrgebiet gestartet. Die Schwerpunkte dieses Kulturförderplans sind also bereits angelaufen, und deshalb passt es, dass wir diesen auch für das Jahr 2016 angelegt haben.

Der zweite Schwerpunkt ist die kulturelle Bildung – wie viele von Ihnen wissen, schon lange ein Schwerpunkt dieser Landesregierung. Wir haben gute, sehr erfolgreiche Programme. Wir haben das Programm "JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen",

wir haben den Kulturrucksack für die 10- bis 14-Jährigen, und wir haben das Programm "Kultur und Schule". Sie haben eben behauptet, es fehle offensichtlich an einer finanziellen Hinterlegung dieses Plans. Das ist mitnichten der Fall. Wir geben für die kulturelle Bildung 20 Millionen € aus. Das ist uns wichtig.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir diese Programme auch interkulturell geöffnet haben, weil es uns wichtig ist, auch geflüchtete Kinder und Jugendliche einzubeziehen und ihnen eine kulturelle Auseinandersetzung mit den Themen "Migration" und "Fremdheit" zu ermöglichen. Deshalb sind die Finanzen an dieser Stelle auch noch einmal aufgestockt worden.

Zum dritten Schwerpunkt – Herr Lamla, ich habe es Ihnen auch schon im Ausschuss gesagt –: Es ist mitnichten so, dass wir beim Thema "Kultur und Digitalisierung" ideenlos sind. Wir haben auch an dieser Stelle ganz klare Schwerpunkte gesetzt. Sie beziehen sich zum einen auf den Erhalt des kulturellen Erbes, sie beziehen sich zum anderen auf die Bibliotheken. Diese möchten wir neu aufstellen. Sie beziehen sich auch auf die digitalen Möglichkeiten in der Kunst, die ganz neu sind, und mit denen viele Künstlerinnen und Künstler schon tolles Neues erschaffen haben. Und sie beziehen sich auf das Thema "Vermittlung und Teilhabe" in der digitalen Welt; denn auch da gibt es ganz neue Potenziale. Diese sollen in Zukunft auch genutzt werden.

Insgesamt kann man sagen, dass wir mit diesem Kulturförderplan neue Akzente in der Kulturpolitik setzen. Wir wollen Kulturpolitik gestalten und haben damit einen wichtigen Beitrag geleistet. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, die daran mitgearbeitet haben, ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Kulturförderplan. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt in Drucksache 16/13712, das Einvernehmen zum Entwurf zum ersten Kulturförderplan gemäß § 22, § 23 und § 33 des Gesetzes zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen zu erteilen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Kollege Stüttgen, der gerade ins Plenum zurückkommt. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? –

Das sind FDP und die Piratenfraktion. Damit stelle ich fest, dass die Beschlussempfehlung Drucksache 16/13712 angenommen und das Einvernehmen zu dem Entwurf zum ersten Kulturförderplan gemäß dem Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen erteilt ist.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/13788. Wer ist für den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Kollege Stüttgen. Wer stimmt gegen den Entschließungsantrag? – Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind wiederum FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 16/13788 angenommen.

Ich rufe auf:

5 Ein Ad-Blocker-Verbot ist keine Lösung – Ausgediente Geschäftsmodelle nicht künstlich am Leben erhalten

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13682 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Piratenfraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Lamla das Wort. Bitte schön.

(Lukas Lamla [PIRATEN] bleibt noch auf seinem Platz sitzen.)

Herr Kollege Lamla, eine herzliche Einladung.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! "Ad-Blocker gefährden die Medienvielfalt", das sagt die rot-grüne Landesregierung, und das sagt auch die Große Koalition im Bund. Und wo sagen Sie das? In der sogenannten Bund-Länder-Kommission für Medienkonvergenz. Bei dieser Veranstaltung ist man sich nämlich begegnet. Dabei hat man sich dieses Ad-Blocker-Verbot von den großen Medienkonzernen und Werbenetzwerken schön einreden lassen.

Meine Damen und Herren, so einfach kann es sein, die Regierungen von Bund und Ländern zu seinem Sprachrohr zu machen. Hätte die Landesregierung, hätten die Beteiligten dort vielleicht an der Bund-Länder-Medienkompetenzkommission teilgenommen, wüssten sie, dass sie dem so nicht zustimmen könnten. An dieser Stelle sei vielleicht noch angemerkt:

Ja, wir Piraten setzen uns für das Pflichtfach Informatik ein. Dann würden vielleicht in Zukunft solche Ausrutscher seltener passieren.

(Beifall von den PIRATEN)

Wussten Sie, dass es der fundamentalen Konzeption des Internets widerspricht, Änderungen an der Browserdarstellung von Webseiten – sprich: der Datenausgabe – zu verbieten?

Wussten Sie, dass jeder Mensch ein Recht darauf hat, selbst entscheiden zu dürfen, welche der eigenen Daten von Firmen gespeichert und gesammelt werden dürfen? – Dieses Recht nehmen Sie aber den Menschen, indem Sie durch ein Ad-Blocker-Verbot diese Daten den Werbenetzwerken und den Werbetrackern zum Fraß vorwerfen.

Wussten Sie, dass Ad-Blocker nicht nur vor unerwünschter Werbung, sondern auch vor unerwünschten Schadprogrammen wie Viren und Trojanern schützen können? – Erst letzte Woche ging ein relativ neuer Weg durch die Medien, wie Kriminelle mit Werbeeinblendungen auf ganz normalen Webseiten gezielt mit Viren und Trojaner infizieren können. Es reicht dabei aus, diese Webseite zu besuchen, sich diese Werbung anzeigen zu lassen, und schwupps sind Sie infiziert.

Wussten Sie, dass Menschen mit Sehschwäche oder Blinde darauf angewiesen sind, Werbung von Webseiten zu filtern, damit diese Webseiten in speziellen Webbrowsern vorgelesen werden können? – Diese Gehandicapten würden Sie mit dem Ad-Blocker-Verbot in die Kriminalität treiben. So kann man es sehen.

Meine Damen und Herren, wie viele von Ihnen hier im Saal würden aufschreien, wenn man ihnen verbieten würde, das kleine "Bitte keine Werbung"-Schildchen auf ihren Briefkasten zu kleben? – Da hätten wir eine riesengroße Debatte. Aber genau das passiert gerade. Sie sind gerade dabei, Menschen im digitalen Raum diese Möglichkeit zu nehmen, sich vor unerwünschter Werbung zu schützen.

Merken Sie langsam, dass Ihnen in der genannten Kommission der digitale Bär aufgebunden wurde? – Die Forderung nach Ad-Blocker-Verboten ist so unsinnig wie die Forderung nach einem Zwangsempfang und dem Lesen von kostenlos verteilten Werbeblättchen in Ihrem Briefkasten. Noch mal: Jeder Mensch, jeder Nutzer oder jede Nutzerin hat das Recht, selbst zu entscheiden, was er bzw. sie sehen will und was nicht.

All das ist auch ein Schlag ins Gesicht der Leute, der Nutzerinnen und Nutzer, die jetzt schon auf Nachrichtenseiten nach den Nachrichten suchen müssen. Denn die Webseiten sind mit Werbung, die einen förmlich anschreit, überfrachtet. Das geht so nicht. Der Anteil der Nachrichten auf diesen Webseiten ist nur ein relativ kleiner Bruchteil im Gegensatz zu der

Werbung, die einem dort begegnet, wenn man sie nicht wegfiltert.

Meine Damen und Herren, das, was Bund und Länder gerade diskutieren, hat überhaupt nichts mit Meinungsvielfalt und Pluralität zu tun, sondern ist lediglich ein Versuch, ein Geschäftsmodell einer eigentlich schon längst veralteten und fast toten Werbebranche zu retten. Ein Ad-Blocker-Verbot ist Steinzeit-Verbotspolitik im digitalen Zeitalter und zudem noch gefährlich.

Wir Piraten wollen diese Verbotspolitik nicht, wollen diesen Weg nicht und mahnen jetzt schon davor, sich überhaupt intensiv mit diesem Weg zu beschäftigen. Wir wollen konstruktive Lösungen. Beschäftigen wir uns mit anderen Möglichkeiten, journalistische Inhalte zu unterstützen – sei es, die Kommunalen und Kleinakteure als gemeinnützig anzuerkennen oder, neue innovative Geschäftsmodell zu unterstützen. Da spielen Start-ups eine sehr wichtige Rolle, die Ideen entwickeln können, um solche Mikro-Bezahlmethoden für journalistische Inhalte

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

zu erfinden, zu kreieren.

Meine Damen und Herren, ich bin am Ende meiner Redezeit; der Präsident hüstelt hinter mir. Ich freue mich auf weitere Beratungen im Ausschuss und auf Ihre Wortbeiträge. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Vogt das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lamla, Ihr Antrag beschäftigt sich mit dem Thema "Ad-Blocker", also mit Programmen, die beispielsweise dafür sorgen, dass Werbung auf Websites nicht angezeigt wird. Sie haben über eine ganze Reihe von Vorteilen dieser Programme gesprochen, die ich gar nicht kritisieren will. Sie sind über technologische Aspekte bis hin zur Barrierefreiheit gegangen, die zwar auf einer ähnlichen Technologie beruhen, aber nicht direkt etwas mit diesen Ad-Blockern und der Diskussion über ein mögliches Verbot dieser Programme zu tun haben.

Herr Lamla, wir sind dabei gar nicht so weit auseinander, was den Sinn von Ad-Blockern angeht. Wenn man sich aber Ihren Antrag anguckt, haben Sie zwar auf der einen Seite die positiven Aspekte aus Verbraucherschutzgesichtspunkten aufgeführt, mir fehlt aber das Thema aus medienpolitischer Betrachtung: Wir haben wegbrechende journalistische Modelle, eine abnehmende Medienvielfalt bei realen Medien und eine abnehmende Medienvielfalt im Lokalen. Gleichzeitig kommen im Netz journalistische

Modelle auf – ob das lokale Onlineprotale oder Blogs sind –, die dazu beitragen, mehr Vielfalt zu erzeugen, und die sich zum großen Teil durch Werbung finanzieren. Dieser Aspekt und die Würdigung dieser Aktivitäten fehlten in Ihrem Antrag.

In der Antwort auf die letzte Große Anfrage zu dem Thema "Zeitungsmarkt in Nordrhein-Westfalen" stand die Angabe, dass wir 75 lokale Onlinezeitungen in Nordrhein-Westfalen haben. – Die können nur überleben, wenn sie Werbung schalten und einblenden dürfen.

Dass viele kostenlose Inhalte erst durch Werbung zustande kommen können und dadurch finanziert werden, ist ein Punkt.

Ich zitiere einmal Punkt II.5 Ihres Antrags:

"Es ist besser, Innovationen und Neuentwicklungen zu fördern, um jenseits des Streits um alte Geschäftsmodelle neue Vertriebswege und Werbekommunikation zu ermöglichen, statt überholte Geschäftsmodelle zu schützen."

Das kann man so sehen. Aus meiner Sicht ist das ein bisschen dünn, weil Sie gerade in Ihrer Rede von innovativen Geschäftsmodellen gesprochen haben, uns aber leider Beispiele schuldig geblieben sind.

Es gibt noch einen Punkt, bei dem Sie Ad-Blocker als das große Positive und die Werbung als das Böse darstellen, der mir gefehlt hat – sonst sind Sie auch immer sehr kritisch und betrachten viele Sachen kritisch –: Offensichtlich gibt es Ad-Blocker, die ein eigenes Geschäftsmodell entwickelt haben und ihre Praxis so anwenden, dass nicht nur Werbung herausgefiltert wird, sondern auch bestimmte Werbung durchgelassen wird, und zwar von Konzernen, die diese Ad-Blocker dafür bezahlen. Dazu hätte ich mir zumindest eine kritische Anmerkung von Ihnen gewünscht.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es ist nicht so einfach, zu sagen: auf der einen Seite die bösen Werbetreibenden und auf der andere Seite die guten Ad-Blocker. Wir werden dieses gesamte Thema im Ausschuss aber weiter diskutieren und dort sicherlich zu einer differenzierteren Einschätzung gelangen, als sie der Antrag der Piraten wiedergibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schick.

Thorsten Schick*) (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion der Piraten "Ein Ad-Blocker-Verbot ist keine Lösung – Ausgediente Geschäftsmodelle nicht

künstlich am Leben erhalten" bietet zu einem sehr komplexen Sachverhalt eine scheinbar einfache Lösung an. So etwas macht mich in der Regel stutzig.

Worum geht es im Kern? Verlage bzw. Medienhäuser platzieren in ihren Onlineauftritten Werbung in sehr unterschiedlicher Form. Der Nutzer kann dann diese Angebote kostenlos nutzen, sie sich ansehen. Das Erdulden der Werbung ist quasi der Kaufpreis. Mit Ad-Blockern umgeht eine immer größer werdende Gruppe – in bestimmten Nutzergruppen sind das rund 50 % – von Konsumenten diese Werbeeinblendungen. Ad-Blocker blenden diese Werbung aus. Das ist der Sachverhalt.

Ich komme jetzt zu dem gesellschaftlichen Problem, das aus meiner Sicht dahintersteckt. Wenn wir im Landtag über Qualitätsmedien sprechen, dann fordern gerade im Augenblick, wo es politisch hin- und hergeht, alle Fraktionen unisono qualitative Angebote in noch größerem Maße. Verlage müssen diese Qualitätsangebote aber entsprechend finanzieren können, und dabei kommen dann Werbeeinnahmen ins Spiel. Ich denke, deswegen ist es auch nicht so einfach, ein Ad-Blocker-Verbot in den Raum zu stellen, sondern es ist wichtig, dass wir hier genau analysieren.

Ad-Blocker sind rechtlich umstritten; die vorliegenden Urteile sind nicht eindeutig. Jetzt so zu tun, als seien Ad-Blocker einzig darin begründet, dass Onlinewerbung auf Kritik stößt, ist meiner Meinung nach nicht richtig. Die Wahrheit ist doch, dass die meisten Nutzer Werbung in jedem Fall vermeiden möchten, und aus Sicht der Konsumentensicht ist das vollkommen verständlich.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Schick, würden Sie eine Zwischenfrage vom Herrn Kollegen Lamla zulassen?

Thorsten Schick*) (CDU): Selbstverständlich.

Lukas Lamla (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Kollege Schick, ich bin kurzzeitig ein wenig irritiert, weil ich mir nicht sicher bin, ob wir von der gleichen Sache sprechen. Sie sprechen die ganze Zeit von Ad-"Bloggern". Wir meinen in unserem Antrag Ad-Blocker.

Thorsten Schick*) (CDU): Ja, mir ist durchaus klar, dass ein Blogger jemand ist, der etwas schreibt und dann online stellt, und jemand, der blockt, einen Sachverhalt zurückstellt bzw. sperrt. Es mag sein, dass meine etwas angegriffene Stimme für diese kleine Dissonanz gesorgt hat. Ich meine aber, in der Sache sprechen wir über das Gleiche, und wenn so-

gar Herr Groschek verstanden hat, worüber ich geredet habe, dann war das auch so eindeutig, und wir haben sicherlich keinen unterschiedlichen Wissensstand.

Worum geht es? Mir ist wichtig, dass wir auch in Zukunft Qualitätsangebote haben. Wenn Ad-Blocker – ich betone es jetzt noch einmal – immer weiter Raum greifen, dann haben wir zwei Phänomene, die meiner Meinung nach irgendwann realisiert werden: Entweder verschwinden Qualitätsangebote oder sie werden mit Bezahlschranken belegt. Gerade das ist aber etwas, was aus meiner Sicht soziale Ungleichheit fördert. Derjenige, der sich die Qualitätsangebote finanziell erlauben kann, hat Zugang, während derjenige mit dem kleineren Geldbeutel dann auf diese Qualitätsangebote verzichten muss.

Die gesamte Diskussion ist deshalb etwas komplexer, als Sie es in Ihrem doch recht dünnen Antrag darstellen. Wir haben aber eine Diskussion im Ausschuss, auf die ich mich freue. Vielleicht gelangen wir dann auch zu etwas besseren Lösungen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei interessante Artikel gelesen. Mit dem einen beginne ich, und mit dem anderen schließe ich die kleine Rede, die ich dazu halte. Der erste Artikel war deshalb interessant, weil auf einen Bericht von Frank Rieger und Thorsten Schröder auf der diesjährigen re:publica-Konferenz verwiesen wurde. Die beiden vom Chaos Computer Club haben darin deutlich gemacht, was hinter einem solchen Angebot steht, das sozusagen unfreiwillig mit dem jeweiligen Aufruf einer Seite ins Haus steht. Sie haben das am Beispiel der Seite "bild.de" demonstriert:

"Ein zweiminütiger Aufenthalt auf der Webseite führt insgesamt zu 2.339 Anfragen. Von den 195 kontaktierten Servern unterliegen lediglich 13 der Kontrolle der Bild-Redaktion. Weist einer der rund 180 anderen Server eine Sicherheitslücke auf, so kann dadurch schädlicher Content ausgeliefert werden."

Mit anderen Worten heißt das, wenn man einen Ad-Blocker einsetzt, der womöglich dazu führt – der Kollege Lamla hat es bereits angesprochen –, dass man sich auch diese Schadstoffgefahren – Entschuldigung –, Schadprogramme vom Hals halten kann

(Zuruf von den PIRATEN)

- ja, Schadstoff ist in gewisser Weise richtig: Softwareschadstoff -, dann liegt man womöglich mit einem Ad-Blocker an der Stelle gar nicht so schlecht. Insofern ist der Antrag, den die Piraten hier eingebracht haben, aus grüner Sicht zumindest diskussionswürdig, und wir freuen uns auf die weitere Debatte dazu im Fachausschuss.

Das ist ein Thema, dem man sich intensiv widmen muss; denn mit einem einfachen Verbieten ist es im Internet eh immer so eine Sache. Das wissen alle, die sich mit dem Netz schon länger beschäftigen; dazu gehöre ich, wie man mir ansieht, auch.

(Heiterkeit von der CDU)

Insofern ist das ein Thema, mit dem man sich intensiv auseinandersetzen kann.

Es ist auch eine Frage, ob unser Freiheitsempfinden wirklich so ist, dass wir den Eindruck haben, wir müssten diesen Dingen, weil sie aus geschäftlichen Gründen einer Steuerung bedürfen, auf diese Weise mit einem Verbot begegnen.

Das Verbot sehen wir sehr kritisch. Ich bin prinzipiell sehr offen sowohl für Werbeangebote als auch für die Menschen, die sich das nicht ansehen wollen. Ich glaube, so sind die Menschen auch. Sie sind unterschiedlich. Der eine reagiert auf Werbung eher aggressiv und sagt: Um Gottes Willen. Damit will ich nichts zu tun haben. - Die andere sagt: Finde ich interessant, wollte ich immer schon einmal genauer sehen.

Insofern ist das mit Sicherheit nicht so zu entscheiden, dass wir von Staats wegen beginnen, kleine Hilfsprogramme zu verbieten, die im Internet das eine oder andere ermöglichen oder nicht ermöglichen - "verunmöglichen".

Das ist sicherlich eine sehr spannende Debatte, die von vielen Seiten aus genauer zu führen ist. Ich ende mit einem Zitat aus dem "Tagesspiegel" vom 18.06.2016. Da heißt es am Schluss eines Artikels:

"Die Frage also lautet: Wie wirkt Reklame auf Menschen, die sie gegen ihren erklärten Willen sehen müssen? Vermutlich ist es so, dass sich diese Menschen einfach erzürnt in ihre Sitzlehnen krallen und einen heiligen Eid leisten, nie, nie dieses Zeug zu kaufen, was ihnen da ... [vorgesetzt] werden soll. Oder sie gehen solange aufs Klo, womit die Werbung auch keine Gelegenheit mehr hat, heimlich aufs Unbewusste einzuwirken."

Zitat Ende.

In diesem Sinne: Ich halte ein Verbot in der Form nicht für einen zielführenden Vorschlag. Ich halte aber auch die Dämonisierung von Werbeangeboten im Internet überhaupt nicht für zielführend.

Wir wissen, ohne Werbung funktionieren viele Angebote nicht. Qualitätsjournalismus, lieber Herr Kollege

Schick, könnte man sich natürlich auch leisten, indem man diese Angebote - den Inhalt sozusagen käuflich im Internet erwirbt. Es gibt die entsprechenden Angebote. Das hat dann nichts mit Werbung zu tun, sondern damit, dass Menschen sagen: Mich interessiert dieser oder jeder Inhalt. Dafür bin ich bereit, etwas zu bezahlen so, wie ich in der Regel auch für die Hefte und Zeitungen, die ich in einem Zeitschriftenladen kaufe, Geld ausgebe.

15.12.2016

Das ist meines Erachtens das Programm, das im Internet zu fahren wäre. Aber einfach nur zu sagen: "Wir finanzieren uns über Werbung, und wenn Leute die unterdrücken, dann unterdrücken wir diese Möglichkeit", das halte ich politisch für keinen klugen Weg. Aber wir werden das diskutieren. Ich darf das für meine Fraktion so sagen. Wir stimmen der Überweisung zu. - Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. - Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werbung ist - ob man es jetzt gut findet oder nicht - nach wie vor die zentrale Refinanzierungsquelle für freie und private Presse- und Medienangebote. Diese Quelle wird in der Tat zunehmend ausgetrocknet.

Das liegt, glaube ich, hauptsächlich daran, dass ein altes Gesetz - Grundgesetz, eine physikalische Regel, ich weiß nicht, wie man es nennen will - nicht mehr gilt, wonach Nachricht und Werbung zusammengehören, immer den gleichen Vertriebsweg genutzt haben.

Das ist nicht mehr so. Deswegen liegt der Grund dafür, dass die Quelle zunehmend ausgetrocknet wird, nicht vorrangig daran, dass irgendwelche kleinen Softwareprogramme - sogenannte Ad-Blocker sozusagen hauptverantwortlich sind.

Eine gewisse Verantwortung liegt eben auch beim Staat; denn Bürokratie, Bevormundung und Verbote im Werbebereich sind allgegenwärtig. Wenn Pflichtangaben und Warnhinweise bald mehr Platz einnehmen als die Werbebotschaft selbst, dann mögen sich zwar einige Kräfte in ihrem "Bevormundungsfeldzug" als Gewinner fühlen. Sie dürfen sich dann aber nicht über geschlossene Redaktionen, eingestellte Medienangebote und eine schrumpfende Medienvielfalt wundern.

Dennoch sind natürlich Ad-Blocker ein Thema in der Werbe- und Medienbranche. Insofern ist es durchaus auch ein Stück berechtigt, dass wir über den vorliegenden Antrag sprechen.

Wir müssen vielleicht gar nicht so lange darüber sprechen; denn es liegen noch keine konkreten Initiativen vor, über die man aktuell befinden könnte. Dafür ist das Thema erstens höchstwahrscheinlich zu komplex. Zweitens – da liege ich auf der Linie der Antragsteller – ist ein Ad-Blocker-Verbot selbstverständlich schon eine Schnapsidee. Dass es innerhalb einiger Landesregierungen überhaupt Überlegungen, Unterstützer gibt, lässt vermuten: Da ist bei dem Thema Medienkompetenz vielleicht ein bisschen was nachzuholen.

Sehen wir einmal davon ab, dass wir den Menschen nicht vorschreiben können und sollten, wie und welche Plug-ins sie in ihren Browsern installieren. Aus meiner Sicht wiegt vielmehr noch schwerer: Ein Ad-Blocker-Verbot würde ungefähr genauso gut funktionieren wie ein Verbot für Fernsehzuschauer, sich während der Werbepause ein Bier zu holen oder auf die Toilette zu gehen.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Genau!)

Auch die Forderung, dass als Alternative zu Ad-Blockern nun ausgerechnet ein Subventionsprogramm für die Werbewirtschaft aufgelegt werden soll, erschließt sich mir nicht so ganz. Ich hoffe, dass wir in der anstehenden Diskussion im Ausschuss vielleicht ein bisschen Licht ins Dunkle bringen.

Dass die Antragsteller ihre – wie gesagt – grundsätzlich berechtigte Initiative mit ihrer Story von den ausgedienten Geschäftsmodellen kombinieren, macht allerdings den Antrag nicht besser. Denn es ist nicht die Entscheidung der Politik zu beurteilen, welche Geschäftsmodelle funktionieren und wie und wo sie funktionieren. Gerade im Fall der Piraten wäre ich beim Thema "Ausgediente Geschäftsmodelle" vielleicht etwas vorsichtiger. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Landesregierung spricht in Vertretung von Herrn Lersch-Mense Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Landesregierung hat ihre Position schon in der Kleinen Anfrage Drucksache 16/5309 des Abgeordneten Schwerd beschrieben. Von daher befinden wir uns jetzt in der Kontinuität der Betrachtung.

Wir sehen das Anliegen der Piraten differenziert. Es ist im Grunde genommen in der Diskussion schon deutlich geworden – die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Frau Bundeskanzlerin haben mit ihrem Beschluss in 2015 die Medienkonvergenzkommission gebeten, einen umfänglichen Prüfvorgang daraus zu machen –: Das Problem der

Ad-Blocker hat mindestens zwei Seiten – die des Verbraucherschutzes und die der Medienpolitik und Medienwirtschaft.

Aus Sicht der Verbraucher kann positiv bewertet werden, dass man den Trojanern das Leben schwer macht und dass man Online-Tracking praktisch verhindert. Aus Sicht der Medienpolitik – darauf ist auch hingewiesen worden – haben wir das Problem, dass Werbung als Refinanzierungsquelle versiegen würde, würde man dem Anliegen auf Ad-Blocking Folge leisten. Deshalb warten wir gespannt auf die Prüfergebnisse der Kommission.

Wir wissen auch noch nicht, wie die höchstrichterliche Entscheidung ausfallen wird. Es sind zu diesem Punkt noch eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren anhängig.

Auf einen Bereich hat Herr Kollege Vogt hingewiesen, indem er sagte: Wir müssen uns mit dem Problem des Ablasshandels – dabei geht es darum, von der schwarzen auf die weiße Liste zu wechseln – sowie mit der Frage befassen, welche Medienfolgen das eigentlich in Bezug auf Qualität und Vielfalt in der Mediennutzung hat. – Das macht, glaube ich, auch deutlich, dass man mit einem Federstrich eben nicht alles im Bereich der Digitalisierung unserer Umwelt beziehungsweise unserer Welt regeln kann.

Deshalb empfiehlt die Landesregierung, ihrem Beispiel zu folgen und ein Stück souveräner Gelassenheit auch im Umgang mit diesem Thema an den Tag zu legen, intensive Diskussionen im Ausschuss zu führen und dann letztendlich der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass verwertbare Prüfergebnisse auch der Bund-Länder-Kommission vorliegen werden, die deutlich machen, dass es bei dem bewährten Konsens zwischen Bund und Ländern bleibt. Das jedenfalls wäre der Wunsch der Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 16/13682 – Neudruck – an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Die abschließende Abstimmung soll, wie üblich, in öffentlicher Sitzung im federführenden Ausschuss erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

6 Bund muss seine Anteile an der Flughafengesellschaft Köln/Bonn halten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13690

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13801

Sodann eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die erste der beiden antragstellenden Fraktionen, nämlich die SPD, Herrn Kollegen Ott das Wort. Bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen! Ich freue mich, dass wir jetzt kurz vor Weihnachten diese Frage auf der Tagesordnung haben, weil es tatsächlich wichtig ist, der Bundesregierung noch einmal ein eindeutiges Signal aus Nordrhein-Westfalen mit auf den Weg zu geben.

Wir sind der festen Überzeugung, dass sich die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommunen in der Eigentümerstruktur des Flughafens Köln/Bonn bewährt hat. Auch sind wir der Auffassung, dass es der falsche Weg ist, Fehler der Vergangenheit – wie sie auch in Düsseldorf geschehen sind und zur Privatisierung geführt haben – zu wiederholen. Denn es ist – um Gestaltungsspielraum zu erhalten – ganz wichtig ist, dass die Infrastruktur in öffentlicher Hand bleibt.

Wenn man die Akzeptanz der Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf bei der Bevölkerung miteinander vergleicht, dann kann man sehen, dass die ungleichen Vorstellungen der Menschen vor Ort damit zu tun haben, dass die Verantwortungsgemeinschaft in Köln/Bonn dazu geführt hat, möglichst weitgehend auf die Bevölkerung zuzugehen und den Flughafen im Umfeld zu platzieren.

Der Bundesfinanzminister will sich seit vielen Jahren von den Anteilen des Flughafens Köln/Bonn trennen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, kann man hier nicht davon reden, dass irgendwelche Ängste geschürt werden, sondern die Bundesrepublik Deutschland und der Finanzminister stehen nun einmal dazu, die Anteile des Flughafens Köln/Bonn zu veräußern – ganz im Gegensatz übrigens zum Bundesverkehrsminister, der auch der Auffassung ist, dass das nicht nötig ist.

Die Bundesregierung selbst hat ja immer gesagt, dass sie so einen richtig wirtschaftlichen Nutzen in der Privatisierung auch nicht sieht. Es geht aber um ein Grundprinzip. Man beruft sich auf den Bundesrechnungshof und sagt: Wozu brauchen wir diese Anteile? Die bringen ja nichts. Dann kann man sich

auch davon verabschieden. – Wir halten das für den grundfalschen Weg. Gerade jetzt, wo – aufgrund der Fristen, die der Bund aufgerufen hat – die Gespräche über dieses Thema laufen, halten wir es für wichtig, ein klares Signal zu setzen.

Lieber Bundesfinanzminister, an dieser Stelle sage ich: Das Land Nordrhein-Westfalen besteht darauf, dass es keine Privatisierung des Flughafens Köln/Bonn gibt. Wir wollen, dass der Bund von der Privatisierung der Anteile grundsätzlich Abstand nimmt. Wir fordern den Bundesfinanzminister aus dieser Weihnachtssitzung heraus auf, es zu unterlassen, diese Frage weiter zu verfolgen.

Wir hätten uns sehr gewünscht, dass sich die Christlich Demokratische Union – wie sie es übrigens im Rahmen eines Ratsantrag von CDU, Grünen und SPD im Kölner Stadtrat auch getan hat – gemeinsam mit uns zu dieser Position bekannt hätte, dass es nämlich zu keiner Privatisierung kommen darf und die Verantwortungsgemeinschaft von allen drei staatlichen Ebenen erhalten bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Kollege Ott. – Für die zweite der beiden antragstellenden Fraktionen, nämlich die von Bündnis 90/Die Grünen, spricht jetzt Herr Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen diesen Antrag vorgelegt, den der Kollege Ott eben vorgestellt hat, weil es berechtigte Sorge gibt, dass der Bund seine Anteile am Flughafen Köln/Bonn verkaufen könnte.

Die zentrale Intention unseres Antrages ist, zu sagen: Öffentliches Eigentum – und dazu zählen wir Flughäfen natürlich aus guten Gründen – muss auch in öffentlicher Hand bleiben. Denn dadurch haben wir als öffentliche Hand die Möglichkeit, an der Fortentwicklung der Flughäfen, die für unsere Verkehrsinfrastruktur entscheidend sind, entsprechend mitzuwirken. Dabei geht es um die wirtschaftliche Entwicklung von Flughäfen und um die Frage, wie sich ein Flughafen am Markt positioniert. Weiter geht es dabei selbstverständlich auch um die Frage, wie es um den Gesundheits- und Lärmschutz an Flughäfen und um Flughäfen herum bestellt ist.

Ich habe gerade eben – ich kam im letzten Moment hier herein – an einem Gespräch teilgenommen, wo es um die Frage der Lärm- und Feinstaubbelastung rund um den Düsseldorfer Flughafen ging. Da gibt es ja zahlreiche Anwohnerklagen und -beschwerden. All das wird man nicht allein auf Grundlage der Anteilsstruktur lösen können. Sollte aber ein so entscheidender Akteur wie der Bund seine Anteile an Private – an eine private Holding etc. – verkaufen,

dann würden wir keine Möglichkeiten zur Intervention beziehungsweise zur Weiterentwicklung des Flughafens sehen.

Deswegen lautet unser erstes Plädoyer: Der Bund soll an der bisherigen Anteilseignerstruktur festhalten. Er soll seine Anteile nicht veräußern. Sollte das nicht der Fall sein – das hat natürlich der Bund zu entscheiden; es ist keine Entscheidung, die der Landtag Nordrhein-Westfalen oder die Landesregierung zu treffen hat –, dann ist unser klares Plädoyer – deswegen haben wir diesen Antrag heute auch vorgelegt –, dass die Anteile in Händen der öffentlichen Hand bleiben und entsprechend in dieser Richtung zu veräußern sind.

Das ist ein Thema, das vielleicht nicht so sehr in der Öffentlichkeit steht, aber das hinter den Kulissen seit einigen Monaten die Gemüter bewegt. Wir sind vielfach von am Flughafen beteiligten Kommunen mit der Bitte angesprochen worden, dass wir uns dieses Themas annehmen. Deswegen haben wir Ihnen diesen Antrag hier vorgelegt und bitten Sie, wenn Sie unsere Haltung, unsere Linie, dass die Anteile des Flughafens in öffentlicher Hand verbleiben soll, unterstützen, diesem Antrag zuzustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Voussem das Wort.

Klaus Voussem (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein Blick in die Geschichte: Der Düsseldorfer Flughafen wurde als erster deutscher Flughafen im Jahre 1997 durch die frühere rot-grüne Landesregierung teilprivatisiert. Ministerpräsident war damals Johannes Rau. Das Land Nordrhein-Westfalen verkaufte seinen 50%-Anteil an die damalige RWE-Tochter Hochtief und an eine irische Flughafenbetreibergesellschaft. Seither ist dieser Eigentumsanteil mehrfach in andere Hände gelangt. Die andere Hälfte verblieb bei der Stadt Düsseldorf.

Diese Entscheidung hatte seinerzeit keinen Einfluss auf den Anwohnerschutz, Herr Kollege Klocke. Alleine deswegen ist der vorgelegte Antrag von den Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen überhaupt nicht zustimmungsfähig. Der Antrag stellt nämlich die Behauptung auf, die nichtzutreffend ist und die unbegründete Ängste bei den Anwohnerinnen und Anwohnern schürt.

Eine Veräußerung des Bundesanteils oder eines Teils davon würde laut Ihrem Antrag den Lärmschutz der Bevölkerung gefährden. Eine sachliche Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Thema wird dadurch verhindert.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herr Kollegen Ott zulassen?

Klaus Voussem (CDU): Gerne.

Jochen Ott (SPD): Herr Kollege, das ist wirklich sehr nett.

Würden Sie mir zustimmen, dass das Potenzial der Anwohnerproteste am Flughafen Düsseldorf deutlich höher ist als am Flughafen Köln/Bonn, und könnte das vielleicht damit zusammenhängen, dass da andere Prinzipien in der Geschäftspolitik eine Rolle spielen?

Klaus Voussem (CDU): Herr Kollege Ott, ich wollte Ihnen nur deutlich machen, dass das, was Sie hier und heute mit Ihrem Antrag beklagen und welche Ängste Sie damit auch in der Bevölkerung unnötigerweise schüren, nicht beispiellos in der Geschichte ist. Insofern finde ich, dass die Übertragung 1997 – soweit stimme ich mit Ihnen überein – mit der jetzigen Diskussion um die Kapazitätserweiterung sicherlich nichts zu tun hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren; denn maßgeblich ist, was der Flughafen konkret tut. Für geltende Gesetze ist es vollkommen unerheblich, wer Anteilseigner der Flughafen Köln/Bonn GmbH ist. Darüber hinaus hatte die Landesregierung in den vergangenen sechs Jahren auch genügend Zeit, eine neue Luftfahrtkonzeption für das Land Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.

In dieser Konzeption hätte sie Perspektiven, Chancen und Grenzen für den Flughafen Köln/Bonn näher konkretisieren können. Leider ist dies aufgrund der Zerstrittenheit der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

beim Thema Luftfahrt und Flughäfen unterblieben. Genau das führt nämlich zur verstärkten Unsicherheit aller Beteiligten und zur Verunsicherung der Bevölkerung.

In dieser Situation kann es nicht im Interesse des Landes sein, wenn diese Landesregierung oder ein anderer Gesellschafter den Kreis der öffentlichen Anteilseigner des Köln/Bonner Flughafens dominiert. Die von öffentlichen Anteilseignern getragene Eigentümerstruktur hat sich bewährt.

Aus unserer Sicht besteht daher keine zwingende Notwendigkeit, diese Eigentümerstruktur zu verändern. Die Verlässlichkeit der Anteilseigner, gerade auch des Bundes, hat dafür gesorgt, dass der Flughafen Köln/Bonn auf einer gesicherten Grundlage

Nordrhein-Westfalen

steht und sich im Interesse Nordrhein-Westfalens dynamisch fortentwickelt hat. Dabei wurden stets die Interessen aller Beteiligten im Land und in der Region gewahrt.

Eine Anteilsverteilung, bei der kein Gesellschafter den anderen majorisieren kann, führt auch dazu, die Akzeptanz des Flughafens in der Region zu erhalten.

(Jochen Ott [SPD]: Dann sorgt dafür!)

Darüber hinaus führt die Anteilsverteilung dazu, die Interessen der beteiligten Kommunen und Kreise zu wahren und gleichzeitig den Flughafen dynamisch weiterzuentwickeln.

Angesichts dieser besonderen verkehrspolitischen Bedeutung ist alles dafür zu tun, dass die Entwicklung des Flughafens Köln/Bonn in größtmöglicher Übereinstimmung mit den Anteilseignern, umliegenden Kommunen und den Bewohnern sicherzustellen

> (Jochen Ott [SPD]: Das wollen wir zusammen, Herr Voussem!)

Daher fordern wir das in unserem Entschließungsantrag zusammengefasst und bitten daher auch um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag, der keine Ängste schürt, sondern Möglichkeiten eröffnet. – Herzlichen Dank.

> (Beifall von der CDU - Jochen Ott [SPD]: Kümmert euch um Schäuble, dann ist es gut!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Voussem. - Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sechseinhalb Jahre regieren jetzt SPD und Grüne dieses schöne Land, und nach sechseinhalb Jahren bekommen wir den aller, allerersten Antrag zur Luftverkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Herr Voussem hat es gerade gesagt. Es ist wie ein Minenfeld zwischen Roten und Grünen, Luftverkehrspolitik gemeinsam in Nordrhein-Westfalen zu formulieren und dann auch noch zu beschließen. Das funktioniert nicht. Deswegen ist auch seit sechseinhalb Jahren nichts passiert.

Heute erleben wir den ersten Antrag, in dem gefordert wird, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Bund auffordern soll, seinen eigenen Anteil nicht zu veräußern, an wen auch immer, um die Debatte geht es ja überhaupt noch nicht. Offensichtlich ist ja nur Berlin an die Oberbürgermeisterin von Köln herangetreten, nicht in einem offiziellen Verfahren, sondern vielleicht in einem Gespräch, und hat dieses Vorhaben so in den Raum gestellt.

Das reicht doch nicht alleine dafür aus, dass wir jetzt als Land tätig werden müssen, und dem Bund Vorschriften machen sollen, mit denen wir nichts zu tun haben. Sie wissen, dass die FDP auch keine Angst davor hat, wenn auch mal ein privater Anteilseigner Eingang in eine solche private Eigentümerstruktur findet. Davor haben wir keine Angst. Sie wollen immer nur: nur Staat, nur öffentliche Hand. Wir sagen, es ist vielleicht auch ganz gut, wenn die Mischung stimmt. Aber auch diese Diskussion ist verfrüht, weil es gar kein konkretes Angebot gibt.

Was haben Sie mit diesem Antrag vor? Was wollen Sie tatsächlich erreichen? - Sie haben im Jahr 2010 bei der damaligen Landtagswahl versucht, dieses Feld "Bürger gegen Fluglärm" und viele Menschen, die sich Sorgen machen, mit gewissen Forderungen für sich zu gewinnen, damit sie entweder SPD oder Grüne wählen. Das war im Jahr 2010.

Das war 2010 Ihre Zielsetzung, vor allem als Sie monatelang die damalige Landesregierung aus CDU und FDP aufgefordert haben, eine Luftverkehrskonzeption vorzulegen. Sie haben diesen Menschen suggeriert: Wir sind für euch da. In einer Luftverkehrskonzeption müssen eure Interessen gewahrt werden. - Dann kommen Sie hinterher an die Macht und enttäuschen diese Menschen, weil Sie sechseinhalb Jahre lang nichts liefern: null, nichts.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jetzt wollen Sie diese Leute schon wieder täuschen, indem Sie ihnen suggerieren, Sie würden etwas für ihre Interessen tun und sich für vernünftige Luftverkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Leute von der SPD und den Grünen, das ist zu billig und zu einfach. Das werden diese Leute Ihnen nicht abkaufen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Rasche, Herr Kollege Ott würde Ihnen gern eine Frage stellen. Nehmen wir die noch mit?

Christof Rasche (FDP): Herzlich gern.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte schön.

Jochen Ott*) (SPD): Lieber Christoph, danke. – Nur ein Hinweis: Ist dir bekannt, dass insbesondere die Direktkandidatin der FDP im Wahlkreis des Flughafens das, was du gerade beschrieben hast, 2010 und 2012 genauso betrieben hat? Denn insbesondere die Kölner FDP und Teile der Kölner CDU - eben ist vom Minister schon das Beispiel "Heinen" angesprochen worden - haben ebendiese Fragen vorgebracht und Antworten vorangetrieben, um zu suggerieren,

dass man mit einem Nachtflugverbot tatsächlich weiterkommt. Ist dir der Sachverhalt bekannt, dass es da diese örtliche Situation gibt?

Christof Rasche (FDP): Lieber Jochen, du weißt ganz genau, da wir uns öfters bilateral unterhalten, dass du mir das schon mehrfach erzählt hast.

(Heiterkeit und Beifall von Monika Pieper [PIRATEN] – Heiterkeit von Minister Michael Groschek)

Hintergrund ist, dass es oft Unstimmigkeiten – übrigens in allen Parteien – gibt, dass auf kommunaler Ebene – Stichwort: eigene Betroffenheit – öfters anders agiert und gestimmt wird, als es die Landespartei tut. Das erleben wir alle. Es wäre ein Paradies, wenn das nicht so wäre. Das wäre wünschenswert, aber das bekommen wir nur schwer hin.

Aber die Menschen erwarten, dass eine Landesregierung mit zwei Koalitionspartnern wenigstens dazu fähig ist, sich auf eine vernünftige Luftverkehrskonzeption zu einigen.

(Jochen Ott [SPD]: Das hat sie in Köln auch gemacht!)

Das ist in Nordrhein-Westfalen nicht der Fall. Davon sind diese Wählerinnen und Wähler enttäuscht, lieber Jochen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das glaube ich nicht, weil sie in Köln/Bonn ja eine Einigung haben!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Es gab nachgeschaltet noch Wünsche nach Zwischenfragen. Formal sind diese nicht mehr zulässig, weil Herr Kollege Rasche bei der Beantwortung war. Weil wir das mit dem Formalismus nicht übertreiben ... Herr Kollege Tüttenberg hat gesagt, das sei erledigt. Herr Kollege Müller möchte seine Zwischenfrage stellen, wenn Herr Kollege Rasche bereit ist, sie noch mitzunehmen. Dann haben wir alles abgearbeitet. – Herr Kollege Müller, bitte.

Christof Rasche (FDP): Allein schon wegen der netten Formulierung vom Holger stimme ich dem gern zu.

Holger Müller (CDU): Du kennst sie ja noch nicht.

(Heiterkeit)

Wenn der Kollege Ott schon nachfragt, was FDP-Kandidaten im Wahlkampf 2010 und 2012 gesagt haben, frage ich: Ist dir bekannt, dass auch SPD-Kandidaten im Umland eine ganz andere Position zu Nachtflügen und zum Flughafen vertreten haben als die SPD-Landespartei? (Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Lutz Lienenkämper [CDU]: Hört, hört!)

Christof Rasche (FDP): Ich weiß nicht, lieber Holger, was die Intention deiner Wortmeldung ist. Du musst mich nicht vor der SPD warnen, wir sind noch in keiner Koalition.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit Herr Kollege Rasche. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag erheitert mich schon, aber nur ein bisschen. Da steht nämlich, dass in Köln alles ganz toll ist und dass wir uns alle ganz toll darüber freuen dürfen, dass alles so gut läuft: für den Flughafen, für die Betriebe, für die Menschen und für die Umwelt natürlich auch.

Warum? Das ist natürlich ganz klar: weil sich der Flughafen im Besitz von Kommunen, vom Land und vom Bund befindet. Klar, wer hätte auf andere Gedanken kommen können? Die vielen Nachtflüge, die insgeheimen und genehmigungsfreien Betriebserweiterungen, der Flächenfraß rund um den Flughafen, die vielen zusätzlichen Verkehre auf der Straße und besonders nachts seien durchweg zu begrüßen, ein großes Glück für die anwohnende Bevölkerung und die Umwelt natürlich auch. – Das darf ich doch so verstehen, oder?

Auch wenn ich darüber nachdenke, sehe ich den kausalen Zusammenhang, den Sie, Herr Ott, in Ihrer Rede geschaffen haben, nicht.

Das Protestpotenzial in Düsseldorf ist auch deshalb höher, weil Siedlungen näher daran sind. Wenn es dort tatsächlich Ungleichheiten geben sollte, ist das nicht wegen der Eigentümer der Fall, sondern wegen der Politik. Da wird niemand sagen: Der Flughafen gehört dem Bund. Da will ich nicht so sein. Wenn ich nachts nicht schlafen kann, drücke ich ein Auge zu. – Nein, so funktioniert das nicht.

Man muss natürlich wissen, dass Gerüchte kursieren, dass der Bund seinen Anteil verkaufen möchte. Dann hätten allerdings das Land Nordrhein-Westfalen, die Städte Köln und Bonn, der Rhein-Sieg- und der Rheinisch-Bergische-Kreis zusammen immer noch 69,06 %. Reichlich genug – möchte man meinen. Dann hätten wir also Düsseldorfer Verhältnisse in Köln.

Insgesamt muss man auch wissen: Die Piraten stehen auf der Seite von Infrastruktur in öffentlicher Hand. Das ist uns wichtig. Wir sagen generell erst einmal Ja zu dieser Forderung im Antrag. Der Bund soll Anteilseigner bleiben.

Aber die Antragsbegründung verstehe ich gar nicht. Es geht Ihnen nicht ums Prinzip, sondern um konkreten Einfluss in der Praxis. Genau das wurde uns vom Ministerium – darüber kann uns der Minister vielleicht gleich aufklären – immer wieder im Ausschuss gesagt. Es hieß, das funktioniere so nicht, jedenfalls nicht so, wie es der Antrag darstellt.

Das Land und die Stadt Köln hätten – so sagt das Ministerium – gar keinen Einfluss auf den Flughafen Köln/Bonn. Wir haben beim Thema "Schwarzbauten" im Ausschuss nachgefragt. Wir haben bei den Themen "Nachtflüge" und "Ausgestaltung der Preispolitik in der Nacht" nachgefragt im Ausschuss. Stets wurde von der Landesregierung, dem Minister bzw. dem Ministerium gesagt, dass man da nichts tun könne. So sei halt die Rechtslage. Solange die Eigentümer dem Betrieb nicht klar vorgeben, wie der Interessensausgleich auszusehen hat, hat die öffentliche Hand keinen Einfluss auf irgendetwas. Das heißt: Der kausale Zusammenhang funktioniert nicht.

Sie behaupten im Antrag etwas ganz anderes, als das Ministerium als faktisch darstellt. Diese Schere möchte ich gleich aufgeklärt wissen. Wenn der Bund Anteilseigner ist, kann er dann da direkten Einfluss ausüben? Kann das Land direkten Einfluss zum Beispiel auf die Slotvergabe oder die Preisgestaltung nachts am Flughafen ausüben?

(Zuruf von der SPD: Das haben wir doch gemacht!)

Das möchte ich gern gleich vom Minister wissen. Ich vermag ansonsten keinen substanziellen Unterschied zu Flughäfen zu erkennen, die in privatem Teilbesitz sind.

Auch unter der gegebenen Eigentümerstruktur hat es mehrere stillschweigend erfolgte Betriebserweiterungen gegeben. Es kam zu mehreren Klagen, die sämtlich vom Flughafen gegen die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner gewonnen wurden.

Klar ist für mich: Weniger die Eigentümerstruktur als die klare rechtliche Grundlage trägt zum Gemeinwohl bei. Genau an dieser Stelle sind wir dann bei welchem Punkt? – Genau, NRW braucht ein Landesluftverkehrskonzept. Im Antrag der Piraten wird es seit Sommer 2015 gefordert.

Die Probleme existieren, weil sich Rot-Grün nicht entscheiden möchte, wohin es mit den Flughäfen, gerade dem Flughafen Köln-Bonn, überhaupt gehen soll. Das ist beunruhigend, wenn ich ein Wort aus dem Antrag aufgreifen soll. Es ist beunruhigend, dass die Landesregierung wegen eines internen Streits keinen Plan hat, wie es mit dem Flughafen Köln-Bonn weitergeht. Da ist die Eigentümerstruktur völlig irrelevant. Die Flughafenpolitik ist wichtig. Die macht es aus. Wer Planungssicherheit, Anwohnerschutz und Beruhigung inklusive geruhsamem Schlaf möchte, der muss sich dafür einsetzen, dass

NRW ein speziell für NRW konstruiertes Luftverkehrskonzept bekommt.

Wenn Sie weiterhin behaupten, die Luftfahrtpolitik wird gar nicht im Kabinett, sondern über die Eigentümerstruktur gemacht: Okay, dann stellen Sie auch den Antrag, das Land soll die Anteile vom Bund übernehmen und kaufen. Fertig. Stellen Sie nicht so einen komischen Antrag, sondern machen Sie Butter bei die Fische. – Ansonsten noch eine schöne Weihnachtssitzung.

Der Entschließungsantrag der CDU sagt übrigens nichts Falsches. Nötig ist er aber außerhalb der CDU auch nicht. Also im Prinzip: zwei Mal Enthaltung, bitte. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Groschek in Vertretung für Herrn Minister Walter-Borjans.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung begrüßt den Antrag der Regierungsfraktionen. Die Begründung spricht für sich.

Die Landesregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sie den Bundesverkehrsminister eindringlich gebeten hat, die Betriebszeiten für die Passagierflüge zu verändern und für die Passagierflüge ein Nachtflugverbot zu verhängen. Beim Frachtflugverkehr steht die Landesregierung zur 24-Stunden-7-Tage-Öffnung.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte.

Präsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, dass ich Sie mitten im Satz unterbreche. Aber ich hatte den Eindruck, Sie sind gleich schon zu Ende. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Kollegen Müller von der CDU-Fraktion.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

Holger Müller (CDU): Sehr geehrter Herr Minister Groschek, ich weiß ja, dass Sie ein harter Brocken im Beantworten von Zwischenfragen sind, aber ich nehme meinen ganzen Mut zusammen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der SPD)

Sind Sie mit der CDU-Fraktion der Meinung, dass sich die Eigentümerstruktur am Flughafen in den zurückliegenden Jahrzehnten bewährt hat und deshalb eine Änderung keine Verbesserung der Situation ergeben würde? Ich stelle die Frage, weil dies in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD so expressis verbis nicht vermerkt ist.

(Zuruf von der SPD)

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Kollege Müller, da kann ich sicherlich zur Aufklärung beitragen, obwohl ich keiner der beiden beantragenden Fraktionen angehöre. Die Landesregierung interpretiert den Antrag so, dass beide Fraktionen darauf hinweisen, dass Bund, Kommune und Land ein bewährtes Triumvirat sind, das der Entwicklung gedeihlich Gutes getan hat,

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

sowohl was die Luftverkehrsinteressen, als auch was die Anwohnerinteressen angeht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zur Frage des regionalen landestypischen Luftverkehrskonzeptes bleibt mir nur, erneut in Erinnerung zu bringen – offensichtlich ist das Kurzzeitgedächtnis einiger hier Anwesender deutlich geringer ausgeprägt als hoffentlich das Langzeitgedächtnis –: Der ausgezeichnete Koalitionsvertrag, auf dem diese Regierung neben der Regierungserklärung fußt, hat beschrieben, dass das Landesluftverkehrskonzept beauftragt, diskutiert und entschieden wird, wenn der Bund sein nationales Konzept vorgelegt hat.

Alexander Dobrindt hat mir quasi zugesichert, dass es nicht lange im Jahr 2017 dauern wird, bis das nationale Konzept vorgelegt wird. Wir werden dann unmittelbar ein eigenes Landesluftverkehrskonzept beauftragen. Vielleicht bekommen wir sogar noch in dieser Zusammensetzung Gelegenheit, über Eckpunkte zu diskutieren. Das mag ich jetzt aber hier nicht fest behaupten. Ich hoffe nur auf das zügige Handeln von Alexander Dobrindt; denn dann würden wir unmittelbar anschließend auch handlungsfähig, wie es der Koalitionsvertrag beschreibt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Groschek, Entschuldigung, dass ich Sie noch einmal unterbreche. Herr Kollege Bayer von den Piraten verspürt jetzt den Wunsch, mit Ihnen zu reden.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja.

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Minister. – Noch einmal konkret die Frage: Hat das Land durch seine Beteiligung denn direkt Einfluss auf die Preisgestaltung nächtlicher Slotvergaben am Flughafen Köln-Bonn?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Das Land ist als Gesellschafter durch Mitglieder in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat repräsentiert. Die Flughafengesellschaft ist ein wirtschaftlich tätiges Unternehmen und nicht Teil einer wie auch immer gearteten politischen Planwirtschaft. Deshalb gelten Prinzipien der Betriebswirtschaft, der verkehrswirtschaftlichen Vernunft und des unbedingten Anwohnerschutzes im Rahmen des technisch Gebotenen und finanziell Machbaren. Deshalb nimmt das Land natürlich nur indirekt im Rahmen des gültigen Luftverkehrskonzeptes von Bund und Land Einfluss. Wir handeln stets nach Recht und Gesetz. Das gilt auch bezüglich des Lufthafens Köln-Bonn.

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Ich übersetze mal: Nein!)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie mit Ihrem eigentlichen Redebeitrag bereits am Ende waren. Sonst könnten Sie ihn noch zu Ende bringen. Redezeit hätten Sie noch.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ich möchte niemanden überstrapazieren und danke für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. Das wissen wir zu schätzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 6.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/13690. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrages mit der eben genannten Drucksachennummer zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP. – Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion. Damit ist der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis angenommen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, diesmal über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13801. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion und sonst im Moment niemand in diesem Raum. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. – Es enthalten sich demzufolge die FDP und die Piraten. Mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf:

7 Unsere Bau-, Abbruch- und Dachdeckerbetriebe brauchen dringend Hilfe – Landesregierung muss sich beim Bund hinsichtlich der Entsorgung HBCD-haltiger Stoffe endlich für die Wiederherstellung des Status Quo von vor dem 30. September 2016 einsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/13688 – Neudruck

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/13802

Bevor ich die eigentliche Aussprache für das Parlament eröffne, hat Herr Minister Remmel für die Landesregierung um das Wort gebeten, und das bekommt er jetzt auch.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich bedanken für die etwas ungewöhnliche Form, Sie am Anfang der Debatte über die aktuelle Entwicklung zu unterrichten, damit sich die Debatte auf die Notwendigkeiten beziehen kann, die morgen im Bundesrat ...

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

Ich habe gebeten, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Remmel, Entschuldigung. Herr Minister Remmel, lassen Sie sich jetzt bitte nicht irritieren. Laut Verfassung kann die Landesregierung jederzeit das Wort wünschen. Das hat sie gewünscht. Herr Minister Remmel macht gerade deutlich, dass es einen Sachverhalt gibt, den er zu Beginn der Debatte mitteilen möchte.

(Beifall von der SPD)

Ich finde, dass das in höchstem Maße für das Parlament angemessen ist. – Bitte schön.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich möchte Sie darüber unterrichten, und ich habe das den Sprechern der Fraktionen eben übermittelt, dass das Land Nordrhein-Westfalen heute um 14 Uhr einen Antrag im Bundesrat eingereicht hat, der im Wesentlichen dem Antrag des Saarlandes entspricht – das ist von Ihnen auch begehrt worden –, der aber eine zeitliche Befristung auf ein Jahr vorsieht.

Dieses Vorgehen der Landesregierung basiert auf einer Konsultation auch mit den Betroffenen. Am Dienstag hat es ein ausführliches Gespräch mit den Vertretern des Handwerks, der Dachdecker, den Entsorgern und auch den Vertretern der Müllverbrennungsbranche in Nordrhein-Westfalen gegeben. Es hat sich in der Tat herauskristallisiert, dass wir ein Regelungsproblem haben, das wir nicht kurzfristig klären können, auch nicht mit Erlassen, sodass wir Zeit brauchen, um die Anforderungen der Europäischen Kommission zu erfüllen, nämlich den Nachweis zu führen, gefährliche Stoffe aus dem Kreislauf auszuschleusen.

Um dieses Fristproblem zu lösen, enthält der Antrag des Landes die Forderung, die Deklaration HBCD als gefährlicher Stoff für ein Jahr auszusetzen und während dieser Zeit eine entsprechende Nachweisregelung gegenüber der Europäischen Kommission zu finden.

Darüber wollte ich Sie gerne unterrichten, bevor wir dann in die Debatte einsteigen. Das ist der Diskussions- und Bezugspunkt für die morgige Bundesratsentscheidung. Da, meine ich, macht es Sinn, dass man sich auch auf diese Frage bezieht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt eröffne ich die Aussprache zu dem vorliegenden Tagesordnungspunkt. Als erster Redner hat der Kollege Hausmann für die CDU-Fraktion das Wort.

Wilhelm Hausmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Grundlage unseres Antrages ist eine fatale Entscheidung, die der Bundesrat getroffen hat. Seit dem 1. Oktober 2016 sind HBCD-haltige Dämmmaterialien gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung des Bundes als gefährlicher Abfall zu handhaben. Das heißt, Polystyrol-Dämmstoffe müssen seit dem 1. Oktober 2016 getrennt gesammelt und entsorgt werden. Das heißt, seitdem

darf zum Beispiel Styropor, das das Brandschutzmittel HBCD enthält, nicht mehr zusammen mit übrigem Bauschutt entsorgt werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine Entscheidung, die nur Leute treffen können, die nie auf einer Baustelle waren, die nie gesehen haben, wie dieses Material eingebaut oder ausgebaut, entsorgt wird.

(Beifall von der CDU)

Das Material wird gesägt, es zerkrümelt, es zerbröselt, es ist elektrostatisch haftend. Das heißt, kleinste Teile von diesem Material sind nicht nur dort direkt in der Entsorgung zu finden, wo sie in den Container hineingehören. Ich würde mal behaupten, an nahezu jeder Baustelle, wo das Material eingebaut worden ist, ist es auch heute noch in den Baugruben, in den Auffüllungen rund um das Gebäude nachzuweisen. Wenn das alles jetzt unter diese Entsorgungsregelung fallen soll, dann weiß ich nicht, wie man damit in der Praxis umgehen soll.

Gleichzeitig ist der Preis für die Entsorgung von 156 € pro Tonne auf über 6.000 € pro Tonne, Stand Oktober 2016, gestiegen. Das bringt für die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe unbezahlbare Kostensteigerungen in bestehenden Werksverträgen. Das führt bei Betrieben zu Kündigungen, zu Baustellenstillstand, zu drohenden Entlassungen. Das ist eine unerträgliche Situation für unser Handwerk.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks hat darauf hingewiesen, wie bedrohlich die Situation ist. Wir sehen hier – deshalb haben wir den Antrag eingebracht – die rot-grüne Landesregierung in der Verantwortung.

Was wurde bisher gemacht? – Herr Minister Remmel hat in einem relativ belanglosen Papier die Probleme beschrieben, aber es zeichnete sich keine Lösung ab. Nachdem wir die beteiligten Stellen im Bauministerium und Umweltministerium angeschrieben haben, haben wir gesagt: Okay, dann müssen wir einen Antrag stellen, dann müssen wir es plenar machen. – Gleichzeitig sind andere Bundesländer vorangegangen, das Saarland, Sachsen, und haben gesagt: Wir müssen hier einschreiten. Wir müssen im Bundesrat aktiv werden.

Ich freue mich, dass Sie, Herr Minister, jetzt eingelenkt haben, Sie auch dazu bereit sind, im Bundesrat aktiv zu werden und somit unserem Anliegen und unserem Antrag nachkommen und hier eine Veränderung mitbewirken wollen. Das ist zugegebenermaßen in letzter Sekunde, aber wenn das morgen wirken soll, dann ist es gerade noch rechtzeitig.

Meine Damen und Herren, ich will noch darauf abheben, was es bedeutet, wenn Sie das auf ein Jahr be-

fristen. Das ist der Knackpunkt in der ganzen Geschichte, wo Sie sich ja auch von den Anträgen des Saarlandes und Sachsens unterscheiden. Denn diese einjährige Befristung – wir sehen, dass Sie sich bewegt haben; wir würden dem auch zunächst einmal zustimmen – reicht jedoch wahrscheinlich nicht aus.

Ich habe Ihnen eben die Problematik geschildert, wie es sich auf den Baustellen darstellt und es sich sicherlich auch in den nächsten Jahren noch darstellen wird. Es ist auch kein Geheimnis, dass nach dieser EG-POP-Verordnung jetzt immer weitere Baustoffe nach und nach untersucht werden. Das heißt, diese Liste, in der Sie handeln müssen, was momentan der Dämmstoff Styropor ist, wird sich erweitern.

Das bedeutet, wir haben eine immer größere Problematik auf Baustellen, sodass diese Übergangsfrist absolut unzureichend ist. Ich weiß auch, woher sie kommt. Umweltverbände gehen momentan hin und sagen: Na ja, das ist doch eine wunderbare Chance. Jetzt könnt ihr doch an einem herrlichen Recycling-Konzept für diese tollen Stoffe arbeiten. – Aber in diesen tollen Stoffen ist nach wie vor das HBCD drin, und die Möglichkeiten, es auszuschleusen, die sie gerade angesprochen haben, stehen großtechnisch noch gar nicht zur Verfügung. Ich bezweifle, dass das in einem Jahr gelingen wird.

(Beifall von der CDU)

Vor dem Hintergrund, was bei den Handwerksbetrieben zurzeit schon auf Halde liegt, die einfach nicht mehr können, weil mit diesem Material bis unters Dach alles vollgestopft ist, müssen Sie an der Stelle anders handeln.

Wir gestehen Ihnen zu, Sie haben auf unseren Antrag reagiert, Sie haben eingelenkt. Es ist ein gutes Zeichen für das Handwerk, auch ein gutes Zeichen für die Politik, dass man darauf reagiert. Das muss vollzogen werden. Wir werden dem auch zustimmen. Aber behalten Sie bitte im Kopf, dass es nicht reichen wird, wenn Sie an diesem einen Jahr in der Befristung festhalten. Es wird bis zu diesem Zeitpunkt kein großtechnisches Recycling und keine Weiterverwertung geben. Die Handwerksbetriebe brauchen aber, da solche Werksverträge oft über ein oder zwei Jahre laufen, eine Planungssicherheit, und die ist mit dieser einjährigen Befristung nicht gegeben. Das ist sozusagen der Knackpunkt, den Sie hier leider wieder einbauen und den wir für absolut bedauerlich halten. -Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Ellerbrock von der FDP-Fraktion.

Ich möchte die im Landtag vertretenen Fraktionen jetzt darüber informieren, dass Herr Hovenjürgen für

die antragstellende Fraktion gerade mitgeteilt hat, dass der Antrag entgegen der vorliegenden Tagesordnung nicht direkt abgestimmt, sondern in den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr – natürlich inklusive des Änderungsantrags – überwiesen werden soll. Dort soll er dann gemäß unserer Geschäftsordnung in öffentlicher Sitzung abschließend behandelt werden. Darauf können Sie sich jetzt in der Debatte und bei Ihrem weiteren Verhalten einstellen.

Herr Kollege Ellerbrock, jetzt haben Sie das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um ein Problem. Wir müssen auf der einen Seite den Handwerkern helfen, wir müssen Rechtsunsicherheiten vermeiden, und wir müssen auf der anderen Seite selbstverständlich eine geordnete verantwortbare Entsorgung kostengünstig ermöglichen.

Wenn wir jetzt den Antrag in die Ausschüsse überweisen, was ich ausdrücklich begrüße, dann stelle ich für die FDP-Fraktion auch den Antrag, dass wir dieses nicht nur im Bauausschuss, sondern vor allen Dingen, weil es ein Handwerksproblem ist, auch im Wirtschaftsausschuss mit bearbeiten.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, Sie haben heute ein ungewöhnliches Verfahren gewählt, darüber zu Beginn der Beratung dieses Tagesordnungspunktes zu berichten. Das beflügelt sicherlich die Diskussion, die wir in den Ausschüssen fortsetzen können. Ich finde richtig, dass Sie den einen richtigen Schritt in die richtige Richtung getan haben.

Ich möchte Ihnen einmal die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage vor Augen halte. Auf die Frage, ob die Landesregierung beabsichtige, dem Aufruf der Bundesumweltministerin nachzukommen und im Bundesrat eine Entschließung zur Änderung der Abfallverzeichnis-Verordnung voranzutreiben, damit derartige Abfälle nicht mehr als gefährlich einzustufen seien – das ist dieses Styropor –, antworten Sie: Die Landesregierung beabsichtigt nicht, aufgrund temporärer Entsorgungsprobleme

(Ralph Bombis [FDP]: Aha!)

einer einzelnen Abfallart eine ökologisch sinnvolle Regelung der Abfallverzeichnis-Verordnung zurückzunehmen.

Meine Damen und Herren, wenn der Umweltminister jetzt sagt, das Problem sei erkannt, es handele sich also nicht nur um ein temporäres – wie er anfangs angenommen hat – Entsorgungsproblem, sondern es handele sich um ein erhebliches Problem, und wenn er letztendlich sagt, wir müssten diese Ausnahmeregelung zumindest fortschreiben – dann müssten wir vielleicht auch noch die Ausnahmeregelung

um andere Stoffe erweitern; darauf hat Herr Kollege Hausmann eindeutig hingewiesen; sonst sind das Stellschrauben ohne Ende, ist es Bürokratismus ohne Ende –, dann muss man sagen: Er ist nicht immer beratungsresistent.

(Lachen von Ralph Bombis [FDP] – Zuruf von Minister Remmel)

Das ist eine Formulierung, zu der ich mich als Opposition hinreißen lassen kann.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, was ist das Problem? – Das Problem ist, dass aufgrund einer Bundesratsverordnung im Nachgang einer EU-Verordnung die Abfallverzeichnis-Verordnung geändert worden ist und Styropor – ich sage es mal so knapp – als gefährlicher Abfall einzustufen ist. Ist das überhaupt ein Problem? – Natürlich ist es ein Problem. Es muss getrennt gesammelt werden, es muss getrennt transportiert werden, es muss getrennt verwertet werden, es muss getrennt als Reinfraktion letztendlich verbrannt werden.

Das halten normale Müllverbrennungsanlagen schon von der Temperatur nicht aus. Denn Styropor – das wissen Sie selbst – ist leicht, hat ein sehr großes Volumen und einen sehr hohen Brennwert. Das halten die Anlagen nicht aus. Deswegen wurde Styropor früher zusammen mit Bauabfällen als Baumischabfall verwertet, und das soll nach den jetzigen Vorstellungen wieder ermöglicht werden.

Ich frage mich, Herr Minister: Hat das auch zu Ihrer Beratungsoffenheit geführt? Wissen wir denn, um welche Mengen es sich insgesamt handelt? Wohin kommen die jetzt? Hätte eigentlich Nordrhein-Westfalen überhaupt die Verbrennungskapazität, das überhaupt in Reinfraktion zu verbrennen? Das sind Fragen – die kann man vielleicht im Ausschuss noch näher diskutieren –, die für uns wirklich wichtig sind.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Minister hat auf unseren Antrag – Kollege Hausmann, ich glaube, das müssen wir zugestehen – einen richtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Wenn die Opposition der Regierung zu neuen Einsichten und zu neuen sachgerechteren Handlungsmöglichkeiten verhelfen konnte, dann sind wir als Opposition unserem Auftrag nachgekommen. Sie haben sich dem nicht verweigert. Das muss man positiv darstellen. Es gilt, dem Handwerk zu helfen, die Rechtsunsicherheiten zu vermeiden und eine vernünftige Entsorgung zu gewährleisten. – Frohe Weihnachten allerseits!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von dieser Seite her kann ich auch nur sagen: Problem erkannt! Die Landesregierung hat gehandelt.

(Zurufe von der CDU)

Den Hinweis sowohl von Herrn Hausmann als auch von Herrn Ellerbrock fand ich jetzt gut, und die Situation ist zurecht beschrieben worden. In dem Bereich ist aber auch mit Nachdruck versucht worden, für Aufklärung zu sorgen.

Deswegen kann ich es nur sehr begrüßen, dass das Umweltministerium reagiert hat und dass Gespräche mit Verbänden, Firmen, Entsorgern und Anlagenbetreibern gesucht worden sind. Mit dem Erlass vom 25. Oktober 2016 sowie einer Ergänzung zum 2. November 2016 ist eine Klarstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen vorgenommen worden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Eine schneckenhafte Reaktion!)

Der Abfall muss nicht getrennt gesammelt werden. Eine Vermischung mit weniger heizwertreichen Abfällen ist zulässig. Der vermischte Abfall ist zwar ein gefährlicher Abfall, aber – und Sie fragten ja gerade nach den Kapazitäten, Herr Ellerbrock – 14 von 16 Hausmüllverbrennungsanlagen in NRW sind für die Verbrennung von gefährlichem Abfall zugelassen. Dennoch sind die Probleme damit noch nicht restlos behoben; denn das Problem liegt vielmehr bei den Entsorgern, sprich den Annahmestellen für die Aufbereitung des Mülls. Von diesen haben nämlich wiederum nur wenige eine Genehmigung für gefährliche Abfälle.

Meine Damen und Herren, wir haben die Ausführungen des Ministers vernommen, und es ist reagiert worden. Der Antrag liegt jetzt vor. Ich bin zuversichtlich, dass wir das innerhalb eines Jahres hinbekommen, und ich bin jetzt auf die Ausführungen des Ministers in der Sache gespannt.

Von dieser Stelle wünsche ich allen "Schöne Weihnachten", gute Feiertage und im neuen Jahr ein Wiedersehen in aller Frische!

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Liebe Frau Präsidentin! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist es ungewöhnlich, dass man noch über Anträge befinden muss, die sich eigentlich durch das – ich sage mal – vermittelnde Vorgehen der Landesregierung bereits erledigt haben.

(Zurufe von der CDU – Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

- Ja, Herr Brockes.

(Zurufe von Dietmar Brockes [FDP])

Lieber Dietmar Brockes, lieber Herr Schemmer, und weil eben von Herrn Ellerbrock und Herrn Hausmann vorgetragen worden ist, als hätte der Minister von der Opposition darüber aufgeklärt werden müssen, welche Verhandlungen er geführt hat: Das Verfahren und die Gespräche laufen seit Monaten. Morgen ist die Abstimmung im Bundesrat. Und dass Sie eine Kampagne gestartet haben, die jetzt ein bisschen verpuffen wird und Ihren Ursprungsantrag auf eine ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Die Kampagnen kommen noch!)

- Lieber Herr Kollege Brockes, wollen wir jetzt zusammen singen, oder wollen wir jetzt miteinander diskutieren?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Markert, bevor wir hier singen, würde gerne Herr Kollege Ellerbrock Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Nein! – Der Kollege Ellerbrock kann die Frage gleich stellen, aber der Kollege Ellerbrock wird sie dann am Ende meiner vorbereiteten Ausführungen stellen können. Das ist zugesagt. Als ehemalige und gute Kollegen aus dem Umweltministerium haben wir das immer so gehalten, und das wird auch so bleiben.

Um es noch mal ganz klar zu sagen: Mich hat schon gewundert, dass Sie eine Kampagne starten, bei der Sie Ihren Antrag als seriöseste Quelle auf die "Bild"-Zeitung stützen, Herr Hausmann. Eben sagten Sie: Man müsste schon auf einer Baustelle gearbeitet haben, um das Thema durchdringen zu können.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Warum Sie sich dann bei Ihrem Antrag auf die "Bild"-Zeitung stützen, ist etwas, das Sie vielleicht im Ausschuss noch mal erklären können.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, worum geht es denn jetzt tatsächlich? – Es geht darum, dass man im März 2016 bei bestimmten Dämmmaterialien, die mit einem bromhaltigen Flammschutzmittel versehen sind, im Verfahren zu der Einschätzung gekommen ist, dass wir bei diesem bromhaltigen Flammschutzmittel umweltschädliche Eigenschaften festzustellen haben und diese Eigenschaften dazu führen müssen, dass wir diese Dämmstoffe in die POP-Verordnung der Europäischen Union einordnen müssen. Die

POP-Verordnung regelt das Verbot und die Beschränkung der Herstellung, des Verbreitens und die Verwendung von persistenten und organischen Schadstoffen, von persistent organic pollutants. Hier aufgeführte Abfälle werden als gefährlich eingestuft

und unterliegen damit dem abfallrechtlichen Nach-

weisverfahren für gefährliche Abfälle.

Wenn Sie jetzt so tun, als sei das nur ein Entsorgungsproblem, dann muss man auch sagen, dass das ganze Thema eben zwei Seiten hat. Zum einen ist es ein Problem für das Handwerk. Wir stimmen Ihnen zu, dass man die Handwerker am Ende eines Entsorgungsprozesses mit der Lösung nicht alleine lassen kann. Da sind wir in einem Boot. Das werden wir dann im Ausschuss gemeinsam so festhalten können.

Aber es ist auch ein Entsorgungsproblem, ein umweltpolitisches Problem und eine Frage der Gefährlichkeit eines Stoffes. Und deswegen sind wir der Auffassung, dass man die Bearbeitung nicht nur im Bau- und Wirtschaftsausschuss behandeln muss, sondern zuallererst und federführend auch im Umweltausschuss.

Dann ist eben angesprochen worden, dass die Müllverbrennungsanlagen möglicherweise nicht in der Lage wären, diese Stoffe zu entsorgen. Ich kann Ihnen sagen, dass zwölf der 16 Hausmüllverbrennungsanlagen waren schon vor der Änderung der Abfallverzeichnisverordnung für den Einsatz entsprechender gefährlicher Abfälle zugelassen. Mittlerweile sind es 14. 14 von 16 Anlagen sind also in der Lage, die Abfälle zu verbrennen, ohne Schaden zu nehmen.

Dann stelle ich noch die Frage - so viel Zeit muss sein, bevor wir uns dann der Ausschussberatung zuwenden -: Wo liegt eigentlich das Problem? - Das Problem liegt nicht in den Verbrennungsanlagen, sondern in der Umsetzung der Beschlüsse des Bundesrates hat sich gezeigt, dass etwa 100 Entsorger die Annahmestellen also, die den anfallenden Müll für die Weitergabe an die Müllverbrennungsanlagen zum Beispiel durch Vermischung konditionieren keine Genehmigung für gefährliche Abfälle besitzen.

Somit ist es bei der Umsetzung zum Problem an der Schnittstelle zwischen Entsorgungsfirmen und Dachdeckerbetrieben gekommen. Es ist eben nicht ein Problem der Politik und schon lange nicht ein Problem der Entsorgungskapazitäten in Nordrhein-Westfalen.

Stichwort "Entsorgungskapazität". Wenn ich richtig unterrichtet bin - vielleicht kann der Minister dazu gleich noch einmal etwas sagen -, geht es um 12.000 t der styroporhaltigen Dämmmaterialien, die wir in etwa jedes Jahr verbrennen. Das ist natürlich volumenmäßig eine große Zahl, weil es ein federleichter Stoff ist, aber es geht nur um 12.000 t.

Mit Blick auf die Beratungen im Umweltausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Bauausschuss noch einmal eine kurze Skizze der grünen Position: ...

15.12.2016

Präsidentin Carina Gödecke: Sie haben aber leider keine Redezeit mehr.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Ja. - Nicht die Einstufung als "gefährlich" hat zu unkalkulierbaren Auswirkungen geführt, sondern die Abwicklungsprobleme zwischen den Entsorgungsfirmen und den Verbrennungsanlagen. Ich will Ihnen direkt sagen: Für uns Grüne reicht ein Jahr Moratorium aus, weil wir dauerhaft der Auffassung sind, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Markert!

Hans Christian Markert (GRÜNE): ... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dass wir hier auch in Recyclingverfahren hineinkommen müssen. Der Minister und ich haben schon mit einigen Firmen zusammengesessen. Die Zeit werden wir nutzen, um möglicherweise ein Kreislaufsystem ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege!

Hans Christian Markert (GRÜNE): ... an dieser Stelle zu etablieren.

Jetzt zur Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock! (Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Das nicht mehr, Herr Kollege Markert. Zwischenzeitlich haben wir Ihnen angezeigt, dass es den Wunsch nach einer Kurzintervention gibt.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Gerne.

Präsidentin Carina Gödecke: Es gibt sogar einen zweiten Wunsch nach einer Kurzintervention. Zuerst hat Herr Kollege Ellerbrock für seine Kurzintervention das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Markert, Sie haben eben markige Sprüche von sich gegeben, der Minister hätte von sich aus gehandelt. Ich darf Ihnen noch einmal den Zeitablauf vor Augen führen: Bundesratsbeschluss am 25.09., das Gültigwerden der Abfallverzeichnisverordnung am 01.10., Einstufung als "gefährlich", Kleine Anfrage der FDP; am 11.10. antwortet der Minister: Nein, es handelt sich nur um ein temporäres Problem, er möchte nicht auf den Weg der Bundesministerin einschwenken.

Am 12.11. ergeht ein entsprechender Erlass in Baden-Württemberg; in Nordrhein-Westfalen ergeht ein Entspannung versprechender Erlass am 25.10. Der Antrag von FDP und CDU kommt etwas später.

Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben, dass ich den Minister dafür gelobt habe, dass er die Ohren aufgemacht hat für eine Argumentationskette der FDP/CDU.

Im Übrigen: Nach meinen Kenntnissen bleibt die Federführung beim Bauausschuss, und zwar aus folgendem Grunde: Wir sind Antragsteller. Sie mögen viel wollen, aber durchsetzen können Sie es nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zusammen mit meinen Kollegen bin ich sicher, dass wir dieses für das Handwerk so wichtige Problem nach wie vor hier beim Bauausschuss belassen.

Ich finde es schade, dass durch Ihren Wortbeitrag eine eigentlich konsensuale Denkrichtung zwischen Ministerium und Opposition so an die Seite gerückt wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir waren froh damit und haben das auch entsprechend gewertet. Wenn Ihr politisches Karo so klein ist, dass Sie das nicht ertragen können, ist das Ihr Problem. Das ist jedenfalls nicht unser Problem.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Herr Ellerbrock, Sie haben uns in den vergangenen 24 Stunden schon dreimal frohe Weihnachten gewünscht. Deswegen will ich jetzt auch weihnachtsmilde sein. Vorhin hatten Sie aber nicht nur gesagt, dass es ein Anliegen der FDP sei, auf das der Minister eingegangen sei, sondern dass es sozusagen die Bedingung dafür gewesen sei, dass der Minister überhaupt gehandelt habe. So viel Selbstverliebtheit wollte ich der FDP dann bei aller Liebe für liberale Ideen nicht zugestehen.

Herr Ellerbrock, ich will noch einmal daran erinnern, dass es bei der Einstufung in das Abfallverzeichnis am 4. März dieses Jahres, also bei der Übertragung der POP-Ansätze in das nationale Recht, darum ging, dass Expertinnen und Experten zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die bromhaltigen Flammschutzmittel in Bezug auf Umwelt und Gesundheit als gefährlich im Sinne des europäischen Rechts einzustufen sind.

Ich plädiere dafür, das Ganze im Umweltausschuss federführend zu behandeln, weil der Ursprung im März dieses Jahres eine Einstufung als gefährlicher Stoff im umweltrechtlichen Sinne war.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Denn der Ursprungspunkt ist die Frage, ob ein Stoff gefährlich ist oder nicht. Für uns Grüne bleibt er auch trotz des Moratoriums ein gefährlicher Stoff. Wenn wir jetzt vorübergehend einen Entsorgungsweg zugunsten des Handwerks schaffen, um ihm dieses Problem nicht aufzubürden, dann sind wir zusammen. Das kann aber nicht die Dauerlösung sein. Die Dauerlösung in einem modernen umweltorientierten und nachhaltig wirtschaftenden Land muss darin bestehen, die Kreislaufwirtschaft zu stärken. Das haben wir übrigens, lieber Kollege Ellerbrock und lieber Kollege Brockes, gemeinsam so in der Enquetekommission zur Nachhaltigkeit der Chemie festgehalten,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

dass wir Kreislaufideen, wo immer es möglich ist, stärken wollen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Hier ist es möglich. Deswegen werden wir diesen Weg auch konsequent anpacken. Seien Sie versichert: Wir als Grüne werden das eine Jahr Moratorium sehr konstruktiv und zugunsten des Handwerks, aber auch zugunsten der Umwelt und der Gesundheit der Menschen nutzen.

Denn das Problem mit den Dämmstoffen ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Markert!

Hans Christian Markert (GRÜNE): ... wird in 20, 30 Jahren noch viel größer sein; denn im Moment verpacken wir unsere Häuser ja noch mit Styropor.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. Die zweite Kurzintervention hat sich zwischenzeitlich erledigt, sodass ich Ihnen für den Redebeitrag danke und Sie jetzt gerne das Redepult verlassen können.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Das ist aber lieb. Ich wünsche trotzdem allen frohe Weihnachten. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön. – Der nächste Redner ist für die Piratenfraktion Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Im Moment

gibt es Probleme mit der Entsorgung HBCD-haltiger Abfälle. Das ist mal wieder ein Problem mit Ansage. Die Lösung wurde auf die lange Bank geschoben, und jetzt brennt die Hütte.

Der von der CDU eingebrachte Antrag greift das auf, geht aber von verkehrten Voraussetzungen aus und kann deshalb auch keinen vernünftigen Lösungsansatz bringen. Anders als von der CDU dargestellt, ist der Stoff durchaus kritisch. Er wurde bereits 2008 in das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe aufgenommen, und zwar in die Kandidatenliste als "besonders besorgniserregend". 2013 wurde er dann als persistent organic pollutant – POP – eingestuft. Bereits im Februar 2011 war er in der EU-Chemikalienverordnung REACH wegen seiner Eigenschaften als "besonders besorgniserregend" eingestuft worden.

Seit dem 30. September 2016 ist er in der entsprechenden Verordnung aufgeführt mit einem Grenzwert von einem Promille. Ab diesem Grenzwert gilt Abfall, der diesen Stoff enthält, als POP-Abfall und muss nur einer Verbrennung zugeführt werden können, bei der er zerstört oder unumkehrbar umgewandelt wird. Ein Recycling eines solchen Abfalls ist ausgeschlossen. Mit dieser Regelung wird das Ziel verfolgt, den Stoff dauerhaft aus dem Wertstoffkreislauf auszuschließen. Das ist sinnvoll.

Es gibt, wie immer bei solchen Änderungen, Übergangsregelungen. Darüber, wie sinnvoll sie im Einzelnen sind, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Dem Antrag von CDU und FDP zu folgen, wäre aber kontraproduktiv; denn das Problem würde weiter auf die lange Bank geschoben. Das ist unangemessen und schädlich, wenn man sich die Begründung der EU vor Augen hält, die besorgt ist über die kontinuierliche Freisetzung persistenter organischer Schadstoffe in die Umwelt, die weit von ihrem Ursprungsort über internationale Grenzen hinweg transportiert werden, in der Umwelt verbleiben, sich über die Nahrungsmittelkette anreichern und ein Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt begründen.

Da kann man nicht ernsthaft die Wiederherstellung des Status quo von vor dem 30. September 2016 fordern, wie CDU und FDP das tun – vor allem nicht, wenn man weiß, dass den EU-Bestimmungen in diesem Fall das Vorsorgeprinzip zugrunde liegt. Das war den antragstellenden Fraktionen möglicherweise aber unbekannt.

So wäre beispielsweise eine Forderung sinnvoll gewesen, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass dieser Abfall in Anlagen verbrannt wird, in denen die vollständige Verbrennung durch ausreichend hohe Temperaturen oder ähnliche technische Merkmale oder Maßnahmen gesichert ist, und bestehende Anlagen, wenn nötig und möglich, entsprechend zu ertüchtigen.

Das hätte auch in den im Bundesrat eingebrachten Verordnungsantrag gehört, und zwar in den Abschnitt C, Alternativen. Es geht nicht nur um Rechtssicherheit, wie in diesem Abschnitt C geschildert – das ist juristisch richtig und auch selbstverständlich –, sondern auch um die naturwissenschaftlich-technische Sicherheit dabei.

Großartig ist in Ihrem Antrag die Forderung, der Landtag möge feststellen,

"dass die pauschale Einstufung 'gefährlich' für Abfälle, bei denen eine in der EG-POP-Verordnung genannte Konzentrationsgrenze für persistente organische Stoffe erreicht oder überschritten ist, unverhältnismäßig ist, weil sie unkalkulierbare Auswirkungen auf eingeführte Entsorgungswege und damit insbesondere auf die Sicherheit der Entsorgung für die abfallerzeugenden Unternehmen hat."

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Die Einstufung als "gefährlich" abhängig zu machen von alteingeführten Entsorgungswegen statt von tatsächlichen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen über Wirkung, Anreicherung und gefahrloser Entsorgung kritischer Stoffe, zeugt von absoluter Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Problemen und möglichen Lösungswegen.

Daran ändert auch der Änderungsantrag nichts, den Sie zusammen mit der FDP vorgelegt haben.

Damit haben wir wirklich Stoff genug, um im Ausschuss noch einmal darüber zu reden. Deshalb stimmen wir der Überweisung an den Ausschuss gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass sich dieses Problem meines Erachtens nicht dazu eignet, umweltpolitische oder auch andere Grundsatzdebatten oder Streitereien zu führen, weil das Ganze ein durchaus komplexes Zusammenwirken zwischen umweltrechtlichen Anforderungen, praktischen abfalltechnischen Anforderungen, abfallrechtlichen Fragen und am Ende wieder umweltpolitischen Wirkungen ist.

Ich glaube in der Tat, dass wir im Grundsatz einer Meinung sind, was die Zielsetzungen angeht. Weil wir da nicht auseinander sind, brauchen wir darüber auch keinen Streit zu führen. Ich denke, das Haus ist

in der ganzen Breite damit einverstanden, dass gefährliche Stoffe ausgeschleust werden müssen. Das ist ein Grundsatz, dem sicherlich keiner widersprechen würde.

Auch sind alle damit einverstanden, dass es darum geht, gute Entsorgungswege und entsprechende Kapazitäten vorzuhalten, und dass das auch funktioniert. Auch das ist sicherlich ein Grundsatz, hinter dem wir uns alle versammeln können.

Wir alle sind der Meinung, dass das auch zu vernünftigen Preisen passieren muss und dass nicht durch Engpasserzeugung Preise künstlich hochgehalten werden dürfen. Auch das ist sicherlich unsere gemeinsame Meinung.

Wir alle sind auch der Meinung, dass wir Stoffe zur Dämmung brauchen und dass deren Einbau auch aus den Anforderungen des Klimaschutzes heraus verstärkt erfolgen sollte. Da sind wir ebenfalls einer Meinung.

Letztlich sind wir, glaube ich, auch alle davon überzeugt, dass es keine Situation geben darf, in der Baustellen stillgelegt werden müssen oder Aufträge nicht ausgeführt werden können - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, dass wir dringend Wohnraum brauchen.

Wenn wir das alles einmal als Grundsatz festhalten, hinter dem wir uns versammeln können, und Einverständnis damit voraussetzen, dann sollten wir uns einmal mit der Frage beschäftigen, worum es denn überhaupt geht. Wenn man das tun will, muss man sich schon ein bisschen näher damit befassen. Ich gebe zu, dass ich das auch erst vor ein paar Tagen richtig durchdrungen habe, vermute aber, dass es Ihnen nicht anders geht.

Ausgangspunkt waren und sind die Überlegung sowie die Verordnung der EU, dass gefährliche Stoffe ausgeschleust werden müssen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Remmel ...

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich möchte das einmal ausführen, damit es nachvollzogen werden kann. - Diese sogenannte POP-Verordnung der EU musste in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat es lange versäumt, das zu tun. Am Ende des Tages ist es dann umgesetzt worden. Das ist ein umweltpolitischer Ansatz, gefährliche Stoffe auszuschleusen -Stichwort: POP-Verordnung.

Nun ist klar: Wenn man das auf der einen Seite verändert, dann muss man auch die abfallrechtliche Seite anpassen. – Das ist passiert, indem man beide Seiten dynamisch miteinander verknüpft hat. Dann

stellten sich sowohl das Volumenproblem als auch das Entsorgungsproblem.

In der Tat ist hier nicht die Frage der ausreichenden Kapazität das Problem. Wir haben 14 Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen, die das leisten können und dafür auch eine Genehmigung haben. Das ist gar keine Frage.

Hier aber besteht das Problem - das hat sich in den letzten Tagen noch einmal konkretisiert -, dass wir über 100 Entsorgungs- und Konditionierungsanlagen haben, die für gefährliche Abfälle über keine Genehmigung verfügen. Da hilft auch der Erlass, den wir am 25. Oktober 2016 herausgegeben haben, nicht weiter, weil er zwar die Vermischung erlaubt, aber eben nicht eine Pauschalgenehmigung für 100 Anlagen ausspricht.

Deshalb brauchen wir die Übergangszeit von einem Jahr, um genau diese Frage zu klären. Bei dieser Übergangszeit geht es nicht etwa darum – auch das sage ich an dieser Stelle; das würde ich mir natürlich wünschen -, irgendwelche technischen Verfahren zu haben, um ein stoffliches Recycling zu machen. Mittelfristig ist das wünschenswert. Ich glaube, dass es da auch Perspektiven gibt.

Dieses eine Jahr Übergangszeit brauchen wir aber, um die Anforderungen der Europäischen Kommission, einen Nachweis darüber zu führen, auch praktisch umzusetzen. Es geht hier um die Nachweisführung, dass die gefährlichen Stoffe ausgeschleust werden. Deutsches Umweltrecht kennt bisher aber nur die Aufteilung in ungefährliche Stoffe und gefährliche Stoffe. Wir brauchen jetzt eine weitere Kategorie: gefährliche Stoffe, aber ungefährlich zu behandeln.

Das muss mit einer entsprechenden Nachweispflicht versehen werden. Die Entsorger haben auch ihre Bereitschaft erklärt, hierbei mitzuwirken. An dieser Konzeption müssen wir jetzt in diesem Jahr arbeiten.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Weg auch zu unterstützen. Wir jedenfalls werden morgen im Bundesrat dafür werben. Ich habe auch den Eindruck, dass das auch bei den anderen Ländern angekommen ist. -Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Minister Remmel hat die Redezeit um 1:45 Minuten überzogen. Gibt es den Wunsch der Fraktionen, noch einmal zu reden? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Debatte zu Tagesordnungspunkt 7.

Ich stelle zum einen fest, dass sich die Fraktionen entgegen der Ankündigung in der heutigen Tagesordnung zwischenzeitlich darauf verständigt haben,

gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe c) unserer Geschäftsordnung den vorliegenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/13688 – Neudruck – und den Änderungsantrag Drucksache 16/13802 zu überweisen. – Das ist einvernehmlich.

Überwiesen werden soll in insgesamt drei Ausschüsse: den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk und den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. – Das ist ebenfalls einvernehmlich.

Gemäß § 52 Geschäftsordnung erhält bei mehreren zuständigen Ausschüssen ein Ausschuss die Federführung. Es ist in diesem Haus gute Tradition und parlamentarische Gepflogenheit, dass die antragstellenden Fraktionen diesen Ausschuss vorschlagen und dass wir es dabei belassen. So machen wir es auch vor Weihnachten und ändern an dieser Tradition nichts.

Deshalb wird der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr die Federführung erhalten, und die beiden anderen Ausschüsse gehen in die Mitberatung. Nach der Beratung in öffentlicher Sitzung wird dann in öffentlicher Sitzung im federführenden Ausschuss abgestimmt. Wer dieser Überweisung mit all diesen Erklärungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Piraten, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen. Möchte jemand dagegen stimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit hat das Parlament auch diese Überweisung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

8 Rahmenvertrag zwischen Kultusministerkonferenz (KMK) und VG Wort gefährdet gute Lehre

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/13680

In Verbindung damit:

Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen – Rahmenvertrag über die Intranetnutzung neu verhandeln!

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13695

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13789 Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der Piraten Herr Dr. Paul das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Wir behandeln heute einen Antrag, den man auf den ersten Blick als obsolet erachten könnte; denn die Kultusministerkonferenz und die Verwertungsgesellschaft Wort haben sich mittlerweile auf eine Arbeitsgruppe verständigt, um eine neue Rahmenvereinbarung zu schließen. Wir denken aber, dass es trotzdem wichtig ist, hier im Landtag darüber zu diskutieren und es zur Sprache zu bringen; denn das Verfahren wirft für uns einige Fragen auf.

Erstens. Wieso hat die Kultusministerkonferenz überhaupt einen solch indiskutablen Rahmenvertrag geschlossen? Welche Denke steht dahinter, die die Hochschulen in ein förmliches Bürokratiechaos geworfen hätte? Zweitens. Wie kann ein solcher Rahmenvertrag geschlossen werden, wenn man doch ach so sehr auf die digitale Bildung setzt? Drittens. Muss eigentlich immer erst das sprichwörtliche Kind in den Brunnen fallen, bevor man reagiert bzw. regiert?

Darüber ist deutlich und laut anzuerkennen, dass sich Nordrhein-Westfalen dafür eingesetzt hat, dass die Beteiligten sich wieder an einen Tisch setzen. Das muss hier betont werden. Fast wäre das verzockt worden.

Exemplarisch möchte ich noch einmal kurz darstellen, was die Universität Osnabrück nach der Schließung des Rahmenvertrags einmal durchgespielt hat. So schreibt die Universität in ihrem Bericht über die Auswertung des Vorlesungsverzeichnisses des Wintersemesters 2014/15: Den erfolgten Meldungen mit einem Kostenumfang von ca. 5.000 € bei 8 Cent pro Seite und Teilnehmer stehen erhebliche Aufwände bei Verwaltung, Serviceeinrichtungen und Lehrenden gegenüber.

So investierten Lehrende mindestens 3.900 Minuten – 65 Stunden – in die reinen Meldevorgänge – zusätzliche Recherchen, Informationen und Rückfragen dabei nicht eingerechnet. Für den laufenden Support, um Lehrende zu informieren und zu beraten, wären für die Universität Osnabrück dauerhaft ca. 25 % einer qualifizierten Stelle notwendig gewesen. Weiterer Aufwand würde darüber hinaus zukünftig durch die interne Abrechnung entstehen, die eben nicht Teil dieses Pilotprojektes war.

Nicht auszudenken, was das für die dichteste Hochschullandschaft der Welt hier in Nordrhein-Westfalen bedeutet hätte! Das lässt sich nur erahnen.

Für uns entscheidend – und ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, das zu erwähnen – bleibt aber nach

wie vor die Frage nach dem Umgang mit den Urheberrechten im Allgemeinen. Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Urheberrechts beschränken das Potenzial der aktuellen Entwicklung, da sie auf einem veralteten Verständnis des sogenannten geistigen Eigentums basieren, welches der angestrebten Wissens- oder Informationsgesellschaft entgegenwirkt. Man muss sogar sagen: In historisch-rechtsvergleichender Hinsicht gibt es kein einheitliches Begriffsverständnis dieses Begriffsgeistiges Eigentum".

Da sich die Kopierbarkeit digital vorliegender Werke technisch eben nicht sinnvoll einschränken lässt und die flächendeckende Durchsetzbarkeit von Verboten auch im privaten Lebensbereich als gescheitert betrachtet werden muss, sollten die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken erkannt und genutzt werden – auch wirtschaftlich genutzt werden.

Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als eine natürliche betrachtet werden sollte und sie die Interessen der meisten Urheber entgegen anderslautender Behauptungen bestimmter Interessengruppen eben nicht negativ tangiert. In der Vergangenheit konnte auch kein solcher Zusammenhang schlüssig belegt werden.

In der Tat existiert eine Vielzahl innovativer Geschäftskonzepte, welche die freie Verfügbarkeit bewusst zu ihrem Vorteil nutzen und die Urheber unabhängiger von bestehenden Marktstrukturen machen können. Daher fordern wir, das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern auch explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern. Dies stellt eine essenzielle Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dar.

(Beifall von den PIRATEN)

Darüber hinaus – und ich darf nicht unterlassen, das hier zu sagen – erkennen wir die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk in vollem Umfang an. Die heutige Regelung der Verwertungsrechte wird einem fairen Ausgleich zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Urheber und dem öffentlichen Interesse an Zugang zu Wissen und Kultur jedoch nicht gerecht. Im Allgemeinen wird für die Schaffung eines neuen Werks in erheblichem Maße auch auf den öffentlichen Schatz an bereits existierenden geistigen Schöpfungen zurückgegriffen. Die Rückführung von Werken – letzter Satz – in den öffentlichen Raum ist daher nicht nur berechtigt, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit der menschlichen Schöpfungsfähigkeiten von essenzieller Wichtigkeit.

Meine Fraktion wird allen drei Anträgen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist nicht neu. Der erste Rechtsstreit zwischen der Verwertungsgesellschaft Wort und den Ländern stammt aus dem Jahr 2009. Trotzdem hat das Thema jetzt eine Aktualität erhalten, weil die Nutzung von digitalen Dokumenten, die in den Intranets unserer Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, zum 1. Januar 2017 infrage stand. Die Hochschulen haben aktuell ganz zu Recht auf die nicht vorhandene Praktikabilität der neuen Vereinbarung hingewiesen, die die Länder mit der Verwertungsgesellschaft Wort kürzlich getroffen haben.

Ich weiß, dass sich die Länder insgesamt – und auch das Land Nordrhein-Westfalen – immer sehr für eine Fortsetzung der pauschalen Vergütungssysteme stark gemacht haben, wie sie im Übrigen für die anderen Verwertungsgesellschaften noch gelten. Aber die VG Wort – das war Gegenstand der rechtlichen Auseinandersetzung – hat in Wahrnehmung der von ihr vertretenen berechtigten Interessen der Urheber das Thema anders vertreten und auch durchgefochten.

Insofern eine kleine Anmerkung: Ich finde die Formulierung "Wir fordern Sie auf" in dem Entschließungsantrag, den uns SPD und Grüne heute vorgelegt haben, wenig angebracht. Die VG Wort nimmt berechtigte Interessen der Urheber war. Gleichwohl haben wir, um die Interessen der Hochschulen und der Studierenden wahrzunehmen, das Recht und in gewisser Weise auch die Verpflichtung, digitale Semesterapparate sicherzustellen, sodass wir in eine Verhandlung neu eintreten müssen, um einen Ausgleich zu erzielen. Da ist es nicht sonderlich hilfreich, für verhärtete Fronten zu sorgen und letztlich die Verhandlungsposition zu schwächen.

(Beifall von der FDP)

Seit der Antragstellung haben wir aber auch zur Kenntnis genommen, dass Bewegung in die Szenerie gekommen ist. Sowohl die Länder als auch die Hochschulrektorenkonferenz und die Verwertungsgesellschaft Wort wollen noch einmal an einen Tisch kommen und eine praktikable Lösung entwickeln.

Noch weiß niemand, wie diese Vereinbarung oder das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe aussehen kann. Da ist von einem Moratorium die Rede. Die Frage ist aber, ob die gleichen pauschalen Vergütungssätze gelten oder höhere angesetzt werden. Wird also das Moratorium in irgendeiner Form – in Anführungszeichen – "erkauft"? Und welche Präzedenzen setzen

wir letztlich auch für die anderen Verwertungsgesellschaften?

Es lohnt sich deshalb, die Verhandlungen mit den anderen Beteiligten und Partnern sehr sorgsam vorzunehmen, um auch die anderen Verwertungsgesellschaften und dortige mögliche Veränderungen im Blick zu behalten. Deswegen haben die nun begonnenen Gespräche auch eine grundsätzliche Bedeutung.

Wir haben immer klar gesagt, dass die Bereitstellung der digitalen Semesterapparate in den Intranets der Hochschulen für eine zeitgemäße Ausbildung und Bildung der Studierenden an unseren Hochschulen notwendig ist. Das ist ein Ziel, dem wir stärker Rechnung tragen müssen als bislang. Die Möglichkeit, mit der das sicherlich am angemessensten passieren kann, besteht darin, zum Beispiel auf der Bundesebene auf eine Veränderung im Urheberrecht hinzuwirken, um eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht durchzusetzen. Was wir momentan an Problematik sehen, muss der Aufhänger dafür sein, mit mehr Nachdruck auf die Bundesebene einzuwirken.

Wenn SPD und Grüne in ihrem Entschließungsantrag unter Punkt II.5 formulieren: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Bemühungen auf der Bundesebene um die Einführung der allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht intensiv fortzusetzen", ist das zwar nicht falsch, es reicht aber bei Weitem nicht aus.

Wir hätten auch die Möglichkeit, etwas selbstbewusster heranzugehen und zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative aller Länder ein Initial auf die Bundesregierung und den Bundestag auszuüben,

(Beifall von der FDP)

um zu einer klarstellenden Regelung zu bekommen, die längerfristig trägt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell*) (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir behandeln heute ein Thema, das wohl viele Menschen in unserem Land mit großer Aufmerksamkeit betrachten – zumindest die mehr als 760.000 Studierenden an den Hochschulen dieses Landes. Ich kann aus meiner Erfahrung im Umgang mit Studierenden sagen: Es gibt im Moment kaum ein Thema, das die Studierenden in Nordrhein-Westfalen mehr bewegt hat als diese Frage.

(Ministerin Svenja Schulze: Ja!)

Denn wenn die Ankündigung, die digitalen Semesterapparate zum 1. Januar 2017 von den Servern zu nehmen, Realität würde, würde die Lern- und Studiersituation an den Hochschulen radikal um mindestens eine Generation ins vordigitale Zeitalter zurückgeworfen.

An der Hochschule in Bielefeld wurde bereits ein Kopierraum eingerichtet, um die Möglichkeit zu schaffen, zumindest wieder mit Kopien aus Bibliotheken zu arbeiten. Dass das eine völlig inakzeptable Situation war, zustande gekommen durch den Abschluss einer nicht praktikablen Rahmenvereinbarung, erschließt sich wohl jedem von uns.

Ich bin deswegen sehr froh – das will ich deutlich sagen –, dass heute auch von diesem Haus an die Studierenden und an die Hochschulen das Signal gesendet werden kann: Zwischen den Akteuren VG Wort, Hochschulrektoren und Kultusministerkonferenz hat es eine Verständigung gegeben, die zwar noch unter einem Gremienvorbehalt steht, aber es ist gesichert, dass die entsprechende digitale Infrastruktur an den Hochschulen ab 01.01.2017 fortgesetzt wird. Das ist eine gute Botschaft für alle Studierenden in diesem Land.

An dieser Stelle will ich deshalb auch ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung und an den Herrn Staatssekretär richten. Der Herr Staatssekretär ist ein Teilnehmer der kleinen Arbeitsgruppe gewesen, die innerhalb von wenigen Tagen diese Verständigung im Sinne aller Betroffenen in Nordrhein-Westfalen herbeigeführt hat. Ein großes Dankeschön dafür, dass dieses klare Signal heute von hier gesendet werden kann. Ich finde, das ist ein gutes und starkes Signal gerade an die Studierenden in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Der zweite Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist: Wie gehen wir in der Perspektive mit diesen urheberrechtlichen Fragen um? Joachim Paul, ich denke, du hast das zu Recht angesprochen, weil man sich natürlich, wenn ein solcher Rahmenvertrag durch die Kultusministerkonferenz und die VG Wort abgeschlossen worden ist, der in der Praktikabilität ein Stück weit aus dem digitalen Zeitalter herausgeworfen ist, schon die Frage stellen muss: Müssen wir nicht eine veränderte Dialogstruktur hinbekommen, um solche Probleme, wie sie jetzt hier aufgetreten sind, in der Perspektive zu vermeiden?

Letztlich werden wir uns in der Perspektive auch mit urheberrechtlichen Fragen auseinandersetzen müssen. Aber ich persönlich finde, wir sollten mit großer Sorgfalt darüber nachdenken, wie sich in der Perspektive solche Situationen vermeiden lassen. Allerdings bin ich auch sehr zuversichtlich, dass die handelnden Akteure nach dieser Situation, die sich sehr zugespitzt hatte, ab September eine gute Folgevereinbarung realisieren werden, weil alle die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Liebe Frau Freimuth, ich möchte aber auch deutlich sagen, dass wir darauf setzen, dass die in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht in Berlin umgesetzt wird. Als SPD-Fraktion hier im Landtag werden wir außerdem alles in unserer Macht Stehende tun – wie wir das auch in der Vergangenheit getan haben –, um dieses Thema in dieser Legislaturperiode erfolgreich zum Ziel zu führen. Das will ich ausdrücklich betonen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, das ist heute ein guter Tag für die Studierenden und die Hochschulen in diesem Land und ein gutes Signal kurz vor Weihnachten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Oktober dieses Jahres haben die Kultusministerkonferenz der Länder und die VG Wort einen neuen Rahmenvertrag zur Vergütung gesetzlich erlaubter Intranetnutzungen an öffentlichen Hochschulen abgeschlossen. Die Hochschulen, die diesem Rahmenvertrag beitreten, sollen nun ab dem 1. Januar 2017 einen Betrag von 0,008 € pro Seite bezahlen und die Dozenten die dazu verwendete Literatur im Ganzen melden.

Die Landeshochschulkonferenz, die Landesrektorenkonferenz und verschiedene universitäre Vereinigungen haben beschlossen, dem Rahmenvertrag nicht beizutreten. Durch diesen Nichtbeitritt droht jetzt, dass Studierende keinen Zugriff mehr auf die von der VG Wort vertriebenen digitalisierten Schriftstücke im Intranet haben. Die Folge wäre, dass wieder Kopien angefertigt werden müssten. Alle Vorredner haben darauf hingewiesen, dass diese Folge zu vermeiden ist; denn das wäre ein Rückfall in ein prädigitales Zeitalter und würde das mediale Lernen in Nordrhein-Westfalen gefährden. Ich denke, das Anliegen, dieses Problem zu lösen, teilen alle Fraktionen hier.

Was mich jetzt, Herr Bell, verwundert: Sie haben die Landesregierung gelobt, dass eine Lösung gefunden worden sei. Wenn dem so ist, worüber wir in diesem Haus – außer der vielleicht der SPD-Fraktion – noch keine Kenntnis haben, ist das einerseits zu begrüßen. Andererseits ist es natürlich auch die Aufgabe

einer Regierung, Probleme zu lösen. Ich frage mich, warum die Regierung nicht bereits früher aktiv geworden ist und es erst eines Antrags der Piraten und der FDP bedurfte, um dieses Thema in diesem Haus zu diskutieren. Das könnte man hier auch anmerken.

(Beifall von der CDU)

Die CDU in Nordrhein-Westfalen unterstützt schnelle Problemlösungen; wir dürfen unsere Studierenden nicht im Regen stehen lassen. An dieser Stelle möchte ich es dabei bewenden lassen. – Ich bin gespannt, welche Lösungen uns die Regierung nun vorstellt. Außerdem bedanke ich mich ausdrücklich bei den antragstellenden Fraktionen für das Aufgreifen und die Behandlung dieses wichtigen Themas. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU),

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sehr darüber, dass in die derzeit untragbare Situation an den Hochschulen wieder Bewegung gekommen und es der Landesregierung gelungen ist – das sage ich ausdrücklich –, mit allen Verhandlungspartnern eine tragfähige Übergangslösung zu verabreden. Zudem haben KMK, HRK und VG Wort vereinbart, in den nächsten Monaten eine für alle Beteiligten praktikable und sachgerechte Lösung zu erarbeiten. Ich denke, vor diesem Hintergrund werden wir mit unseren Entschließungsantrag der aktuellen Entwicklung gerecht.

Mit dem ursprünglich geplanten neuen Rahmenvertrag zur digitalen Nutzung von Veranstaltungsunterlagen drohte an den Hochschulen – das haben jetzt auch schon mehrere Vorredner gesagt – unweigerlich der Rückfall ins analoge Zeitalter. Insbesondere hatte es bereits zahlreiche Ankündigungen gegeben, der Empfehlung der Hochschulrektorenkonferenz zu folgen und digitale Angebote wie Lernplattformen oder Online-Semesterapparate einzustellen. Das hatte dann bizarre Formen angenommen. Zum Beispiel forderte die Universität Paderborn die Studierenden auf, die relevanten Dateien noch schnell herunterzuladen; denn bis Ende des Jahres würden die Server abgeschaltet.

Tatsache ist: Alle Hochschulen in Deutschland gehören zu den Nutzerinnen von Publikationen der durch die VG Wort vertretenen Autorinnen und Autoren. Es werden zwar immer wieder alternative Nutzungen diskutiert; aber diese reichen nicht aus, um die bisherige Qualität der Lehre aufrechtzuerhalten – ein

Grund mehr, um das Thema Open Access insbesondere in der Wissenschaft noch einmal auf die Agenda zu setzen und auch langfristig zu diskutieren.

Ziel muss es sein, den Studierenden auch zukünftig alle Unterlagen für Lehrveranstaltungen digital zur Verfügung zu stellen. Das reduziert den Papierverbrauch, erspart den Studierenden Zeit und Geld und ermöglicht den Lehrenden eine breitere Literaturauswahl für ihre Seminare.

Da sich der neue Rahmenvertrag in den letzten Wochen als wirklich absolut praxisuntauglich erwiesen hat, ist es insofern richtig, dass Kultusministerkonferenz, Hochschulrektorenkonferenz und VG Wort für die Zeit ab dem 1. Januar eine Übergangslösung schaffen wollen, die die Beibehaltung der bisherigen pauschalen Vergütung vorsieht.

Es ist ebenfalls ausdrücklich zu begrüßen, dass ein neuer Rahmenvertrag, der ab Oktober 2017 gelten soll, sicherstellen wird, dass es eine unbürokratische Lösung für Hochschulen, Studierende und Lehrende geben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für Wissenschaft, Forschung und Lehre stecken enorme Potenziale in der Digitalisierung. Um diese Chancen nutzen zu können, bedarf es endlich eines bildungs- und forschungsfreundlichen Urheberrechts. Denn bessere Forschungs- und Wissenszugänge sind wichtige Zukunftsmotoren für unsere Volkswirtschaft und auch Wissensökonomie.

Doch noch immer bestehen urheberrechtliche Hindernisse, die den Zugang zu Wissenschafts- und Bildungsmaterialien erschweren. Eines dieser Hindernisse besteht darin, dass bis heute eine umfassende Bildungs- und Wissenschaftsschranke im deutschen Urheberrecht fehlt. Es wurde eben angesprochen. Wir arbeiten von hier aus gemeinsam daran, denke ich, und hoffen, dass das dann auch in Berlin umgesetzt wird. Sie würde es Lehrenden, Lernenden und Forschenden erleichtern, publizierte Werke jedweder Art für den wissenschaftlichen Gebrauch grundsätzlich genehmigungsfrei und ohne Einschränkungen zu nutzen.

Ziel muss es sein, den für Bildung und Wissenschaft notwendigen Wissenszugang unter angemessenen und für alle Seiten fairen Bedingungen zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung auch zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen

und Herren! Zunächst einmal bin ich froh, dass es uns gelungen ist, jetzt eine Einigung zu erzielen, die ein gutes Signal ist für die Studierenden und für die Lehrenden und die sicherstellt, dass die digitale Hochschule erst einmal erhalten bleibt und dass wir sie weiterentwickeln können. Das ist sehr wichtig.

Ich möchte daran erinnern, wie es überhaupt zu dieser Situation gekommen ist. Es gab eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes, die ganz unmissverständlich gesagt hat, dass das Abrechnungssystem mit der VG Wort verändert werden muss, dass die Pauschalvergütung, wie sie bisher gilt, so nicht mehr möglich ist, sondern dass es Einzelabrechnungen geben soll.

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Vor diesem Hintergrund hat die KMK mit der VG Wort in langen und wirklich schwierigen Verhandlungen eine Lösung erarbeitet. Diese Lösung haben wir mit den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ganz eng abgestimmt. Es war sehr schnell klar: Das lässt sich bei uns nicht umsetzen. Auch viele andere Hochschulen haben gesehen, dass das, was die VG Wort wollte, so nicht geht, weil Verwaltungsaufwand und das, was dabei herauskommt, in keinem Verhältnis zueinander stehen.

Dann hätte man sagen können: Okay, wir Nordrhein-Westfalen sind nicht Verhandlungsführer, sollen die anderen das doch klären. Das ist eben kompliziert, und da muss man jetzt irgendwie durch. – Das haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht gemacht. Wir haben die Dinge nicht einfach laufen lassen, sondern wir haben sehr deutlich gemacht, dass jetzt alle an einen Tisch müssen. Wir haben dafür gesorgt, dass es neue Verhandlungen gibt, dass wir alle Beteiligten noch einmal an einen Tisch holen, weil wir wollen, dass die Digitalisierung in den Hochschulen weitergeht und nicht zurückgeworfen wird.

Wir haben es dann geschafft, dass alle Beteiligten zusammengekommen sind und dass letzte Woche Freitag auch eine erste Lösung auf den Weg gebracht wurde. Es gibt eine Arbeitsgruppe – einen kleinen Kreis –, an der unser Staatssekretär aus Nordrhein-Westfalen jetzt auch beteiligt ist. Die haben am letzten Freitag öffentlich gemacht, dass es keine kurzfristige Abschaltung der Semesterapparate geben wird. Das ist presseöffentlich gemacht worden, und zwar von KMK, von der HRK und von VG Wort gemeinsam.

Stattdessen wurde vereinbart, dass es eine Übergangsregelung geben wird, dass das bisherige Recht noch bis zum Wintersemester 2017/2018 weiterläuft und dass wir eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe haben – das ist die gleiche wie die, in der jetzt schon weiter verhandelt wird –, die ganz klare Ziele hat.

Wir wollen, dass ein System aufgebaut wird, das für alle praktikabel ist, das das Urteil berücksichtigt, in

das die Hochschulbibliotheken mit ihren enormen Kompetenzen – das ist das, was wir vor allen Dingen aus Nordrhein-Westfalen mit eingebracht haben enger als bisher einbezogen werden, und dass wir trotzdem eine nutzerfreundliche Lösung bekommen, die die Einzelabrechnungen so, wie sie bisher geplant waren, überflüssig macht.

Die Details werden jetzt miteinander ausgearbeitet. Dazu haben wir jetzt auch ein bisschen Zeit. Aber wichtig ist, dass es diese Art Moratorium gibt, dass wir Zeit haben, miteinander zu verhandeln, und dass wir uns alle im Ziel einig sind.

Ich bin sehr froh, dass uns das in dieser kurzen Zeit gelungen ist. Das heißt für uns in Nordrhein-Westfalen: Wir können die Digitalisierung weiter vorantreiben. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen. dass es auf der Bundesebene eine vernünftige Lösung gibt, dass wir da im Urheberrecht weiterkommen. Es ist im Koalitionsvertrag angelegt. Wir drängen mit darauf, dass es jetzt auch umgesetzt wird.

Insofern ist dies kurz vor Weihnachten ein guter Tag für die Studierenden, ein guter Tag für die Lehrenden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben drei Anträge, über die wir abstimmen müssen.

Wir stimmen erstens ab über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/13680. Die antragstellende Fraktion der Piraten hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/13680. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der Piraten. -Wer lehnt das ab? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt mit Stimmen von SPD und Grünen bei Zustimmung der Piraten und bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion der FDP.

Wir stimmen zweitens ab über den Antrag der Fraktion der FDP. Das ist die Drucksache 16/13695. Auch hier hat die antragstellende Fraktion der FDP direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zu Abstimmung über den Inhalt des Antrages Drucksache 16/13695. Wer dem seine Zustimmung gibt, bitte ich um das Handzeichen. - Wer kann dem nicht zustimmen? - SPD und Grüne. Damit ist der Antrag abgelehnt mit Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten.

Ich rufe drittens die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf. Das ist die Drucksache 16/13789. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer kann dem nicht zustimmen? - Damit ist der Antrag angenommen mit Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion der FDP. - Vielen Dank.

15.12.2016

Ich rufe auf:

9 Big Data: Polizeiarbeit digitalisieren - Effizienzpotentiale nutzen, Bürokratie abbauen, Verbrechensbekämpfung stärken!

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13684

Ich erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Robert Stein das Wort.

Robert Stein (CDU): Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Die Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen ist längst nicht im digitalen Zeitalter angekommen. Interne Systeme unterstützen die Beamten nicht automatisiert, und bürokratische Lasten werden nicht durch digitale Lösungen abgebaut. Daher haben wir heute diesen Antrag eingebracht. Er ist wichtig, wollen wir die Polizeiarbeit auf den aktuellen Stand der digitalen Möglichkeiten bringen. Die Bürger spüren, dass die Polizeiarbeit nicht auf der Höhe der Zeit ist - spätestens dann, wenn man selbst Opfer eines Verbrechens geworden ist und mit einem ungeheuren bürokratischen Akt konfrontiert wird.

Herr Jäger, im Prinzip müssen Sie sich da die Frage stellen, ob Polizeibeamte - ich vereinfache das einmal - weiterhin Schadensmeldungen abtippen oder ob die Effizienzpotenziale der Digitalisierung gehoben werden sollen. Denn leider werden Polizeibeamte wegen vermeidbarer Bürokratie an der Erfüllung wichtiger Aufgaben im Rahmen der Verbrechensbekämpfung gehindert. Daher muss die Polizei in die Lage versetzt werden, durch zeitgemäße digitale und zugleich bürokratiemindernde Möglichkeiten die Beamten vom Schreibtisch weg dorthin zu bringen, wo sie dringender benötigt werden. Das sind wir auch den vielen motivierten Beamtinnen und Beamten schuldig. Sie wollen Verbrechen aufklären und bekämpfen. Wir müssen ihnen dafür die Freiräume und die richtigen Instrumente an die Hand geben.

Die Realität sieht heute indes noch anders aus. In Nordrhein-Westfalen müssen Einbruchsopfer beispielsweise Schadensmeldungen handschriftlich auf einem mehrseitigen DIN-A4-Formular ausfüllen, welches von Polizeibeamten dann nachträglich auf den Dienst-PC übertragen werden muss. Diese Schadensmeldung kann – abhängig von der Polizeidienststelle – nicht einmal gefaxt oder zugemailt werden, muss also in der Regel postalisch verschickt oder persönlich übergeben werden.

Dabei könnte die Schadensmeldung im heutigen Zeitalter längst von den Einbruchsopfern selbst über eine sichere Onlineverbindung in eine wohldefinierte Eingabemaske eingegeben, automatisch gespeichert, zügig ausgewertet und nutzbar gemacht werden. Das erspart dem Beamten – nicht nur ihm, aber ihm in allererster Linie – wertvolle Zeit. Auch Fotos und Videos von gestohlenen Gegenständen könnten beispielsweise seitens der Einbruchsopfer auf einer Datenbank der Polizei direkt hinterlegt werden. Bei definierten Gegenständen könnte ein Algorithmus erkennen, dass es sinnvoll ist, automatisch eine Sachfahndung auszulösen. Ich wollte damit nur ein paar Möglichkeiten und Beispiele aufzeigen.

Durch die Metadaten der Einbrüche könnte ein entsprechender Algorithmus auch Muster erkennen und wertvolle Beiträge im Rahmen einer Predictive-Policing-Analyse liefern. Auch wiedergefundene Beute könnte von Software automatisch zugeordnet und anschließend zurückgegeben werden. Herr Jäger, wenn heute in Recklinghausen Beute sichergestellt wird, die aus Bielefeld stammt, ist eine Zuordnung de facto kaum realisierbar. SECURIUS bietet hierfür übrigens auch keine zeitgemäße Lösung.

(Beifall von der FDP)

Nun weiß ich ja von Ihren Bemühungen im Rahmen der Fallbearbeitung. Dort gibt es ein Programm, das, wenn ich richtig informiert bin, VIVA heißt. Von VIVA wissen wir leider noch nicht allzu viele Details. Doch was bekannt ist, lässt wenig Ermunterndes erwarten. Zum einen wurde die Einführung von VIVA wohl wiederholt verschoben, jüngst noch einmal um ein halbes Jahr hinausgezögert. Zum anderen soll VIVA – so wie ich es verstehe – ein Versuch sein, vorhandene Systeme zu harmonisieren. Das ist jetzt nicht grundverkehrt; aber gemessen an den Potenzialen der Digitalisierung – wobei auch eine Modernisierung notwendig ist – ist das eben nicht weitreichend genug.

Diese Modernisierung im Sinne einer Bürokratieentlastung durch Automatisierung im Rahmen digitaler Möglichkeiten verspricht VIVA also nicht, obwohl diese dringend notwendig und geboten wäre. Von einer Unterstützung bei der Verbrechensbekämpfung durch Algorithmen, die die Vielzahl vorhandener Daten automatisch und sekundenschnell auswerten, sind Sie meilenweit entfernt.

Auch die Möglichkeiten polizeidienstlicher Erkennung im Rahmen von Kontrollen muss erleichtert werden, indem moderne Technik in Einsatzwagen zur Verfügung steht. Polizeiliche Datenbanken im Inund Ausland müssen auch miteinander harmonisiert werden. Hier ist unser Einsatz gefragt. Es kann nicht sein, dass Kriminelle, nach denen gefahndet wird, nur deshalb nicht festgenommen werden können, weil im Rahmen von Personenüberprüfungen existierende Daten nicht abgeglichen werden können.

Die Digitalisierung der Polizeiarbeit wird zukünftig ein wichtiges Anliegen der nordrhein-westfälischen CDU sein. Herr Jäger, Sie müssen hier endlich mit dem Verwalten aufhören. Wir jedenfalls sind bereit, in Zukunft Verantwortung zu übernehmen, die Digitalisierung wirklich voranzutreiben und die Polizeiarbeit in ein neues Zeitalter zu führen. Nur so kann für unsere Bürgerinnen und Bürger eine optimale Sicherheit gewährleistet werden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche auch ein frohes Fest.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Kollege Stein. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Kossiski.

Andreas Kossiski (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Überschrift des CDU-Antrages klingt in mehrfacher Hinsicht vielversprechend: "Big Data: Polizeiarbeit digitalisieren". Das hört sich zunächst einmal nach dem großen Wurf an. Wenn man dann aber den Antrag liest, sucht man vergebens nach Big Data. Das klingt komisch, ist aber so.

Die Unterzeile des Antrags klingt nicht minder vielversprechend: "Effizienzpotentiale nutzen, Bürokratie abbauen, Verbrechensbekämpfung stärken!" Aber mehr als diese Schlagworte haben Sie dann in Ihrem Antrag nicht im Angebot.

Während Sie sich mit Big Data mühen und die Verbrechensbekämpfung stärken wollen, haben wir seit Regierungsübernahme 2010 tatsächlich etwas für die Verbrechensbekämpfung getan. Wir haben nämlich zunächst einmal – nach den bescheidenen Einstellungszahlen Ihrer Regierungszeit – für ordentliche Neueinstellungen bei der Polizei gesorgt.

(Zuruf von Robert Stein [CDU])

– Das gehört zum Thema, Herr Stein! – Es gab während Ihrer Regierungszeit 4.300 Einstellungen. Das hatten wir bereits nach drei Jahren erreicht. Mittlerweile haben wir zusätzlich 5.300 Polizistinnen und Polizisten eingestellt. Das sind 180 % mehr als in Ihrer Zeit. Die sind genauso wichtig wie die Digitalisierung der Polizei. Damit stärkt man Verbrechensbekämpfung.

Aber jetzt zum eigentlichen Antrag: Als ich Ihren Antrag durchgelesen hatte, vor allem am Ende Ihre vier Beschlussempfehlungen, kamen mir doch gewisse Zweifel zu Ihrem Informationsstand. Wenn Sie also

der Polizei empfehlen, Effizienzpotenziale zu nutzen, dann sollten Sie vielleicht zunächst einmal bei sich selbst anfangen. Nutzen Sie effizient die Informationen, die auch Ihnen vorliegen! Davon gibt es mehr als genug.

Wenn ich Ihre vier Forderungen mit der Entwicklung der Polizeiarbeit in den letzten Jahren abgleiche, dann habe ich erhebliche Zweifel, ob Sie diese Entwicklung verfolgt haben. Nur zwei kurze Hinweise dazu: Die längst existierende IT-Strategie der Polizei NRW 2020 wurde fortgeschrieben und wird Schritt für Schritt umgesetzt. Alleine damit wird aus Ihren ersten drei Forderungen eine Luftnummer.

Bleibt noch Ihr Beschlussvorschlag Nummer 4:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die Vernetzung von Datenbanken und die Schaffung von Schnittstellen für den nationalen und internationalen Datenabgleich im Rahmen der Verbrechensbekämpfung einzusetzen."

Dazu gebe ich Ihnen einen weiteren Tipp: Erkundigen Sie sich mal bei Ihrem Parteikollegen Thomas de Mazière, dem Bundesinnenminister, welche Presserklärung er nach der letzten Innenministerkonferenz Ende November in Saarbrücken abgegeben hat. Da hat sich dieser Bundesinnenminister umfangreich erklärt, dass sich die Innenminister von Bund und Ländern auf eine Saarbrücker Agenda zur Digitalisierung der inneren Sicherheit geeinigt haben. Darin ist alles aufgeführt, was Sie unter Ziffer 4 sieben Tage später einfordern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich stelle nicht zum ersten Mal fest, dass Sie den Entwicklungen bei der Polizei und in der inneren Sicherheit hinterherlaufen.

Auf einen Punkt Ihres Antrages möchte ich kurz zum Schluss noch eingehen, und der hat etwas mit täglicher Polizeipraxis zu tun. Sie schreiben, dass es wünschenswert wäre, wenn Opfer eine Auflistung ihrer entwendeten Wertgegenstände der Polizei digital übersenden könnten. – Das ist sicherlich gut gemeint. Aber wissen Sie, was das eigentliche Problem eines Wertgegenstandsverzeichnisses ist? – Dass viele Geschädigte weder Hersteller, Marke, Typbezeichnung geschweige denn Individualnummern ihrer entwendeten Sachen kennen, die aber das A und O für eine erfolgreiche Sachfahndung sind. Die Notwendigkeit, solche Informationen vorzuhalten, ist deshalb genau fester Bestandteil der Präventionsstrategie von "Riegel vor".

Aber darüber können wir uns gerne im Innenausschuss unterhalten. Der Überweisung des Antrags an den Innenausschuss stimmt die SPD-Fraktion zu. – Vielen Dank und frohe Weihnachten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Stein, der Kollege Kossiski hat schon sehr viel zu den inhaltlichen Forderungen Ihres Antrags gesagt. Deswegen kann ich mich auf einige Ergänzungen beschränken.

Ich habe mich beim Lesen zunächst einmal gefragt. Was haben Sie eigentlich für ein Bild von der Polizei in Nordrhein-Westfalen? – Denn dieses Bild, was Sie am Anfang aufzeichnen, beinhaltet die Überschriften, die Sie irgendwo aufgeschnappt haben. Aber es ist nicht das, was die Polizei in Nordrhein-Westfalen tatsächlich bewegt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie sind, lieber Kollege Stein, selber im Untersuchungsausschuss, der sich in den letzten Wochen intensiv mit der Suche nach No-go-Areas beschäftigt hat. Ohne eine unzulässige Beweiswürdigung vorwegzunehmen, müssen Sie mir doch zustimmen, dass Sie niemanden gefunden haben – weder auf der Ebene der Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten noch auf Ebene derjenigen, die täglich auf der Straße sind – der gesagt hat: Bei mir vor Ort ist ein Gebiet, in das sich die Polizei nicht mehr hineintraut.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Simone Brand [PIRATEN])

Man muss einfach festhalten, was Sie da für ein Bild von Polizei zeichnen. Das geht an der Realität vorbei. Es geht auch an der Realität vorbei, zu sagen: Polizei hat so furchtbar knappe Ressourcen.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

 - Ja, das steht unter Punkt I, Kollege Lürbke. – Wir haben mit Rot-Grün doppelt so viel Polizei eingestellt. Die Ressourcenknappheit gab es unter Schwarz-Gelb.

In einem der weiteren Punkte bemühen Sie Herrn Münch vom BKA mit diesem Zitat der "cyberfähigen Polizei". Herr Kollege Herrmann würde sich wahrscheinlich genauso an diesem seltsamen Begriff gestoßen haben, wie ich das tue. Ich finde es zumindest gewöhnungsbedürftig, etwas als "cyberfähig" zu deklarieren. Natürlich stellt sich Polizei den Fragen des digitalen Zeitalters, aber der Begriff "cyberfähig" ist viel zu kurz gesprungen.

Die Bandbreite von einem kriminologisch relativ einfachen Betrug bei Ebay hin zu koordinierten Hackerattacken ist riesengroß. Die beschäftigt die Sicherheitsbehörden, die sich damit auch in angemessener Weise auseinandersetzen. Das zeigt auch

schon alleine das Abwehrzentrum beim LKA, das wir unter Rot-Grün aufgebaut haben.

Dann möchten Sie gerne – das fand ich besonders spannend - "noch zu schaffende Datenbanken" vernetzen. Das heißt, Sie wissen eigentlich noch gar nicht so genau, was Sie an Daten gerne hätten,

> (Frank Herrmann [PIRATEN]: Alle hätte er gerne und noch mehr!)

aber dass die vernetzt werden sollen, das wissen Sie schon.

Ich gebe ohne Weiteres zu, lieber Kollege: Datenaustausch zwischen Behörden ist an vielen Stellen sinnvoll, wenn er verhältnismäßig ist und sich auf klaren rechtlichen Grundlagen bewegt. Aber nicht alle Daten, die es gibt oder die es geben könnte, müssen pausenlos durch alle Sicherheitsbehörden kursieren. Rechtsgrundlagen fehlen für einiges von dem, was Sie sich da ausgedacht haben, auch. Und der wesentliche Unterschied ist, dass man die Daten, die noch nicht erhoben werden, auch nicht "auf Teufel komm raus" erheben muss. Das gilt natürlich auch das kennen Sie aus den Debatten - für Themen wie Vorratsdatenspeicherung; deren Ausweitung beispielweise auf Messenger-Dienste brauchen wir an dieser Stelle auch nicht.

Jetzt geht es zur Unterüberschrift "Digitalisierung der Polizeiarbeit". Sie haben das so ein bisschen in technischer Hinsicht skizziert nach dem Motto: Jetzt geben wir jedem Polizisten ein Tablet in die Hand, und dann wird alles gut. - Diese technische Hinsicht ist, so wie Sie das sehen, deutlich verkürzt. Es wird aber natürlich niemand etwas dagegen haben, gute technische Rahmenbedingungen für eine digitale Polizeiarbeit zu schaffen. Kollege Kossiski hat eben schon angesprochen, dass das auch Thema auf der letzten IMK war, weil es ein wichtiges Thema für die Polizei in Deutschland insgesamt und natürlich auch für die nordrhein-westfälische Polizei ist.

Ich kann für unsere Fraktion sagen: Wichtig sind bei solchen Debatten immer ein hohes Maß an Sicherheit, ein hohes Maß an Datenschutz und Manipulationssicherheit. Für uns ist auch wichtig, dass wir eine Beteiligung der Betroffenen sicherstellen, dass dann, wenn sich Arbeitsabläufe an diesen Stellen ändern, auch Betroffene zu Beteiligten gemacht werden.

Ich glaube, der Antrag selbst ist an vielen Stellen unzureichend. Nichtsdestotrotz kann man ihn als Aufhänger für eine spannende Debatte im Ausschuss nehmen. Darauf freue ich mich und wünsche Ihnen, auch wenn ich schon sehe, dass eine Kurzintervention kommt, jetzt schon ein erstes Mal schöne Feiertage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. - In der Tat, bevor es eine intensive weitere Debatte im Ausschuss gibt, gibt es jetzt eine Kurzintervention vom Kollegen Stein, dem ich hiermit das Wort erteile und der auf dem Platz von Herrn Hovenjürgen sitzt, bitte schön.

15.12.2016

Robert Stein (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. -Danke für die Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest. Ich will meine Ausführungen nicht zu weit ausdehnen.

Wenn ich Sie anfangs richtig verstanden habe, haben Sie mir vorgeworfen, dass ich kein richtiges Bild von der konkreten Polizeiarbeit gehabt hätte. Ich kann Ihnen sagen, dass ich leider Einbruchsopfer geworden bin und all diese Erfahrungen machen musste, die mich sehr verwundert haben. Ich konnte zahlreiche Gespräche vor Ort führen. Die Sachen, die ich anbringe, sind durchaus Forderungen und Wünsche vieler Polizeibeamter.

Es ist nicht alles aus der Luft gegriffen, wie Sie es darzustellen versuchten, sondern das steht auf einem Fundament. Ich habe auch zahlreiche Telefonate auch mit Menschen ohne CDU-Parteibuch geführt. Diese haben auch bestätigt, dass diese Stoßrichtung grundsätzlich richtig ist.

Ich verstehe, dass Sie dazu eine andere Ansicht haben wollen, weil es unangenehm ist und weil die Digitalisierung in diesem Bereich nicht so zügig vorangeht, wie es sinnvoll wäre. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Sie uns wie immer eine Totalüberwachung vorwerfen, weil wir sagen: Existierende Daten sollen in erster Linie nur vernetzt und ausgewertet werden. - Das hat nichts mit Totalüberwachung zu tun. Die Daten sind längst da.

Wir wollen einfach nur die Arbeit der Polizei auf den aktuellen Stand der Dinge bringen, damit weiterhin die Beamten motiviert und erfolgreich Verbrechen bekämpfen können, weil eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung zu höherer Akzeptanz der Polizei, der Polizeibehörden und letztlich auch des Staates führt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Robert Stein (CDU): Es ist doch länger geworden. -Ich komme zum Ende; denn sonst könnte ich noch fünf Minuten weiterreden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin gespannt auf Ihre Antwort.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. - Herr Kollege Bolte, bitte schön.

Matthi Bolte (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Kollege Stein, ich glaube, beim ersten Teil Ihrer Kurzintervention haben wir uns schlicht und ergreifend missverstanden.

(Zustimmung von Robert Stein [CDU])

Dass Sie Einbruchsopfer geworden sind, haben Sie an anderer Stelle in einer Diskussion, an der wir beide beteiligt waren, schon einmal erwähnt. Dafür habe ich auch schon mein kollegiales und persönliches Bedauern ausgedrückt.

(Robert Stein [CDU] winkt ab.)

Dass so eine Erfahrung mit Sicherheit für unsere parlamentarische Arbeit Erkenntnisse bringt, will ich überhaupt nicht anzweifeln. Mir ging es, als ich gefragt habe: "Was haben Sie eigentlich für ein Bild von der Polizei in Nordrhein-Westfalen?", um den ersten Satz Ihres Antrags, in dem sofort wieder von "No-go-Areas" und "Angsträumen" die Rede ist. Alles sei ganz katastrophal in NRW.

Da war mein Appell, ein bisschen Maß in der innenpolitischen Debatte zu halten. Das tut uns allen gut, und es nützt den Richtigen, wenn wir uns daran halten.

Der zweite Punkt, den Sie gerade aufgegriffen haben, war, so schlimm sei die CDU gar nicht.

(Heiterkeit von Robert Stein [CDU] und Marc Lürbke [FDP])

An der Stelle habe ich mich auch an einer Formulierung aus Ihrem Antrag gestoßen. Unter III.2 heißt es: "vorhandene sowie noch zu schaffende Datenbanken". Sie können nicht sagen, die Daten und die Datenbanken seien sowieso bereits vorhanden, wenn Sie selbst sagen, wir wollen noch Datenbanken schaffen.

(Zuruf von Robert Stein [CDU])

Sorry, dieses Thema k\u00f6nnen wir gern im Ausschuss diskutieren, n\u00e4mlich was vorhanden ist und was Sie noch schaffen m\u00f6chten.

Nochmals: Frohe Feiertage und herzlichen Dank!

(Beifall von den GRÜNEN und Marion Warden [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber wir uns einig sein sollten, ist, dass bei der Digitalisierung der Polizeiarbeit durchaus noch Aufholbedarf besteht. Ich glaube, insofern ist der Antrag des Kollegen Stein

sowie der Kolleginnen und Kollegen der CDU ein guter Anstoß, diese Debatte ernsthaft im Innenausschuss fortzuführen.

Denn ich glaube, wir brauchen modernste Technik für die Polizei. Das haben wir als FDP-Fraktion immer betont. Wir müssen Technik sinnvoll nutzen, jedoch nicht grenzenlos. Das ist klar.

Ich will drei Beispiele nennen.

Erstens. Öffentlichkeitsfahndung mittels Überwachungsbilder. Auch das haben wir als FDP-Fraktion im November 2015 auf die Tagesordnung des Innenausschusses setzen lassen. Es ist doch schwer zu erklären, warum wir in Nordrhein-Westfalen bis heute immer noch kein zentrales Fahndungsportal haben.

(Lachen von Frank Herrmann [PIRATEN])

Warum ist die Praxis in Nordrhein-Westfalen so, dass auf den Internetseiten der Polizei NRW, des LKA oder der lokalen Kreispolizeibehörden Fahndungsersuchen irgendwo zwischen Pressemitteilungen versteckt werden und dem Bürger kaum ins Auge springen? An solchen Beispielen lässt sich relativ schnell Optimierungsbedarf festmachen, Herr Minister. Das ist tatsächlich so. Schauen Sie einmal auf den Webseiten nach, und Sie werden sehen: Man findet es nicht. Das ist versteckt zwischen den einzelnen Punkten.

Zweiter Aspekt: Polizei-Apps. Möglichkeiten der Onlineanzeigen sind ein erster wichtiger Schritt. Aber auch hierbei müssen wir noch viele, viele weitere Schritte gehen. Warum ist das Internetangebot für Anzeigenerfassung und anonyme Hinweise mit Rückkopplungsmöglichkeit noch immer deutlich verbesserungswürdig? Warum können Bürger Fotos oder Videos von einem Tatort, von einem Unfallort, von Tatverdächtigen nicht direkt der Leitstelle unmittelbar parallel zu einem Notruf zukommen lassen, sodass diese auf mobile Geräte eingesetzter Kräfte zu Fahndungszwecken weitergesteuert werden können? Auch hierbei gibt es noch einiges zu tun.

Drittens. Herr Minister, Sie und Ihr Haus predigen uns immer die Leistungsfähigkeit des Digitalfunks in Nordrhein-Westfalen. Mich überzeugt die bisherige Nutzung im Wirkbetrieb nicht wirklich.

Einsatzkräfte müssen neben Funksprüchen, die oftmals gar nicht ankommen, wichtige Aufträge, Hinweise und Fahndungserkenntnisse in meinen Augen auch visuell erlangen. Das gilt speziell für Führungskräfte einer BAO oder der Bereitschaftspolizei bei besonderen Einsätzen wie Silvester oder Karneval. Wir haben auch im Untersuchungsausschuss vielfach erlebt, dass es hierbei noch Verbesserungsbedarf gibt.

(Beifall von Ingola Schmitz [FDP])

Wir Freien Demokraten fordern eine ergänzende Modernisierungsoffensive der Polizei. Der Einsatz modernster Kommunikations- und Informationstechnik würde die Polizeiarbeit erheblich erleichtern und effektiver machen. Dazu braucht es aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, endlich den flächendeckenden Einsatz dienstlicher Mobile Devices – Smartphones, Tablets – in den Streifenwagen.

Das Ganze natürlich entsprechend datensicher. Aber die Zeiten, in denen Beamte im Notizblock alles handschriftlich aufnehmen und dann später auf der Wache noch einmal abtippen, müssen der Vergangenheit angehören.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Andere Bundesländer sind hier viel weiter. Stichwort interaktiver Funkstreifenwagen. Da gibt es für komplexe Anwendungen im Streifenwagen zudem einen Laptop, um Anfragen an das Kraftfahrtbundesamt zu richten, beim Informationssystem der Polizei eine Abfrage zu starten oder sich auch nur mit dem Intranet der Polizei zu verbinden. Zur Wahrheit gehört: Bei uns in Nordrhein-Westfalen wird noch nicht einmal eine Rückfahrkamera im BMW für die Beamten spendiert. Es besteht also erheblicher Bedarf an verschiedensten Stellen.

Deswegen ein letzter Gedanke: Herr Kollege Stein hat es eben angesprochen. Wir haben als FDP-Fraktion im Jahr 2013 schon ein Sofortprogramm unter dem Stichwort "Beute zurück" gefordert. Diesen Aspekt nimmt der Antrag richtigerweise auf. Es ist doch absolut sinnvoll, erkannte Tatserien und Bilder von Beutestücken endlich auf einer zentralen Fahndungsplattform der Polizei und in einer aktuellen offiziellen Beutedatenbank zu veröffentlichen, auch, um Händler, Pfandleiher und Kaufinteressenten nicht unbeabsichtigt zu Hehlern werden zu lassen. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt.

Das haben wir 2013 gefordert. Wir haben hier samt Anhörung und, und, und breit darüber diskutiert. Aber zur Wahrheit gehört: Viel passiert ist in dieser Richtung leider nicht. – Das muss sich erheblich ändern. Deswegen bin ich froh, dass es in den Antrag aufgenommen worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bin ich am Schluss. Auch mir bleibt, Ihnen und allen Polizeibeamtinnen und -beamten, allen Einsatzkräften in unserem Land, ein frohes Weihnachtsfest und ein hoffentlich friedliches und sicheres Silvester ohne größere besondere Ereignisse zu wünschen. Bleiben Sie gesund! Bis zum nächsten Jahr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. Diese Glückwünsche gehen natürlich zurück. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten der Kollege Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Uns liegt ein CDU-Antrag zur Polizei vor, bei dem ich sagen kann, zumindest mit der Zielrichtung stimmen wir im Allgemeinen überein oder liegen zumindest nicht ganz weit auseinander – sagen wir es einmal so –, auch wenn ich im Detail natürlich nicht alles teilen kann.

Wenn ich auf diese pauschale Vernetzung von irgendwelchen Dateien abziele, die im Antrag steht, sind wir uns nicht einig. Dem werden wir nicht zustimmen.

(Zuruf von Robert Stein [CDU])

Wenn wir jetzt über das reden, was im Prosa-Text steht, wenn wir darüber reden, warum Sie diesen Antrag offenkundig hier einbringen – von wegen Fingerabdruckscanner auf jedem Polizeiwagen und mobil Fingerabdrücke nehmen –, kann das vielleicht im Einzelfall sinnvoll sein. Aber so pauschal werden wir dem mit Sicherheit nicht zustimmen können.

Aber im Tenor stimme ich Ihnen zu, weil ich Ihnen einfach recht gebe, dass der Minister die Digitalisierung der Polizei in den letzten Jahren schlicht und einfach verschlafen hat.

(Beifall von Robert Stein [CDU])

Wir Piraten sitzen hier jetzt schon seit über fünf Jahren – die anderen Fraktionen deutlich länger – und reden davon, dass es zu wenige Polizisten und zu viele Überstunden gibt. Wir reden ständig von Aufgabenkritik und sagen, die Polizei müsse sich der Aufgabenkritik stellen, wir müssen versuchen, weniger Arbeit zu machen. Wir reden von allgemeinen Effizienzsteigerungen im Bereich der Polizei, um die Belastung insgesamt zu verringern und – natürlich auch – um Überstunden abzubauen. Seit fünf Jahren bekommen es dieser Minister und diese Landesregierung insgesamt einfach nicht gebacken, die Digitalisierung innerhalb der Polizei umzusetzen und doppelte Arbeit zu verhindern.

Ich möchte Beispiele nennen. Es sind wirklich nur einfache Beispiele, die verdeutlichen, worüber wir reden. Man muss zum Beispiel bei einem einfachen Verkehrsunfall doppelt arbeiten. Der Polizeibeamte vor Ort muss den Verkehrsunfallbogen mit der Hand ausfüllen, um ihn dann hinterher auf der Wache noch einmal in das Programm einzugeben. Dann frage ich mich doch, warum ich nicht direkt einen Computer und einen Drucker im Streifenwagen habe und es dort mache.

Wir sprechen gerade über Effizienzsteigerung. Ich kann aus eigener Erfahrung aus meinem Dienst sagen: Wenn wir eine Absperrung gemacht haben, weil nach einem großen Verkehrsunfall Straßen abgesperrt werden mussten, saßen wir mit zwei Mann im Streifenwagen. Stundenlang waren zwei Kräfte auf der Straße gebunden, und wir haben da gesessen.

Wir konnten nichts tun, weil wir halt im Streifenwagen waren. Wir hatten keinen Laptop und nichts. Wir hatten aber noch Anzeigen zu schreiben. Wir hatten vorher Einsätze und mussten Strafanzeigen schreiben. Was haben wir gemacht? Wir haben teilweise in diesem schönen Texttool auf unserem Handy Anzeigentexte mit dem Fingersuchsystem vorformuliert und sie per E-Mail an unsere Dienstadresse geschickt,

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Hoffentlich verschlüsselt!)

damit wir die ganzen Sachen hinterher nicht noch einmal eintippen mussten, um zumindest die Chance zu haben, einigermaßen pünktlich Feierabend zu haben. Dann frage ich mich doch: Warum haben wir keinen Laptop im Streifenwagen, mit dem wir zumindest schon einmal unsere Anzeigentexte vorformulieren können? – Davon zu reden, dass diese Laptops vielleicht sogar noch direkt an das System angeschlossen sind, wage ich ja hier bei dieser Landesregierung schon gar nicht mehr zu reden. Aber gut! Das ist weder toll, noch ist es effizient. Aber was will man machen, wenn der Dienstherr einen dermaßen im Stich lässt

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

und man noch nicht einmal einen einzigen Laptop pro Streifenwagen hat?

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Wenn man innerhalb von fünf Jahren nicht einmal das gebacken bekommt, dann darf man sich auch nicht hierhin stellen und sich über irgendwelche Überstunden wundern. Das ist dann das zwangsläufige Resultat dieser ganzen Sache.

Man kann wirklich festhalten: Jeder Paketdienstfahrer – völlig egal, von welcher Firma – ist heute besser ausgestattet als die Polizei in NRW, was die Digitalisierung angeht.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Da frage ich mich doch: Wo sind wir denn hier?

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Von daher bin ich wirklich gespannt auf die Diskussion. Diese Landesregierung hat es bisher leider nicht gebacken bekommen, die Polizei ins digitale Zeitalter zu versetzen. Das ist schade, weil dadurch wirklich viele Effizienzgewinne möglich sind. Ich bin gespannt, was wir da machen können. – Vielen Dank.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schatz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger. Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Stein, ich bedauere sehr, dass bei Ihnen eingebrochen worden ist.

(Robert Stein [CDU] winkt ab.)

 Ja, doch. Es ist schon ein Eindringen in die Intimsphäre. Meistens ist ja nicht der materielle Schaden das Problem. Fast alle sind ja hausratversichert.

Mir hat einmal ein Opfer gesagt: Das Schlimmste für mich war, dass jemand meine Wäsche durchwühlt hat. – Ich glaube, das beschreibt den eigentlichen Schaden bei solch einem Einbruch. Ich drücke die Daumen, dass die Polizei die Täter ausfindig macht und die Beute möglicherweise sichergestellt werden kann. Ich weiß aber zugleich auch, wie schwierig das ist.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

 Ja, wir haben auch schon erörtert, wie schwierig das ist.

Ich bin genauso wie Sie der Auffassung, es muss mehr digitale Wege zwischen Bürgern und Polizei und zwischen Polizei und Bürgern geben, übrigens nicht nur bei einem Einbruch. Insofern nehme ich Ihre Anregung, was beispielsweise das Ausfüllen dieses Formulars angeht, gerne mit. Wir können das auch in aller Sachlichkeit im Ausschuss diskutieren.

Was Ihr Antrag noch so beschreibt, davon ist nahezu alles richtig. Deshalb, Herr Stein, machen wir es auch. Wir haben eine aktuelle IT-Strategie 2020 für unsere Polizei in Nordrhein-Westfalen. Die haben wir auch im Netzwerk der Polizei übrigens bekannt gemacht.

Zum Stichwort "Mobilität" haben wir unter anderem klar gesagt: Wir wollen mobile Endgeräte flächendeckend einsetzen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Anfang 2017 werden wir nun einen Pilotversuch starten und die ersten Behörden mit diesen Geräten ausstatten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stein zulassen, Herr Minister?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Robert Stein (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, ich vernehme erfreut Ihre Worte. Aber können Sie das dann noch mit mehr Elan machen, bitte, weil wir das derzeit nicht spüren.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Stein, man sagt mir vieles nach, aber bestimmt nicht, dass ich zu wenig Elan hätte.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ziel muss sein, die IT-Verfahren unserer Polizei auf diesen Endgeräten, die wir flächendeckend einführen wollen, zur Verfügung zu stellen, und zwar eingebettet in ein stimmiges Gesamtkonzept. Es bringt nichts, zu Saturn zu gehen, mal eben 100 Geräte zu kaufen und an die Polizei auszuteilen, sondern es muss Bestandteil eines stimmigen Gesamtkonzeptes sein. Es muss eingebettet sein in die tägliche Arbeit.

Auch im Bereich Internet-Recherche, Herr Stein, sind wir am Ball. Wir haben bereits das Cyber-Kompetenzzentrum 2011 beim LKA eingerichtet

(Zuruf von den PIRATEN)

 hören Sie erst einmal zu! – als eines der ersten Bundesländer. Wir stocken dieses um 36 weitere Planstellen, die Sie gestern – Entschuldigung, Sie nicht, die Seite des Parlaments – beschlossen haben, noch einmal auf, um ein Cyber-Fahndungszentrum dort anzudocken.

Ziel ist es insbesondere, gestohlene Ware auf den einschlägigen und nicht so ganz einschlägigen Onlinemarktplätzen ausfindig zu machen. Das werden wir auch im Ausschuss noch einmal etwas detaillierter darstellen.

Wichtig ist auch, was den Austausch polizeilicher Daten zwischen den Ländern und Bund und Länder übergreifend angeht: Es waren die SPD-Innenministerkollegen, die das bei der letzten Innenministerkonferenz nach vorne getrieben haben. Wir brauchen sozusagen das Software-Haus der Polizei. Wir müssen – Organisationsform ist egal, ob wie beim Digitalfunk mit einer Körperschaft des öffentlichen Rechts beispielsweise – eine Institution schaffen, die für alle Polizeien in Deutschland die IT-Beschaffung macht.

Föderalismus ist gut. Ich bin ein großer Anhänger des Föderalismus. Aber man muss nicht unbedingt 16 unterschiedliche Vorgangs-Verarbeitungssysteme in 16 Polizeien zusätzlich noch bei der Bundespolizei in Deutschland haben. Sie sehen, das haben wir schon auf der Innenministerkonferenz im Herbst beschlossen. Im Rahmen der Saarbrücker Agenda ist dies miteinander vereinbart worden. Die Bund-Länder-Gruppe dazu ist bereits eingerichtet. Die nordrhein-westfälische Polizei beteiligt sich dort aktiv.

Ansonsten, Herr Stein, nicht im Sinne von "Karthago muss fallen", aber es muss deutlich klar sein: Neben IT brauchen wir auch viel Polizei. Deshalb stellen wir 2.000 Beamtinnen und Beamte pro Jahr bis 2023 ein. 800 haben wir schon mehr auf der Straße. Wir werden den Personalkörper auf 41.000 Beamtinnen und Beamte wachsen lassen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich schließe mich den Weihnachtswünschen meiner Vorredner an.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 16/13684 an den Innenausschuss. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

10 Schikanierung von Bürgern, Kommunalverwaltungen, Gerichten und Amtsträgern durch "Reichsbürger" umgehend unterbinden – so genannter "Malta-Masche" Einhalt gebieten!

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13686

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/13790

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in Deutschland über Malta sprechen, dann am häufigsten im Zusammenhang mit Länderspielen der deutschen Fußballnationalmannschaft. Zuletzt gab es 2010 ein Freundschaftsspiel, das 3:0 ausging. Weniger bekannt ist, dass Malta eines der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union erst seit 2004 ist.

Woher der Name der Insel stammt, das wissen von uns vermutlich die wenigsten. Ich wusste es, ehrlich gesagt, bevor ich mich auf diesen Tagesordnungspunkt vorbereitet hatte, auch nicht. Aber in der Antike nannten die Punier, ein Handelsvolk aus Nordafrika, diesen Zufluchtsort im Mittelmeer Malet.

Mehr als 2000 Jahre später ist jetzt diese Insel augenscheinlich auch zu einem Zufluchtsort von Menschen geworden, jedenfalls virtuell, die sich selbst Reichsbürger nennen: Deutsche, die immer noch nicht wahrhaben wollen, dass das Deutsche Reiche spätestens mit der Kapitulation vor den Alliierten 1945 sein Ende gefunden hat. Sie behaupten deshalb, dass sie gegenüber dem heutigen deutschen Staat keine Pflichten haben – weder zur Zahlung von Steuern und Abgaben noch zur Befolgung sonstiger Gesetze. Wenn das, wie wir das in den Medien jetzt verfolgt haben, selbst bei der Frage der Brandschau von Schornsteinfegern gilt und da Gewalttätigkeiten ausgeübt werden, dann sehen wir, dass hier eine Grenze weit überschritten ist.

(Beifall von der CDU)

Ausgerechnet Malta ist aber inzwischen einer der beliebtesten Aktionsplätze dieser selbsternannten Reichsbürger. Warum? Reichsbürger lassen eine fiktive Forderung meist in Millionenhöhe in ein Register des amerikanischen Bundesstaates Washington eintragen. Das geht online mit wenig Aufwand und ist ohne Nachprüfung möglich. Diese vermeintliche Forderung wird in der Folge an eine in Malta gegründete Briefkastenfirma abgetreten, die als Inkassounternehmen auftritt.

In Malta wird dann der angebliche Anspruch in einem vereinfachten Verfahren geltend gemacht, der dann in Deutschland tatsächlich durchgesetzt werden soll. Und Opfer dieser Masche sind dann in der Regel diejenigen, die für unseren Staat dafür sorgen sollten, dass hier nach Recht und Gesetz und für jeden Bürger gleichmäßig alles geregelt und insbesondere abgewickelt werden soll.

Das sind nämlich Richter, Staatsanwälte, kommunale Bedienstete, Finanzbeamte und viele andere Angehörige des öffentlichen Dienstes, also Menschen, die dienstlich mit den sogenannten Reichsbürgern zu tun haben und auch gar nicht anders können, als dass sie mit denen zu tun haben, wenn sie sich da entsprechend verhalten, und die unseren Staat und die Bürger repräsentieren, die Menschen, die letztlich von uns bezahlt werden, damit eine freiheitlich-demokratische Grundordnung funktioniert.

Die Aktionen über Malta werden wie auch viele andere Aktivitäten dieser Irrläufer immer dreister und gefährlicher. Auch in der Öffentlichkeit gibt es – ich hatte es angesprochen – eine Vielzahl solcher Vorgänge.

Umso mehr muss es jetzt darauf ankommen, dass die obersten Behörden von Bund und Ländern entschlossen bei der "Malta-Masche" und bei vielem anderen einschreiten. Unser Antrag beschreibt, dass wir zu der Auffassung gekommen sind, dass das noch nicht ausreichend geschieht.

Zugegeben, manches ist in den letzten Wochen geschehen. Zum Beispiel hat es Aktivitäten des Bundesjustizministers und des Außenministers gegeben in Bezug auf die eine Konstruktion, die da in Redestand. Aber – ich habe das noch einmal in Berlin nachgefragt – es ist mitnichten so, dass alle Aktivitäten damit unterbunden sind, die im Zusammenhang mit Malta eine Rolle spielen. Es gibt eine Reihe weiterer offener Fragen, die nicht geklärt sind. Das ist der Grund dafür, dass wir entgegen dem Eindruck, den uns die Koalitionsfraktionen schon vor der Debatte vermitteln wollten, der Auffassung sind, dass wir noch keinen Grund haben, die beteiligten Minister in Bund und Land entsprechend zu loben. Es gibt noch erhebliche Probleme.

Wer zum Beispiel auf der Homepage des Justizministeriums von Nordrhein-Westfalen das Stichwort "Malta-Masche" eingibt, der findet nichts, man findet aber die Europawahl-Ergebnisse von Malta aus 2004. Ganz anders in Sachsen-Anhalt. Da finden Sie auch für Amtsträger umfassende Informationen auf der Homepage des dortigen Justizministeriums.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Auch der Bundesjustizminister muss an der Stelle noch nacharbeiten, was nicht in dem Sinne als Vorwurf gemeint ist, sondern wir haben, glaube ich, einen gemeinsamen Eindruck davon, dass es höchste Zeit ist, entschlossen zu handeln. Wir müssen unseren Amtsträgern auf allen Ebenen bis in die Kommunen hinein auch das an Informationen zur Verfügung stellen, was zur Durchsetzung dieser Ziele erforderlich ist.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Deshalb, Herr Präsident, bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich darf das verbinden mit den allerbesten Wünschen an alle hier im Haus für ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit im neuen Jahr. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Ganzke.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst, Herr Kollege Dr. Optendrenk, vielen Dank auch für Ihren geografischen und geschichtlichen Exkurs bezüglich Malta. Das zeigt, dass man sich wirklich mit der Sache befassen muss, weil, glaube ich, auch viele Damen und

Herren mit der sogenannten "Malta-Masche" vielleicht so nichts anfangen können.

Ich glaube auch, dass dieses Thema kurz vor Ende des Plenartages noch einmal ein Thema ist, das uns auch im Rechtsausschuss bestimmt beschäftigen muss. Der sogenannten "Malta-Masche" Einhalt gebieten – für uns auch ein wichtiger Ansatz in dem zu beratenden CDU-Antrag.

Einigkeit besteht wohl bei allen Fraktionen dieses Hauses, dass diese Masche nicht zum Erfolg führen darf und auch den meist hinter dieser Sache stehenden Anhängern, der sogenannten Reichsbürgerbewegung – das sind nach unserer Ansicht Verschwörungsneurotiker, zumeist auch rechtsextrem –, mit gesetzlichen Mitteln Einhalt geboten werden muss.

(Beifall von der SPD)

Die SPD-Fraktion ist darüber informiert, dass sowohl das Justizministerium als auch das Innenministerium ihre Geschäftsbereiche über die "Malta-Masche" in Kenntnis gesetzt haben. Möglichen Betroffenen in den Geschäftsbereichen des Justiz- und des Innenministeriums wurde auch individuelle Unterstützung angeboten. Unter anderem auch aufgrund dieser Informationspolitik ist es in Nordrhein-Westfalen zum Glück noch zu keinem Vollstreckungsfall aufgrund der "Malta-Masche" gekommen.

Darüber hinaus ist durch die Erlasslage bei uns die Gewähr gegeben, über etwaige Aktivitäten von Reichsbürgern im Zusammenhang mit der "Malta-Masche" umgehend dem Innenministerium zu berichten. Nach unseren Informationen sind auch die Kommunen durch die Ministerien über diese Schutzmechanismen informiert, sodass auch hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort bei eventueller Betroffenheit einen Ansprechpartner haben.

Sie, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Optendrenk haben gerade über die Gespräche mit den maltesischen Behörden auf höchster Bundesebene gesprochen. Ein Blick auf die Faktenlage wird deshalb dadurch abgerundet, dass gerade das Auswärtige Amt mit den zuständigen maltesischen Behörden vereinbart hat, diese Masche auch strafrechtlich untersuchen zu lassen. Das zeigt unserer Ansicht nach, sehr geehrter Herr Kollege, dass der Beschlussvorschlag Ihres Antrags überholt ist.

Daher begrüßen wir, wie in unserem vorliegenden Änderungsantrag ausgeführt, die umfangreichen Tätigkeiten gerade dieser Landesregierung in Bezug auf die "Malta-Masche". Unserem Entschließungsantrag können Sie sich gern anschließen. Ihren Antrag werden wir ablehnen. – Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. Eine frohe Weihnachtszeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Jetzt hat Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer*) (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reichsbürger sind ja ein Sammelbecken für Verschwörungstheoretiker, für Rechtsextreme. Ich würde noch weitergehen. Ich würde sagen, dass die Ideologie der Reichsbewegung eigentlich im Kern rechtsextremistisch ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie ist antisemitisch, sie ist geschichtsrevisionistisch, sie ist rassistisch. Man könnte noch andere Merkmale aufrufen. Vor allen Dingen aber ist sie auch gewaltbereit. Das hat der Fall am 19. Oktober dieses Jahres in Bayern gezeigt, der tödlich geendet ist.

Deshalb bin ich froh, dass Bewegung in die Sache gekommen ist, was die Beobachtung der Reichsbürgerbewegung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz angeht. Ich glaube, dass wir das brauchen und man die Reichsbürger hier sehr ernst nehmen muss, auch was ihre Gewaltbereitschaft angeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Reichsbürger – ich hatte gerade schon auf ideologische Merkmale hingewiesen – erkennen auch rechtsstaatliche Strukturen und unseren demokratischen Rechtsstaat, unsere Behörden nicht an. Das führt zum Teil zu Situationen, die man vielleicht als kurios bezeichnen könnte, dass sie sich beispielsweise eigene Pässe, eigene Dokumente schaffen, sie keine Steuern zahlen wollen, sie keine Bußgelder akzeptieren und zahlen. Auf jeden Fall machen sie damit den Behörden, aber auch den Gerichten sehr viel Arbeit. Das ist auch bei der sogenannten "Malta-Masche" der Fall, die für die betroffenen Personen sehr belastend ist.

Herr Optendrenk hatte gerade schon darauf hingewiesen, wie diese "Malta-Masche" funktioniert. Da werden Schadenersatzforderungen im Prinzip frei erfunden, man trägt das dann in ein Online-Handelsregister in den USA ein. Dann werden die Forderungen an ein Inkassounternehmen auf Malta abgetreten, das von "Reichsbürgern" gegründet wurde. Das ist, wie gesagt, für die betroffenen Personen sehr belastend, und das betrifft insbesondere – das hat Herr Optendrenk gesagt – Personen, die selber für den Staat arbeiten und bei denen es besonders wichtig ist, politische Unterstützung zu geben und zu gewährleisten.

Deshalb kann ich für uns als grüne Fraktion sagen, dass wir froh sind, dass im Bereich "Reichsbürger", aber vor allem auch hinsichtlich der "Malta-Masche", schon einiges geschehen ist. Das Auswärtige Amt hat sich mit den maltesischen Behörden in Kontakt

gesetzt und ihnen klargemacht, dass diese frei erfundenen, unrechtmäßigen Forderungen nicht vollstreckt werden dürfen.

Außerdem bin ich froh darüber, dass gerade auch die NRW-Behörden in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden – das ist vielleicht ebenfalls wichtig – sehr schnell auf Landesebene reagiert haben, dass sie die kommunalen Behörden informiert und ihnen eine Handreichung gegeben haben. Das Landesamt für Verfassungsschutz, das in NRW im Innenministerium angesiedelt ist, hat auch einen Ansprechpartner für die kommunale Ebene genannt, damit genau solche Fälle gemeldet werden können und man sich in Verbindung setzen und das klären kann.

Ehrlich gesagt hätte ich mir gewünscht, dass wir bei diesem wichtigen Punkt, bei dem wir politisch hier im Haus gar nicht so weit auseinanderliegen, einen gemeinsamen Antrag mit der CDU hinbekommen. Wir haben uns ja an die CDU-Fraktion mit Formulierungsvorschlägen zu ihrem Antrag gewandt, die aus meiner Sicht durchaus einigungsfähig gewesen wären. Leider haben wir von Ihnen ohne Begründung nur die Rückmeldung bekommen: Da machen wir leider nicht mit. – Das finde ich persönlich sehr schade, da wir gerade bei diesem Thema "Reichsbürgerbewegung" eigentlich fraktionsübergreifend – die anderen beiden Fraktionen haben noch nicht geredet, aber ich vermute es ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk.

Verena Schäffer*) (GRÜNE): Ja, natürlich. – Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Wären Sie in der Sache etwas nachsichtiger mit uns, wenn wir Ihnen sagen würden, dass es nicht um die inhaltlichen Formulierungen des eigentlichen Textes, sondern um das Schönreden der Situation in den Beschlusspunkten ging? Aus meiner Sicht haben wir keinen Dissens bei der Beschreibung im Textteil, sondern – wie ich eben in meiner Rede deutlich gemacht habe – eher im Beschlussteil.

Verena Schäffer*) (GRÜNE): Auch da wäre man trotzdem zusammengekommen, weil wir ja dasselbe Anliegen haben. – Aus unserer Sicht machen die Behörden schon sehr viel, und das ist auch gut so. Aber man wäre zum Beispiel an dem Punkt zusammengekommen, zu sagen, dass man dranbleiben muss und gucken muss, wo es noch weitere Bedarfe gibt, etwas zu tun.

Deshalb finde ich es schon schade, dass auf unsere Mail hin, ob man etwas Gemeinsames machen kann, nur "nein" geantwortet wird, ohne irgendeinen Versuch zu starten, zu gemeinsamen Formulierungen zu kommen. Das bedaure ich; denn das politische Signal, dass wir hier als Parlament gemeinsam gegen die "Reichsbürger" vorgehen und insbesondere auch bei der "Malta-Masche" tätig werden und die Betroffenen unterstützen, hätte ich politisch wichtig und sinnvoll gefunden.

Jetzt ist es so, dass wir zwei Anträge haben. Wir werden den CDU-Antrag natürlich ablehnen – etwas anderes haben Sie wahrscheinlich nicht erwartet – und unseren Entschließungsantrag entsprechend annehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verschwörungstheorien erfreuen sich insbesondere im Zeitalter des Internets einer wachsenden Anhängerschaft.

Das Phänomen der sogenannten Reichsbürger fällt im weitesten Sinne auch in diesen Bereich. Personenkreise, die daran glauben, der Bundesrepublik Deutschland fehle es an völkerrechtlicher Legitimation mit der Folge, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1914,1937 oder einem beliebigen anderen Zeitpunkt noch fortbestehe, bezeichnen sich selbst als "Reichsbürger" und erstellen pseudoamtlich aufgemachte Fantasiedokumente.

Für NRW wird die Zahl der "Reichsbürger" ausweislich der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meines Fraktionskollegen Marc Lürbke gegenwärtig auf etwa 200 bis 300 geschätzt. Bundesweite Aufmerksamkeit erhielten die "Reichsbürger" am 19. Oktober 2016, als in Mittelfranken ein Anhänger jener kruden Überzeugungen brutal einen SEK-Beamten erschoss. Dieser Gewaltexzess warf ein Schlaglicht auf das Sammelsurium von Gruppierungen und Personenmehrheiten, die die Bundesrepublik Deutschland und ihr föderales System nicht anerkennen und versuchen, dieses nicht nur mittels Gewalt, sondern auch durch andere kriminelle Verhaltensweisen zu bekämpfen.

Eine derartige Verhaltensweise ist die im Antrag der CDU angesprochene sogenannte Malta-Masche. Bereits durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag Mitte Oktober 2016 war bekannt geworden, dass "Reichsbürger" erfundene Forderungen gegen Amtsträger über das Internet in ein Forderungsregister für Handelssachen des US-

Bundesstaats Washington eintragen, diese vermeintlichen Forderungen dann an ein von "Reichsbürgern" betriebenes maltesisches Inkassobüro abtreten und anschließend einen Vollstreckungstitel im automatisierten maltesischen Mahnverfahren erschleichen, der dann theoretisch in der gesamten EU und damit auch in Deutschland zugestellt werden könnte. Dies ermöglicht die europäische Vollstreckungstitelverordnung in Verbindung mit § 794 Abs. 1 Nr. 7 ZPO.

Der CDU-Antrag weist zurecht auf diese Vorgehensweise hin, auch wenn es bisher nirgendwo in der Bundesrepublik zur Zustellung derartiger Titel gekommen sein soll. Soweit durch den Antrag neben Amtsträgern auch "unbescholtene Bürger" als Opfer der "Malta-Masche" in den Blick genommen werden, ist daran zu erinnern, dass nach der Vollstreckungstitelverordnung, im Falle, dass Verbraucher Verbrauchergeschäfte tätigen, eine Bestätigung als europäischer Titel nur erfolgen kann, wenn die gerichtliche Entscheidung in dem Mitgliedstaat ergangen ist, in dem der Schuldner seinen Wohnsitz hat. Hinsichtlich der Verbraucher ging die "Malta-Masche" insoweit bereits schon bisher weitgehend ins Leere.

Jenseits dieses Fragenkreises erscheint der Antrag allerdings überholt. Am Tage des Antragsdatums, dem 6. Dezember 2016, berichteten sowohl "Tagesschau" als auch "n-tv" auf ihren Internetseiten, das Auswärtige Amt habe sich mit den maltesischen Behörden auf eine Lösung des Problems der "Malta-Masche" verständigt. So habe es darauf hingewiesen, dass künftig jeder Versuch eines "Reichsbürgers", das maltesische Mahnverfahren auf die geschilderte Weise zu missbrauchen, direkt an das Auswärtige Amt gemeldet werden solle.

Sodann werde man auf eine Strafverfolgung nach maltesischem Recht hinwirken. – Auch nach dortigem Recht ist nämlich das schlüssige Behaupten, Inhaber einer in Wirklichkeit nicht bestehenden Forderung gegen eine dritte Person zu sein, als Betrug strafbar. Bei reinen Auslandssachverhalten war bisher lediglich auf eine Strafverfolgung verzichtet worden. Das soll sich dem Auswärtigen Amt zufolge jetzt ändern.

Neu ist das Vortäuschen vermeintlicher Forderungen durch "Reichsbürger" im Übrigen auch nicht. Schon in den vergangenen Jahren war versucht worden, das deutsche automatisierte Mahnverfahren für die Durchsetzung erfundener Forderungen zu nutzen. Der Antrag besitzt unseres Erachtens deshalb nicht die richtige Zielsetzung. Aus Sicht der Freien Demokraten müssten stattdessen Sachaufklärung und Prävention im Vordergrund stehen, um von der "Reichsbürger"-Bewegung ausgehende Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung beurteilen und vermeiden zu können.

Das umfasst die Beobachtung durch den Verfassungsschutz, die Aufnahme in polizeiliche Meldeund Erfassungssysteme, strenge Zuverlässigkeitsüberprüfungen für "Reichsbürger", die als legale Besitzer erlaubnispflichtiger Waffen registriert sind, sowie Präventions- und Aussteigerprogramme.

Einem solchen Antrag hätten wir zustimmen können, dem vorliegenden hingegen nicht.

Zum Entschließungsantrag nur so viel: Er bestätigt, dass sich der CDU-Antrag erledigt hat. Das Auswärtige Amt und die Landesjustizverwaltungen haben das Notwendige veranlasst.

Angesichts der im Übrigen zutreffenden Sachverhaltsschilderung werden wir uns zu diesem Antrag enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wedel. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da stehe ich wieder, zweimal hintereinander. Ich möchte Ihre Geduld zu diesem Antrag nicht überstrapazieren, auch angesichts dessen, dass wir jetzt nun einmal Weihnachtszeit haben.

Natürlich ist das Thema "Reichsbürgerbewegung" allgemein ein wichtiges Thema. Das dürfen wir nicht kleinreden. Wir haben es da häufig nur mit seltsamen Menschen zu tun, mit Verschwörungstheoretikern, aber leider eben auch nicht weniger häufig mit gefährlichen Menschen, mit Gewalttätern, mit Rechten und Ähnlichem.

Allerdings – das hat Herr Wedel gerade richtig dargestellt, und, ich glaube, er war sogar so ziemlich der Einzige außer mir jetzt, der das dargestellt hat – ist der Antrag schlichtweg überholt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das steht in unserem Entschließungsantrag drin!)

Deswegen ist die Frage: Warum stellen Sie überhaupt noch einen Entschließungsantrag dazu? Warum reden wir überhaupt heute darüber? Warum wurde der Antrag nicht zurückgezogen? Diese Diskussion hätten wir uns wirklich sparen können.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn so wichtig das Thema auch ist, dieser konkrete Antrag ist einfach Quatsch.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Richtig!)

Die Bundesregierung hat sich sehr deutlich geäußert, dass es keine Ansprüche gibt, dass diese nicht durchgesetzt werden können und dass es bisher auch noch überhaupt keine Vollstreckung gegeben hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk?

Dirk Schatz (PIRATEN): Ja, bitte, sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege, wären Sie so nett, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir uns natürlich angesichts der Medienlage der letzten Tage die Frage gestellt haben, ob er wirklich überholt ist? Ich hatte in meiner Rede darauf hingewiesen, dass wir uns zusätzlich zu unserem Antrag Informationen aufgrund der Medienlage geholt haben und zu der Überzeugung gekommen sind, dass der Sachverhalt entgegen der Medienberichterstattung und der Behauptung der Koalitionsfraktionen nicht erledigt ist, weil das Problem eben noch nicht umfassend gelöst ist. Ansonsten hätten Sie natürlich recht, dass er erledigt wäre. Aber vielleicht folgen Sie nicht so willenlos den Koalitionsfraktionen.

Dirk Schatz (PIRATEN): Um darauf zu antworten: Ja, das nehme ich zur Kenntnis. Trotzdem bin ich anderer Meinung,

(Heiterkeit)

weil es nun einmal einfach nicht so ist.

(Zuruf von der SPD: Alle anderen im Hause auch!)

- Alle anderen im Hause auch.

Ich habe es gerade gesagt. Bisher gibt es überhaupt keine Vollstreckungen. Es gibt noch nicht einmal einen Anlass, zu sagen, dass es jetzt so schlimm ist und jemand akut in Bedrängnis käme, dass da irgendwelche Zahlungen vorgenommen werden müssten.

Es gibt auch bereits vonseiten der Bundesregierung Informationsblätter an die entsprechenden Behörden, wie mit dieser Masche umzugehen ist. Es gibt eine ständige Abstimmung zwischen der Bundesregierung und den maltesischen Behörden. Diese haben zugesagt, entsprechend zu handeln. Diese haben auch zugesagt - wie es Herr Wedel gerade richtig gesagt hat -, entsprechende strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten, wenn es wirklich nur ein erfundener Anspruch ist. Denn auch das ist nach maltesischem Recht unter Umständen je nach Sachverhalt strafbar. Vor allem werden sämtliche Ansprüche, die sich nicht auf maltesische Sachverhalte beziehen, von den Gerichten noch einmal eingehender geprüft.

Ihr Antrag sagt ja, der Landtag soll sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene alles getan wird. Aber es wird ja alles getan. Auch wenn Sie sagen, dass das noch nicht erledigt ist, was ja vielleicht sein mag, aber was soll man denn noch mehr tun? Das ist die Frage. Deswegen ist dieser Antrag nach wie vor überholt. Das ist auch weiter meine Meinung.

Da das heute meine letzte Rede ist, wünsche ich Ihnen auch schöne Weihnachten und einen guten Rutsch. Ich hoffe, wir sehen uns nächstes Jahr hier alle gesund wieder. - Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schatz. - Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Kutschaty.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die "Reichsbürger"-Bewegung" umfasst mehrere uneinheitliche Gruppen von Rechtsextremen und Verschwörungstheoretikern, die sich gerne auch mal selbst als Germaniten oder staatliche Selbstverwalter bezeichnen. Die Mitglieder erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und lehnen daher auch jede Art von staatlicher Autorität ab.

Häufig versuchen die "Reichsbürger" mit einer Vielzahl äußerst umfangreicher und in der Regel auch äußerst unverständlicher Eingaben, behördliche oder gerichtliche Verfahren zu stören. Vereinzelt gehen sie auch dazu über, Amtsträger zu drangsalieren und Verfahren aktiv zu behindern. Zuletzt ist es in Sachsen-Anhalt anlässlich einer Zwangsräumung bei einem "Reichsbürger" zu einer Schießerei mit drei Verletzten gekommen. In Bayern hat ein "Reichsbürger" einen Polizisten mittels einer Schusswaffe tödlich verletzt, als die Polizei die Waffe des Mannes sicherstellen wollte. Drei weitere Polizisten wurden bei diesem Einsatz verletzt.

Daher sind wir uns in der Landesregierung allesamt einig, dass gegen die Rechtsverstöße der "Reichsbürger" schnell, konsequent und nachhaltig vorgegangen und alles unternommen werden muss, damit es erst gar keine Übergriffe geben kann. Ich bin mir sicher, dass auch Sie, meine Damen und Herren, diese Auffassung uneingeschränkt teilen.

Der vorliegende Antrag der CDU greift daher einen Punkt der gesamten "Reichsbürger"-Problematik auf, zugegeben, eine besonders perfide Vorgehensweise der "Reichsbürger", die sogenannte Malta-Masche, die gerade ja schon von den Vorrednern erklärt wor-

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat erstmals im Jahre 2015 auf diese Vorgehensweise hingewiesen. Wir haben als Landesregierung daraufhin umgehend die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Das Justizministerium, aber auch das Ministerium für Inneres und Kommunales haben

ihre Geschäftsbereiche über die sogenannte Malta-Masche informiert.

Insbesondere wurde mitgeteilt, wie öffentliche Stellen eine Überprüfung des Onlineregisters vornehmen und dort Löschungsanträge stellen können. Betroffenen Bediensteten wurde für den Fall einer persönlichen Inanspruchnahme die Gewährung von Rechtsschutz auf Veranlassung des Dienstherrn in Aussicht gestellt. Ich habe darüber hinaus meinen Geschäftsbereich gebeten, Zustellungs- und Vollstreckungsersuche aus Malta, die mit der "Malta-Masche" in Zusammenhang stehen könnten, nicht ohne vorherige Prüfung auszuführen.

Aufgrund der getroffenen Vorkehrungen ist bislang in Nordrhein-Westfalen die betrügerische Durchsetzung einer fiktiven Forderung mittels der "Malta-Masche" in noch keinem einzigen Fall gelungen. Auch auf Nachfrage bei den nordrhein-westfälischen Staatsanwaltschaften sind bisher keine strafrechtlichen Ermittlungsverfahren zur "Malta-Masche" bekannt geworden.

Durch Erlasslage ist im Übrigen gewährleistet, dass etwaige Aktivitäten von "Reichsbürgern" in Zusammenhang mit dieser Masche dem Ministerium für Inneres und Kommunales unverzüglich zu berichten sind.

Meine Damen und Herren, auch der Bund ist durchaus bereits aktiv geworden. Das Auswärtige Amt hat die zuständigen maltesischen Behörden auf höchster Ebene über die Problematik der "Malta-Masche" informiert. Diese haben die Rechtsauffassung des Auswärtigen Amtes bestätigt, wonach die unrechtmäßige Forderung gegen deutsche Amtsträger nicht mittels des maltesischen besonderen Mahnverfahrens vollstreckbar gemacht werden kann. Mahnverfahren gegen nicht auf Malta ansässige Schuldnerinnen und Schuldner sollen zukünftig einer besonders genauen Überprüfung unterzogen werden.

Ferner haben die maltesischen Behörden bestätigt, dass die vorsätzliche Geltendmachung von fiktiven Forderungen auch nach maltesischem Recht strafbar ist.

Um eine konsequente Verfolgung sicherzustellen, werden wir daher alle hier bekannt werdenden Fälle über den Bund auch an die maltesischen Strafverfolgungsbehörden weitergeben.

Meine Damen und Herren, für die Angehörigen der Landes- und Kommunalverwaltung besteht mithin auch auf mehreren Ebenen Schutz vor einer Inanspruchnahme durch die "Malta-Masche". Einer besonderen Aufforderung der CDU durch diesen Antrag hätte es daher heute gar nicht mehr bedurft.

Ich danke Ihnen insofern, als wir damit insgesamt hier die Bereitschaft bekundet haben, uns in diesem Hause generell noch intensiver mit Fragen der "Reichsbürger" beschäftigen zu wollen. Ich sagte ja schon, dass das nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der insgesamt sehr großen Problematik der "Reichsbürger" ist.

Da ich nach der Tagesordnung heute der letzte Redner an diesem Pult bin – nach dem natürlich noch der Präsident das letzte Wort hat –, gestatte ich mir auch, Ihnen ein schönes Weihnachtsfest zu wünschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Damit sind wir am Ende der Aussprache. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen, und zwar erstens über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/13686. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir über den Inhalt des Antrags ab. Wer stimmt dem zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, FDP, Piraten und Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer enthält sich? – Es enthält sich Herr Schulz, fraktionslos. Damit ist dieser Antrag mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/13790. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – SPD, Grüne und Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Piratenfraktion, der FDP-Fraktion und des fraktionslosen Abgeordneten Schulz ist der Entschließungsantrag mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf:

11 Fortführungsgrößen für weiterführende Schulen absenken – Chancen zur Sicherung eines vielfältigen Schulangebots in den Kommunen stärken

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13693

Hierzu ist eine Aussprache heute nicht vorgesehen.

Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 16/13693 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Die abschließende Aussprache und die Abstimmung werden nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses dann hier erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig so überwiesen.

Wir rufen auf:

12 Volksinitiative gem. Artikel 67a der Landesverfassung: Volksinitiative für ein ideologiefreies, praxisgerechtes Jagdrecht in NRW

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags zur Beschlussfassung Drucksache 16/13745

Nach dem Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid kommt eine Volksinitiative rechtswirksam zustande, wenn unter anderem 0,5 % der Wahlberechtigten zur letzten Landtagswahl die Volksinitiative durch ihre Unterschrift unterstützen. Für dieses Quorum sind in dieser Wahlperiode 66.322 Unterschriften erforderlich.

Mit Drucksache 16/13138 hat die Präsidentin des Landtags mitgeteilt, dass die Volksinitiative "Volksinitiative für ein ideologiefreies, praxisgerechtes Jagdrecht in NRW" dieses Quorum erreicht hat.

Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid hat der Landtag hierüber Beschluss zu fassen und festzustellen, dass diese Volksinitiative rechtswirksam zustande gekommen ist.

Der Landtag hat nach § 4 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid die Volksinitiative innerhalb von drei Monaten nach ihrem Zustandekommen abschließend zu behandeln. Die Vertrauenspersonen sind von den zuständigen Ausschüssen anzuhören.

Eine Debatte zur Unterrichtung Drucksache 16/13754 ist heute nicht vorgesehen. Also kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über die in **Drucksache** 16/13745 enthaltene **Beschlussempfehlung**.

Erstens. Die **Volksinitiative** "Volksinitiative für ideologiefreies, praxisgerechtes Jagdrecht in NRW" **ist rechtswirksam zustande gekommen**. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen und diese **angenommen**.

Zweitens. Wir kommen zur Abstimmung zu folgendem Punkt: Zur Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative wird das Anliegen der Volksinitiative an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen. Wer stimmt diesem Verfahren so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es

Enthaltungen? – Das ist alles nicht der Fall. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen** und die Überweisung einstimmig erfolgt. – Vielen Dank.

15.12.2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstelle dieses Textes hätte ich Ihnen natürlich viel lieber ein schönes Weihnachtsmärchen vorgelesen. Aber unsere Demokratie beinhaltet solche Verfahrensvorgaben. Wir haben sie hier auch sauber abgearbeitet – wie alles, was wir bisher gemacht haben.

Ich möchte mich bei allen sehr herzlich bedanken. Insbesondere möchte ich mich aber ausdrücklich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Denn ohne all die fleißigen Menschen im Hintergrund, die wir ja selten sehen und vor allen Dingen nie am Pult erleben – außer sie ließen sich einmal hier ins Parlament wählen –, wären wir gar nicht in der Lage, die Arbeit hier zu vollziehen. Deshalb danke ich Ihnen auch für den Applaus für die Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause, die uns das alles mit ermöglichen.

Sie alle entlasse ich jetzt mit einem herzlichen Gruß in die Weihnachtszeit. Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien ein frohes – denen, die es wünschen, selbstverständlich auch ein gesegnetes – Weihnachtsfest.

Ich freue mich, wenn wir dann am 25. Januar 2017 um 10 Uhr wieder zusammenkommen.

Rutschen Sie nicht, sondern kommen Sie gut ins neue Jahr herüber. Für das neue Jahr 2017 wünschen ich uns allen viel Erfolg und alles Gute, vor allem Gesundheit. Auf ein gutes Wiedersehen!

Die Sitzung ist geschlossen. - Danke schön.

(Beifall von allen Fraktionen)

Schluss: 16:22 Uhr

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)